



DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Italien in der österreichischen Presse der Zwischenkriegszeit.“

„Drei ausgewählte Zeitungen und ihre Berichte über den faschistischen Staat Italien“

verfasst von / submitted by

Mag. phil. Barbara Deda-Knöll

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2018 / Vienna, 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 313 350

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Diplom Lehramt

UF Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung

UF Italienisch

Betreut von / Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Gualtiero Boaglio

Dank

Mein erstes Dankeschön geht an meine Kinder und an Ümit, die mich in dieser anstrengenden Phase des Schreibens ausgehalten und moralisch unterstützt haben! Bei Árpád, Atila, Sára und Emil, meinen Kindern, muss ich mich dafür entschuldigen, dass sie in diesen Monaten so wenig Zeit und Zuwendung von ihrer Mutter bekommen haben. Ümit danke ich speziell für die große Hilfe bei der Formatierung.

Meiner Freundin Julia Spengler bin ich sehr dankbar für die Lektorierung meiner Texte, die sie teilweise in einer Nacht korrigiert zurückgeschickt hat, damit ich sie meinen Professor abgeben kann.

Andreas Steingress, meinem lieben italienischen Studienkollegen, danke ich für viele lustige gemeinsame Unistunden und vor allem für die Durchsicht meiner italienischen Zusammenfassung.

Großer Dank gebührt auch meiner Freundin Cristina Bacher-Rieger, meiner „römisch-apulischen Freundin“, denn sie hat einen wichtigen Beitrag geleistet, damit ich im Spitzentempo und mit Stil eine italienische Zusammenfassung dieser Arbeit schreiben konnte.

Auch meiner Freundin Sabina Catar bin ich für die Überlassung ihres Arbeitszimmers, die Versorgung mit guten Salaten und vor allem die netten und so aufmunternden Worte mehr als dankbar.

Last, but not least danke ich ganz herzlich Univ.-Prof. Dr. Gualtiero Boaglio, der mich als Diplomandin angenommen hat, mir mit wertvollen Rückmeldungen und wichtigen Hinweisen zur Seite gestanden ist und mich sehr unterstützt hat, in so kurzer Zeit fertig zu werden.

Inhalt

1.	Einleitung	1
1.1.	Persönlicher Zugang	1
1.2.	Auswahl der Zeitungen und der Ereignisse	4
1.3.	Einteilung der Arbeit	6
1.4.	Landeswissenschaftliche Analyse	7
2.	Österreich zwischen 1922 und 1934	10
2.1.	Ende der Habsburgermonarchie	10
2.2.	Phase der Stabilität 1922 – 1927	11
2.3.	Von Schattendorf 1927 bis 1930	13
2.4.	Der Weg der Demokratie wird verlassen: 1930 – 1932	17
2.5.	Das Ende der Demokratie 1933 - 1934	19
3.	Italien zwischen 1922 und 1934	25
3.1.	Machtübernahme der Faschisten 1922 – 1925	25
3.2.	Konsolidierung des faschistischen Regimes: 1925 bis 1934	29
4.	Das österreichisch-italienische Verhältnis 1922 – 1934	31
5.	Zeitungslandschaft in Österreich zwischen 1922 und 1934	37
5.1.	Situation der Presse in der Zwischenkriegszeit	37
5.2.	Arbeiterzeitung	41
5.3.	Reichspost	41
5.4.	Neue Freie Presse	42
6.	Analyse der Berichterstattung	43
6.1.	Besuch Bundeskanzler Seipels beim neuen Machthaber in Rom 1923	45
6.1.1.	Berichterstattung der Reichspost	47
6.1.2.	Arbeiterzeitung	49
6.1.3.	Neue Freie Presse	51
6.2.	Rede Mussolinis am 3. Jänner 1925	53
6.2.1.	Reichspost	55
6.2.2.	Arbeiterzeitung	56
6.2.3.	Neue Freie Presse	58
6.3.	Besuch Bundeskanzler Dollfuß in Riccione	61
6.3.1.	Reichspost	63
6.3.2.	Arbeiterzeitung	65
6.3.3.	Neue Freie Presse	66
7.	Kritisches Resümee	68

8.	Literaturverzeichnis	74
9.	Anhang	78
10.	Abstract	92
11.	Riassunto in italiano	93

1. Einleitung

1.1. Persönlicher Zugang

Thema meiner Diplomarbeit ist das Bild Italiens in der österreichischen Presse zwischen der Machtergreifung von Benito Mussolini in Italien 1922 und dem Tod von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß im Juli 1934.

Im Rahmen der Diplomarbeit sollen drei verschiedene Tageszeitungen, unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung, untersucht werden, um einen differenzierteren Eindruck des Italienbildes in der österreichischen Presse der Zwischenkriegszeit zu erhalten. Es soll versucht werden, anhand einer sozialdemokratischen, einer konservativ-christlich ausgerichteten und einer liberal geprägten Zeitung einige ausgewählte Schlüsselereignisse der italienischen und/ oder österreichisch-italienischen Geschichte zu beleuchten, zu analysieren und ihren Widerhall in der damaligen österreichischen Zeitungslandschaft zu untersuchen. Daher fußt der erste Teil der Arbeit vornehmlich auf Sekundärquellen, während der zweite Teil auf Primärquellen beruht.

Einer der Hauptgründe für meine Entscheidung, dieses Thema zu wählen, liegt sicherlich darin, dass ich Historikerin bin und den zweiten Studienabschnitt meines ersten Studiums in Italien absolviert habe, wodurch ich mich fast zwei Jahre lang mit italienischer Zeitgeschichte befasst habe. Nach meinem Studium habe ich als Radio-Journalistin für den ORF gearbeitet, womit mein Interesse für die Presse zusammenhängt.

Diese Arbeit bietet die Möglichkeit, sowohl landeskundliche, politische, historische, aber auch journalistische Aspekte eines Themas, nämlich der Zwischenkriegszeit, zu betrachten und zu untersuchen. Dieses Jahr jährt sich die Gründung der Republik Österreich zum 100. Mal, ebenso wie sich der Anschluss Österreichs an Deutschland 1938 zum 80. Mal jährt. Die Zeit zwischen diesen beiden einschneidenden Ereignissen verdient also schon allein aus diesen Gründen eine genauere Betrachtung. Für die Geschichte Österreichs bilden diese 20 Jahre eine entscheidende Phase, auf welche das faschistische Italien und sein Führer Benito Mussolini einen nicht unbedeutenden Einfluss hatten. Es liegt also nahe, die Rezeption dieses Einflusses zu betrachten und sie zum Thema einer landeskundlichen Arbeit zu machen.

Die Betrachtung der Pressekommentare, Zeitungsartikel und Interviews gewinnt aber erst vor dem Hintergrund der politischen Ereignisse in diesen fast 13 Jahren, die das Thema dieser Diplomarbeit sind, Bedeutung.

Österreich in der Zwischenkriegszeit

Österreich steht nach dem 1. Weltkrieg vor „den Resten“ eines einst mächtigen Vielvölkerstaates. Das Staatsgebiet beträgt nur mehr sechs Siebentel seiner einstigen Größe und statt ca. 52 Millionen Einwohner hatte es nur mehr rund sechs Millionen.¹ In dem nun kleinen Land wird am 12. November 1918 die Republik Deutsch-Österreich ausgerufen und die Demokratie eingeführt. Wie schon der Namen errahnen lässt, sehen sich die Vertreter der drei relevantesten Parteien, der Sozialdemokraten, der Christlichsozialen und der Deutschnationalen, als Teil des Deutschen Reiches. Sie alle werden in den folgenden Jahren mehr oder weniger stark für den Anschluss Österreichs an Deutschland eintreten. Durch den Friedensvertrag von St. Germain 1919 allerdings ist der Anschluss an das Deutsche Reich explizit verboten und andere außenpolitische Optionen müssen erwogen werden. Die Regierungen der 1920-er Jahre entschließen sich zu einer vollen Kooperation mit dem Völkerbund, von dessen Anleihen Deutsch-Österreich wirtschaftlich abhängig ist, und zu einer möglichst äquidistanten Außenpolitik zu den das kleine Land umgebenden Nachbarn. Diese wird bis ca. 1929 anhalten, während es ab dann zu einer schrittweisen Annäherung an das faschistische Italien kommt.

Im Inneren Österreichs bilden die 1920-er und frühen 1930-er Jahre zwar eine Phase der Demokratie, aber auch der zunehmenden Radikalisierung der politischen Lager. Die großen Parteien bilden Wehrverbände, den Schutzbund und die Heimwehr, die unter anderem aufgrund der vielen im Umlauf befindlichen Waffen zunehmend an politischem Gewicht gewinnen. Ihre Zusammenstöße und deren Folgen (Schattendorfer Prozess) werden 1927 die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit des jungen Österreich ins Wanken bringen und zu einer Wende in der politischen Landschaft führen.² Mit und nach diesem Ereignis etabliert sich die eigentlich der Christlichsozialen Partei nahestehende Heimwehr zusehends als eigenständige Macht und drängt auf die politische Bühne. Sie wird ab 1928 von Benito Mussolini finanziell unterstützt. 1932 übernimmt dann der christlichsoziale Kanzler Engelbert Dollfuß die Macht und baut den Staat sukzessive in einen autoritären „Ständestaat“, in ein

¹ www.österreich-forum.at (Zugriff am 2.3.2018)

² Kershaw, Ian (2016): Höllensturz. Europa 1914 bis 1949. München: Deutsche Verlagsanstalt, S. 263

austrofaschistisches System, um. Im Juli 1934 endet die Ära Dollfuß mit dessen Ermordung bei einem nationalsozialistischen Putschversuch.

Italien

Im Gegensatz zu Österreich geht Italien aus dem Ersten Weltkrieg als Sieger hervor und konstituiert sich in der folgenden Zeit ebenfalls als Demokratie. Diese junge Demokratie muss aber – wie fast alle europäischen Staaten – nach dem „großen Krieg“ mit extrem schlechten wirtschaftlichen Gegebenheiten und einer großen Unzufriedenheit in der Bevölkerung umgehen. Das schwache parlamentarische System wird der Nachkriegskrise nicht Herr und bald kommt es zur Bildung von den sogenannten *fasci*, paramilitärischen, faschistischen Schlägertrupps. Aus einer dieser Gruppen geht Benito Mussolini als Führer des bald darauf gegründeten *Partito Nazionale Fascista* hervor.³ Als erster Staat in Europa etabliert sich im Oktober 1922 ein faschistischer Machthaber. In den folgenden Jahren kommt es zu einer schrittweisen Aushöhlung der Demokratie und der Errichtung einer Diktatur durch Benito Mussolini – bei gleichzeitiger Belassung der „äußeren“ Zeichen einer Demokratie und der konstitutionellen Monarchie. Ab 1925 ist der Faschismus in Italien konsolidiert und Mussolini zum unumstößlichen Diktator geworden. Die faschistische Außenpolitik ist von Anfang an durch einen klaren Imperialismus gekennzeichnet, der sich nicht nur auf territoriale Eroberungen in Afrika und im Mittelmeerraum konzentriert, sondern auch ganz konkret auf Italiens Nachbarstaaten, so zum Beispiel Österreich.⁴

Das Verhältnis

Nicht nur die Innenpolitik Österreichs und Italiens ist hier relevant, nein, auch das Verhältnis zwischen den beiden Staaten.

Das Verhältnis Österreichs zu Italien ist nach dem – für Österreich verlorenen – Ersten Weltkrieg ein schwieriges. Zahlreiche Konflikte und Reibungspunkte entzweien die beiden jungen Staaten. Italien, das als Teil der Entente und damit der Siegermächte Gebietsgewinne, wie etwa Südtirol verbuchen kann, beginnt rund um die Machtergreifung Benito Mussolinis

³ Ebd., S. 198

⁴ Vergl. Malfè, Stefan (1978): Wien und Rom nach dem Ersten Weltkrieg. Österreichisch-italienische Beziehungen 1919 – 1923. Wien/Köln/Graz: Böhlau, S. 10 ff.

1922 jedoch eine Italianisierungspolitik, welche zwangsweise zu Konflikten mit der Schutzmacht Österreich führen muss.

Auch auf dem Parkett des Völkerbundes sind die beiden Staaten ab 1920 eng miteinander verbunden und Österreich in mehreren Fällen, vor allem bei Völkerbundanleihen, auf die Zustimmung Italiens angewiesen. So ist es kein Zufall, dass es im Lauf der 1920-er Jahre und in den 30-er Jahren zu mehreren Besuchen österreichischer Regierungschefs in Italien kommt.

Ab 1928 setzt zudem eine massive Hilfe des faschistischen Italiens für die Heimwehren ein. Damit versucht Benito Mussolini – nach indirekten Versuchen – eine faschistisch-autoritär agierende Gruppe zu unterstützen und so die christlichsozialen Bundeskanzler, vor allem Engelbert Dollfuß, unter Druck zu setzen. Ein besonders prägnanter Beleg dafür sind die Briefe, welche Mussolini und Engelbert Dollfuß zwischen 1932 und 1934 austauschten.⁵

Zuletzt – wenn man den in dieser Diplomarbeit untersuchten Zeitraum betrachtet, also 1922 bis 1934 – kommt es denn auch zu einer Faschisierung Österreichs nach dem Vorbild Italiens.

1.2. Auswahl der Zeitungen und der Ereignisse

Als Spiegel des Italienbildes dieser Zeit sollen ausgewählte Tageszeitungen dienen. Die 1920-er und 1930-er Jahre sind noch eine von der gedruckten Presse dominierte Zeit. Tageszeitungen als Spiegel der Ereignisse und des Italienbildes sind gewählt worden, da die sie in dieser Zeit das wichtigste Medium für die Publikation von staatlicher Propaganda, aber auch von kritischen und dem Regierungsstandpunkt entgegengesetzten Meinungen sind. Zudem sind Zeitungen in der Zwischenkriegszeit das Medium mit der weitesten Verbreitung.

Genau wie es in der Zeit von 1922 bis 1934 politisch zu großen Umwälzungen kommt, verändert sich die Lage der Presse ebenfalls. Nach dem Zusammenbruch der Monarchie und der Ausrufung der Republik beginnt für die gedruckten Medien in Österreich ein neues Zeitalter. Ein neues Pressegesetz bringt 1922 zahlreiche Erleichterungen, einen Aufschwung an Auflagen und eine neue Vielfalt an Zeitungen.⁶

⁵ Maderthaner, Wolfgang (Hg.) (2004): "Der Führer bin ich selbst": Engelbert Dollfuß - Benito Mussolini, Briefwechsel. Wien : Löcker, S. 30 ff.

⁶ Vergl. Wanivenhaus, Helga (1971): Die Pressefreiheit in Österreich. Die Geschichte ihrer Verwirklichung und ihrer gesetzlichen Normen. Wien: Univ. Diss. S. 101-127

Ein wichtiger Punkt bei den Vorbereitungen zu dieser Diplomarbeit war die Auswahl der zu untersuchenden Zeitungen: Ausgewählt wurden die sozialdemokratische Arbeiterzeitung, die christlichsoziale Reichspost und die Neue Freie Presse, ein liberal-bürgerliches Blatt.

Besonderes Augenmerk wurde bei der Auswahl der Publikationen darauf gelegt, dass nicht nur parteipolitisch stark gebundene Zeitungen genommen wurden, die damit auch die große Spaltung der politischen Landschaft widerspiegeln, sondern auch ein etwas freier agierendes und publizierendes Medium.

Die Arbeiterzeitung und die Reichspost gehören eindeutig zu den parteipolitisch gebundenen Veröffentlichungen, während die Neue Freie Presse eben unabhängiger von einer konkreten Partei schreibt. In der vorliegenden Arbeit soll es nicht um eine sprachliche Analyse der ausgesuchten Zeitungsartikel gehen, sondern um eine landeswissenschaftlich-historische Betrachtung der Inhalte. Sprachliche und stilistische Mittel werden nur am Rande angesprochen, der Schwerpunkt liegt auf der inhaltlich-politischen Analyse. Folgende Fragestellungen sollen den Ablauf der Arbeit begleiten:

- An welchen historischen Punkten der Zeit von 1922 bis 1934 kommt es zu Kontakten bzw. Konflikte zwischen Österreich und Italien?
- Welches generelle Italienbild bietet sich der österreichischen Leserschaft Jahre 1922 – 1934?
- Wie werden die österreichischen Politiker in ihrem Verhältnis zu Mussolini (oder anderen Repräsentanten des faschistischen Italiens) gezeichnet?
- Wird Italien als (mögliches) Vorbild für Österreich gesehen?
- Lässt sich der große Einfluss Benito Mussolinis auf Engelbert Dollfuß aus den Zeitungsartikeln herauslesen?

Ausgewählt wurden: der Besuch Bundeskanzlers Ignaz Seipel in Italien 1923 wenige Monate nach der Machtübernahme Mussolinis bei eben diesem, die Rede Mussolinis am 3. Jänner 1925 und Engelbert Dollfuß' Besuch in Riccione im August 1933. In all diesen Fällen kann angenommen werden, dass eigene Korrespondenten berichtet oder österreichische Journalisten die Besuche begleitet haben. Der Besuch Ignaz Seipels ist interessant, da Mussolini zu jenem Zeitpunkt erst wenige Monate im Amt ist und ihn noch niemand genauer kennt. Die Rede von Mussolini zwei Jahre später gehört sicher zu den Schlüsselereignissen der italienischen Geschichte. Interessant ist hier vor allem die ausführliche Berichterstattung sowohl über Mussolini selbst, als auch über den Faschismus an sich. 1933 stehen die Dinge in

Österreich bereits ganz anders als acht Jahre vorher. Österreich ist mittlerweile ein autoritärer Staat geworden. Italien ist nun in gewisser Weise das Vorbild und damit ist dieses Ereignis natürlich auch von großem Interesse für eine Zeitungsanalyse.

1.3. Einteilung der Arbeit

Die Einteilung der Arbeit folgt im Groben den historischen Ereignissen. In der hier vorliegenden Einleitung sollen die Ideen der Arbeit in Grundzügen dargestellt sowie die Forschungsfragen aufgeführt werden. Zudem soll kurz auf die Auswahl der Zeitungen eingegangen und die Rolle der Landeswissenschaft beleuchtet werden.

Der erste, theoretische, Teil der Arbeit widmet sich den historischen und politischen Hintergründen des ausgewählten Zeitraumes, die für eine sinnvolle und inhaltlich interessante Analyse notwendig sind.

Das erste Kapitel beschreibt die Motivation der Verfasserin sich mit der vorliegenden Thematik zu beschäftigen und bietet eine Einführung in die Thematik, ohne den Artikeln vorzugreifen. Zudem werden die Fragestellungen, die die Durchsicht der Artikel begleiten sollen, angeführt.

Das zweite Kapitel widmet sich der Geschichte Österreichs zwischen 1922 und 1934. Ohne ihre Darstellung sind die verschiedenen Presseartikel politisch und historisch nicht einordenbar. Es sollen daher die wichtigsten Entwicklungen, die diese Periode prägen, dargestellt und ihre Bedeutung herausgearbeitet werden. Zuerst wird auf die noch relativ ruhige Zeit von 1922 bis 1927 eingegangen. Dann folgt ein Unterkapitel, in dem die Zeit vom Justizpalastbrand 1927 bis zur Machtergreifung von Engelbert Dollfuß 1932 dargestellt wird. Zuletzt soll die Zeit des autoritären Ständestaates beleuchtet werden.

Das dritte Kapitel ist Italien gewidmet und ist in drei Unterkapitel gegliedert. Hierbei befasst sich das erste Teilkapitel mit der Machtergreifung der Faschisten und der Konsolidierung ihrer Macht in Italien zwischen 1922 und 1925. Besonders soll auch auf die berühmtenberühmte Rede von Mussolini am 3. Jänner 1925 eingegangen werden. Sie markiert ja die eindeutige unumschränkte Herrschaftsübernahme durch den „Duce“. Im zweiten Teil des dritten Kapitels folgt die Periode von 1925 bis 1934.

Im vierten Kapitel stehen die historisch-politischen Beziehungen und Kontakte zwischen Österreich und Italien im Mittelpunkt. Das Kapitel widmet sich der faschistischen

Außenpolitik der gesamten Periode. Angesprochen werden zudem die Reibungspunkte, aber auch Faszinationen zwischen Österreich und dem faschistischen Italien: Das reicht von der brenzligen Südtirol-Frage über die Unterstützung der Heimwehr bis hin zur direkten Einflussnahme auf die österreichische Politik in der Ära Dollfuß.

Das fünfte Kapitel soll die Presselandschaft der Zwischenkriegszeit und ihre Entwicklung kurz skizziert werden.

Im sechsten Kapitel werden die Besonderheiten der Presse in der Zwischenkriegszeit behandelt, danach folgen nach jeweils einer kurzen Beleuchtung der Ereignisse die Analysen der verschiedenen Zeitungen. Hier soll direkt das Ereignis im Zentrum stehen und die unterschiedliche Berichterstattung und die Darstellung Italiens herausgearbeitet werden. Es soll auf die positive/negative Darstellung des Faschismus eingegangen werden, genauso wie auf die Frage in welchem Licht Benito Mussolini dargestellt wird.

In dem siebenten Kapitel soll ein kritisches Resümee gezogen werden. Welche Forschungsfragen konnten überhaupt beantwortet werden? Welche Antworten haben wir auf die gestellten Fragen erhalten?

Die Diplomarbeit schließt mit einem Anhang, der die wichtigsten Artikel enthält, einem Abstract und einem *Riassunto* auf Italienisch am Ende der Arbeit.

1.4. Landeswissenschaftliche Analyse

Landeskunde als Teil der Romanistik ist ein Fachgebiet, welches sich den historischen, geografischen, aber auch den politischen und kulturellen Eigenheiten der Länder mit romanischen Sprachen widmet. Die Länder mit romanischen Sprachen sollen dabei aber nicht als in sich alleinstehende Staaten gesehen werden, sondern sie sollen auch in ihrem (inter-) kulturellen Austausch und ihrer Beeinflussung betrachtet werden. Ebenso soll die Perzeption durch Fremde und die Rezeption des jeweiligen Kulturraumes betrachtet werden.⁷ Genau das soll in der vorliegenden Arbeit getan werden.

Betrachtet man die Studienpläne des Instituts für Romanistik an der Universität Wien, so werden die Ziele der Landeskunde im Studienplan von 2017 folgendermaßen beschrieben:

⁷ Höhne, Roland: Die romanistische Landeswissenschaft. Das ungeliebte Kind der deutschen Romanistik. In: Fisch, Stefan /Guazy, Florence /Metzger, Chantal (Hg.) (2007): Lernen und Lehren in Frankreich und Deutschland. Apprendere ed enseigner en Allemagne et en France. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 232

„- Die Absolventinnen und Absolventen verfügen über vertiefte Kenntnisse der Geographie, Geschichte und aktuellen Entwicklung der Länder der gewählten Sprach- und Kulturräume, ihrer ökonomischen Grundlagen, Gesellschaftsstrukturen, ihrer politischen Systeme, Medien, Kunst und Kultur.

- Sie haben sich eine hohe landeswissenschaftliche Analysekompetenz angeeignet und können länder-, sprach- und kulturräumrelevante Frage- und Problemstellung selbstständig wissenschaftlich bearbeiten; sie können mittels kritisch-analytischen Umgangs mit verschiedenen landeswissenschaftlich relevanten Texten deren kulturelle, interkulturelle und historische Bedeutung bestimmen.

- Sie sind in der Lage, situationsgebundene Kontexte und gesellschaftlich relevante Themen der jeweiligen Sprach- und Kulturräume interdisziplinär und kontrastiv zu analysieren und darstellerisch aufzubereiten.

- Die Absolventinnen und Absolventen verfügen über eine vertiefte interkulturelle Kompetenz und können Kulturkontakt- und -konfliktphänomene in ihrer politisch-historischen Bedingtheit bestimmen.

- Sie können sprach- und kulturräumrelevante Problemstellungen in Anlehnung an die Methoden der Soziologie, Politikwissenschaft, Geschichtswissenschaft, Kunstwissenschaft, Anthropologie sowie der Sprach-, Literatur- und Medienwissenschaften selbstständig wissenschaftlich bearbeiten.“⁸

Sprache, ihre Ausdrucksformen und ihre Entwicklung kann man nicht ohne ihren historischen, politischen und gesellschaftlichen Kontext sehen. Daraus ergibt sich die Relevanz von landeswissenschaftlichen Arbeiten für die Romanistik an sich. Auch in diese Diplomarbeit sollen etliche Aspekte der oben genannten Zielsetzungen einfließen. Relevant ist vor allem der Punkt, dass sich Absolventinnen und Absolventen der Romanistik „... landeswissenschaftliche Analysekompetenz angeeignet (haben) und länder-, sprach- und kulturräumrelevante Frage- und Problemstellung [...] bearbeiten (können)“. Diese Aspekte sollen in der vorliegenden Arbeit behandelt werden.

Als hilfreiche Handreichung zur Analyse der ausgewählten Artikel dient daher die im Buch „Landeswissen. Ein Methodenbuch“ von Michael Metzeltin dargelegte Textanalyse und

⁸https://senat.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/s_senat/konsolidierte_Masterstudien/MA_Romanistik_Version_2017.pdf (Zugriff am 1.3.2018)

Textinterpretation.⁹ Sie soll in der vorliegenden Arbeit nicht komplett, aber in Grundzügen übernommen werden.

Ganz im Sinne von Metzeltin ist „... eine der primären Aufgaben von Wissenschaft die Entdeckung und Erklärung von Zusammenhängen.“¹⁰ Genau dies ist das Ziel, dem diese Diplomarbeit verpflichtet ist.

⁹ Metzeltin, Michael/ Bru Peral, Javier (2017): Landeswissen. Ein Methodenbuch. Wien / Praesens Verlag, S. 266 f.

¹⁰ Ebd., S. 265

2. Österreich zwischen 1922 und 1934

2.1. Ende der Habsburgermonarchie

Die Österreicherinnen und Österreicher standen 1918 vor dem „Rest, der Österreich ist“. Aus dem riesigen Vielvölkerstaat war ein Kleinstaat geworden, an dessen Überlebensfähigkeit nur die wenigsten glaubten. Große Teile der Bevölkerung und alle Parteien unterstützen zu dieser Zeit die Idee eines Anschlusses an Deutschland. Aufgrund des Friedensvertrags von St. Germain sollte aus der „Republik Deutsch-Österreich“ Österreich werden und der Anschluss an Deutschland verboten werden. Von der politischen Führung in Wien wurde zudem die Vereinigung aller deutschsprachigen Gebiete der ehemaligen Habsburger Monarchie gefordert. Aber auch dies wurde von den Siegermächten untersagt. Das Sudetenland wurde Teil der neu gegründeten Tschechoslowakei, etliche andere geforderten Gebiete sollten an die nun neuen Nachbarn gehen. Der südliche Teil von Tirol – bis zur Brennergrenze – wurde bereits bei Kriegsende von den Truppen Italiens besetzt und dieses Gebiet sollte in den Pariser Vororteverträgen Italien zugesprochen werden. Das Burgenland ging nach einer Volksabstimmung 1921 zum Großteil an Österreich – mit Ausnahme des Gebietes rund um Ödenburg/Sopron.

Aber nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich und wirtschaftlich stand die Erste Republik vor größten Herausforderungen. Arbeitslosigkeit, Lebensmittelrationierungen und eine rasant steigende Inflation bereiteten der Bevölkerung und der Regierung Sorgen. Unter diesen Umständen wurde der Sozialdemokrat Dr. Karl Renner der erste Staatskanzler der Ersten Republik. Bei den ersten Wahlen der jungen Republik im Februar 1919 errang die Sozialdemokratische Arbeiterpartei eine relative Mehrheit und bildete eine Koalitionsregierung mit der christlichsozialen Partei.

Eine der großen Verdienste dieser Koalition aus Sozialdemokraten und Christlichsozialen war die Erarbeitung einer Verfassung für das junge Österreich. Dieses Grundgesetz wurde durch den Juristen und Verfassungsexperten Hans Kelsen ausgearbeitet und am 20. Oktober 1920 von der Nationalversammlung angenommen. Damit wurde eine staatliche Ordnung geschaffen, welche an der Spitze einen Bundespräsidenten mit wenig Macht, demgegenüber aber ein relativ starkes Parlament hatte. Noch wurde das Staatsoberhaupt nicht in einer

Volkswahl, sondern durch die Bundesversammlung, also den Nationalrat und den Bundesrat gemeinsam, gewählt.

1920 sollte die Regierungskoalition aber auseinanderbrechen und die gemeinsame Anstrengung um den wirtschaftlichen und politischen Aufbau der Republik ein Ende haben.¹¹

2.2. Phase der Stabilität 1922 – 1927

Die nun folgenden christlichsozialen Bundeskanzler mussten sich vorderhand um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten kümmern. Österreich hatte ja, als Folge des Auseinanderbrechens des riesigen Wirtschaftsraumes, den die Habsburgermonarchie gebildet hatte, mit fehlenden Rohstoffen und einer zu geringen Nahrungsmittelproduktion zu kämpfen.¹²

Im Frühjahr 1922 wurde Prälat Dr. Ignaz Seipel neuer Bundeskanzler. Wenige Monate später erreichten die Wirtschaftskrise und die Inflation in Österreich ihren Höhepunkt. Viele Menschen glaubten das Ende der Republik nahe, vor allem, da alle Hilferufe der österreichischen Regierung an die britische und französische Staatsführung unbeantwortet blieben.¹³

Ende August 1922 gelang es Bundeskanzler Seipel in zwei Reden vor dem Völkerbund in Genf die anwesenden Regierungsvertreter davon zu überzeugen, Österreich finanzielle Hilfe zukommen zu lassen. „Anfang Oktober erreichte die Regierung Seipel beim Völkerbund eine Anleihe, die der Schlüssel zur Sanierung der Währung werden sollte und mit der außenpolitischen Situation Österreichs verbunden wurde: Die Selbstständigkeit Österreichs wurde garantiert, der Anschluss an Deutschland verboten ...“¹⁴ Diese zwischen England, Frankreich, Italien, der Tschechoslowakei und Österreich abgeschlossenen Genfer Protokolle vom 4. Oktober 1922 brachten Österreich eine Anleihe von 650 Millionen Goldkronen. Es folgten die wirtschaftlich ruhigsten Jahre der jungen Republik.¹⁵

¹¹ Vergl. Brzobohaty, Johannes u.a. (2013): Zeitfenster 7. Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung. Wien: Verlag Ed. Hölzel, S. 62 f.

¹² Vergl. ebd. S. 65

¹³ Vergl. Dusek, Peter, Pelinka, Anton, Weinzierl, Erika (1995): Zeitgeschichte im Aufriß. Österreich seit 1918. 50 Jahre Zweite Republik. Wien: Verlag Jugend & Volk, S. 210 f.

¹⁴ Pammer, Michael (2008): Krise, Krieg, Normalisierung: die österreichische Wirtschaft 1918-1983, In: Karner, Stefan, Mikoletzky, Lorenz (Hg.): Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband zur Ausstellung im Parlament. Wien: Studienverlag, S. 225

¹⁵ Vergl. Dusek (1995), S. 212

Einer besonderen Erwähnung bedürfen an dieser Stelle die paramilitärischen Gruppen, welche sich kurz nach dem Ersten Weltkrieg in Österreich gebildet hatten. Sie entstanden in ländlichen Gebieten Österreichs als sogenannte Frontkämpfervereinigungen, Bürgerwehren und Selbstschutzverbände und bestanden zum Großteil aus abgerüsteten Soldaten der k.u.k. Armee. Viele dieser konservativen Verbände standen der christlichsozialen Partei nahe, manche aber auch der Großdeutschen Volkspartei und den Nationalsozialisten. In den folgenden Jahren ging die „Heimwehr“ als dominanter Verband aus dieser gemischten Gruppe hervor und wurde unter anderem von steirischen Großindustriellen finanziell unterstützt, die in ihr eine Abwehr gegen die Arbeiterschaft sahen.¹⁶ Von konservativen Landesregierungen, wie etwa der Tiroler, wurden die Heimwehren von Anfang an als eine Art Hilfspolizei, der man unter der Hand so viele Waffen wie möglich zuschob, verwendet.¹⁷

Es sollte aber auch ein Gegengewicht zu den Heimwehren geben: „... so kommt es Anfang 1923 zur Gründung des Republikanischen Schutzbundes, der die sogenannte „Ordnerorganisation“, [...] die seit dem November 1918 bestehenden Fabriks- und Arbeiterwehren, ablöst [...] und danach direkt der (Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Anm.) Partei unterstellt wird.“¹⁸

Sicherlich kann diesen paramilitärischen Gruppen, die sich von Anfang an als Gegner sahen, eine Mitschuld an der hohen Gewaltbereitschaft, welche die Erste Republik prägte, gegeben werden. „Infolge dieser Wehrformationen, die fast wöchentlich zu Machtdemonstrationen aufmarschierten und nicht selten zusammenstießen, kam es seit 1923 immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen.“¹⁹ Diese nahmen zu, als unter dem Eindruck der Erfolge Mussolinis in Italien der Faschismus Schule zu machen begann. Es folgte ein Wettrüsten zwischen diesen nicht-staatlichen Gruppen.²⁰

¹⁶ Vergl. Brzobohaty (2013), S. 68

¹⁷ Felix Kreissler (1970): Von der Revolution zur Annexion. Österreich 1918 bis 1938. Wien/Frankfurt/Zürich: Europa Verlag, S. 145

¹⁸ Haas, Karl (1973): Wehrpolitik der Sozialdemokratie. In: Jedliczka, Ludwig / Neck, Rudolf (1973): Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposions in Wien 23. bis 28. Oktober 1972. Wien: Verlag für Geschichte und Politik, S. 83

¹⁹ Botz, Gerhard (1973): Der „15. Juli 1927“, seine Ursachen und Folgen. In: Jedliczka, Ludwig / Neck, Rudolf (1973): Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposions in Wien 23. bis 28. Oktober 1972. Wien: Verlag für Geschichte und Politik, S. 32

²⁰ Vergl. Dusek (1995), S. 214

2.3. Von Schattendorf 1927 bis 1930

Seit Oktober 1920 war die Sozialdemokratische Partei nicht mehr an der Regierung beteiligt gewesen: Dies führte rund um 1927 zu immer lauterem Forderungen ihrer Anhängerschaft nach der Erfüllung ihrer Anliegen. Dazu gehörten unter anderem die Altersversorgung bzw. eine Alterspension für die Arbeiterschaft oder eine Neuordnung der Mieten, ein für die ärmeren Schichten der Bevölkerung besonders wichtiges Thema.

Die christlichsozialen Bundeskanzler waren dazu nicht bereit. Zusammen mit einer Reihe von Finanzskandalen und Bankenzusammenbrüchen²¹ führten all diese Entwicklungen einerseits zu einer „... sich immer mehr verschärfenden Spaltung, Konfrontation und Polarisierung, in der beide Seiten in ständig zunehmender Sorge und wachsendem Misstrauen, begleitet von aggressiven Reden, [...] sich auf den als unvermeidlich angesehenen Angriff des Gegners vorbereiten.“²², andererseits zu einem Wahlergebnis bei den Wahlen im April 1927, welches die Christlichsozialen nicht erfreuen konnte. Ihr Vorsprung auf die Sozialdemokraten schmolz auf zwei Mandate zusammen. Während die Sozialdemokraten ihren Stimmanteil auf 42,3 Prozent²³ erhöhten, konnte sich Bundeskanzler Ignaz Seipel und seine christlichsoziale Partei nur mehr durch eine Koalition mit Hilfe des nationalliberalen Landbundes an der Macht halten. Dies führte zu einer für Kanzler Seipel nur schwer handhabbaren Tagespolitik. Vor diesem Hintergrund ereigneten sich die Schüsse von Schattendorf, vor allem aber die Ereignisse rund um den 15. Juli 1927.

Am 30. Jänner 1927 waren in dem kleinen burgenländischen Ort Schattendorf mehrere Kundgebungen angesagt: Sowohl die Heimwehr als auch der Schutzbund marschierten durch die kleine Gemeinde an der Grenze zu Ungarn. Bis zum Nachmittag wurde ein (blutiges) Zusammentreffen der Gruppen vermieden. Am Nachmittag jedoch kam es zu Schüssen aus einem Gasthaus, welches als Hauptquartier der Heimwehr diente. Zwei Menschen starben: ein Kriegsinvalide und ein achtjähriger Bub. Diese Schüsse sollten fatale Nachwirkungen für die österreichische Innenpolitik haben.

„Am Abend des 14. Juli 1927 waren die Schützen von Schattendorf – die ihre Schüsse keineswegs ableugneten – von einem Wiener Geschworenengericht freigesprochen worden.

²¹ Vergl ebd., S. 213

²² Wandruszka, Adam: Die Erbschaft von Krieg und Nachkrieg. In: Jedliczka, Ludwig / Neck, Rudolf (1973): Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposions in Wien 23. bis 28. Oktober 1972. Wien: Verlag für Geschichte und Politik, S. 30

²³ Botz (1973), S. 33

Unbeschreiblich war daraufhin die Erregung, die sich daraufhin der Arbeiterschaft bemächtigte.“²⁴ Nun beschlossen die Arbeiter der Elektrizitätswerke zu streiken und zu demonstrieren. Von der sozialdemokratischen Parteileitung erhielten sie keine Anweisungen. In der Früh des 15. Juli zogen tausende Arbeiterinnen und Arbeiter aus den Vorstädten in die innere Stadt, um gegen das Urteil zu protestieren. Die Demonstrationzüge hatten den Justizpalast als Symbol des Fehlurteils zum Ziel. Schon an Weg kam es zu Zusammenstößen mit der berittenen Polizei und zu einer immer größeren Erregung unter den Demonstranten. Einige von ihnen drangen in den Justizpalast ein und warfen Aktenbündel heraus. Diese wurden angezündet und wieder hineingeschmissen. Drei Stunden lang war der Platz vor dem Justizpalast von der Polizei verlassen gewesen. Die sozialistische Führung war in der Zwischenzeit mit Bundeskanzler Seipel zusammengekommen, um eine friedliche und politische Lösung zu erreichen. Seipel lehnte entschieden ab und gab Polizeipräsidenten Schober den Schießbefehl. Daraufhin begann die Polizei auf die Massen, unter denen sich mittlerweile viele schaulustige Männer, Frauen und Kinder befanden, zu schießen. Am Ende des Tages waren 89 Menschen tot und 1057 verwundet. Demgegenüber standen vier tote Polizisten. Viele Autoren sehen dies als Beweis dafür, dass die Demonstranten nicht mit Schusswaffen ausgerüstet gewesen waren und keinen Putsch geplant hatten.²⁵

„Gewinner“ dieser Ereignisse waren eindeutig der bürgerliche Bundeskanzler Seipel und die Heimwehren. Trotz Rücktrittsforderungen der Opposition trat der Bundeskanzler nicht zurück und es folgte eine Verhaftungswelle. Auf die Bitten der sozialdemokratischen Führer um eine Amnestie reagierte Seipel, der „Prälat ohne Milde“, ablehnend. Von den bürgerlichen Schichten wurde Seipel nun gefeiert.²⁶

Der darauffolgende Generalstreik wurde – vor allem in den Bundesländern – mit Hilfe der Heimwehr, welche wieder als Hilfspolizei eingesetzt wurde, unterdrückt. Ab diesem Zeitpunkt war die Sozialdemokratische Arbeiterpartei geschwächt, hatte sie doch den Generalstreik nicht aufrechterhalten können und auch nicht mit Waffengewalt durchgesetzt, da sie einen Bürgerkrieg vermeiden wollte.²⁷

Aus dem Justizpalastbrand und der Unterdrückung bzw. dem Abbruch des Generalstreiks danach zogen rechte, faschistische Gruppen neue Kraft: „Für die Führer der faschistischen Heimwehren in den Bundesländern war die Haltung Seipels im Jahre 1927 noch zu milde und

²⁴ Kreissler (1970), S. 152

²⁵ Vergl. Dusek (1995), S. 216

²⁶ Vergl. Botz (1973), S. 39

²⁷ Kreissler (1970), S. 155

noch zu „demokratisch“. Sie versuchten verschiedentlich Druck auf ihn auszuüben, ... Je mehr der Kanzler die Heimwehr als „Hilfspolizei“ und als Keimzelle einer neuen Staatsordnung schätzte und öffentlich anerkannte, umso stärker flossen auch für die Heimwehr die finanziellen Quellen der großen Industrie und der Bankinstitute. Ungarn und Italien leisteten in verstärktem Maße Unterstützung für die Heimwehren, da sie in ihnen ein geeignetes Instrument ihrer Politik erkannten. [...] Durch die massive Propaganda und die Verzerrung des 15. Juli 1927 zum „roten Umsturzversuch“ stieg nun die in den ersten Jahren nur zögerlich anwachsende Zahl der Heimwehrmitglieder sprunghaft an, so dass der Faschismus binnen weniger Jahre eine ernstzunehmende innenpolitische Gefahr wurde.“²⁸

Trotz seines Autoritätsgewinnes durch den Justizpalastbrand war sich Kanzler Ignaz Seipel bewusst, dass die Sozialdemokraten bei den Wahlen im April des Jahres 1927 dazugewonnen hatten und er mit Sorge auf die nächsten Wahlen würde blicken müssen. Es würde schwierig werden, den Führungsanspruch der Konservativen auf parlamentarischer Ebene weiter durchzusetzen. Prälat Ignaz Seipel wollte daher eine autoritäre Verfassung durchsetzen: eines der wichtigsten Ziele der Verfassungsänderung wäre es gewesen, Wien als eigenes Bundesland abzuschaffen, was einen Frontalangriff gegen die Sozialdemokratie bedeutet hätte. Ebenso sollte für das Kino und das Theater die Zensur wiedereingeführt werden. Seipel konnte natürlich nicht mit der Zustimmung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu einer solchen Entmachtung ihrer selbst rechnen.²⁹

Nach langen und schwierigen Verhandlungen einigten sich die Parlamentsparteien im Dezember 1929 auf eine gemischt präsidential-parlamentarische Variante und nicht auf das von Prälat Seipel und den Heimwehren geforderte autoritäre Regierungssystem.³⁰ Diesen Änderungen gaben nun auch die Sozialdemokraten ihre Zustimmung, wodurch die nötige Zweidrittelmehrheit erreicht wurde.

„Ab nun sollte der Bundespräsident direkt vom Volk gewählt werden. Er konnte die Bundesregierung ernennen und entlassen, er hatte den Oberbefehl über das Bundesheer und konnte den Nationalrat auflösen. Das wichtigste Recht jedoch, das dem Bundespräsidenten und damit der Bundesregierung eingeräumt wurde, war das Notverordnungsrecht. Dieses Recht, das sich auf das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz aus dem Jahre 1917

²⁸ Botz (1973), S. 42

²⁹ Maderthaner, Wolfgang (1997): 12. Februar 1934: Sozialdemokratie und Bürgerkrieg. In: Steininger, Rolf/ Gheler, Michael (Hg.) (1997): Österreich im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie bis zum 2. Weltkrieg. Wien/Köln/ Weimar Verlag, S. 160

³⁰ Ebd. S. 161

stützte, gab 1933 der Regierung Dollfuß die Möglichkeit, bei Ausschaltung des Parlaments mit Notverordnungen zu regieren.“³¹

Mit diesem Ergebnis waren die Heimwehrgruppierungen nicht zufrieden, wollten sie doch keine „halben Lösungen“. Ihrer Meinung nach war die „Gefahr“ eines Sieges der Sozialdemokraten bei zukünftigen demokratischen Wahlen noch immer nicht gebannt. In der Folge blickten Heimwehrführer immer intensiver nach Italien, von wo sie immer mehr finanzielle Unterstützung bezogen.³²

In der Heimwehr gewannen zunehmend antidemokratische und antiparlamentarische Tendenzen Oberwasser. Aber nicht nur in diesen faschistischen Gruppen, sondern auch in der Bevölkerung verstärkte sich der Ruf nach einem „starken Mann“ an der Spitze des Staates als Folge der wirtschaftlichen Krise, die 1929 auch Österreich erreichte.

Am 18. Mai 1930 kam es zu einem Treffen aller Heimwehrgruppen in Korneuburg. Hier sollten die Ziele der eigentlich sehr heterogenen Heimwehrgruppen definiert und die Führer der einzelnen Gruppen auf das „gemeinsame Ziel“ eingeschworen werden. Im sogenannten Korneuburger Eid hieß es unter anderem:

„Wir wollen Österreich von Grund auf erneuern! Wir wollen den Volksstaat der Heimwehren [...] Wir wollen nach der Macht im Staate greifen und zum Wohl des gesamten Volkes Staat und Wirtschaft neu ordnen. Wir müssen den eigenen Vorteil vergessen, müssen alle Bindungen und Forderungen der Partei unserem Kampfziele unbedingt unterordnen, da wir der Gesamtheit des deutschen Volkes dienen wollen. Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat! [...]“³³

Dieser Eid muss als ein eindeutiges Bekenntnis zum faschistischen Staat, aber auch zum Nationalsozialismus gesehen werden. Felix Kreissler sieht in diesem Schwur eine Abwandlung des nationalsozialistischen Slogans „Gemeinnutz vor Eigennutz“ mit dem „die Nazis ihr Räuberregime“ begründeten. Auffällig an dem Schwur ist aber auch die Selbstbezeichnung der Heimwehren als Partei – oder ist mit Partei die christlichsoziale Partei gemeint? Dies geht aus der Formulierung nicht klar hervor.

³¹ Kreissler (1970), S. 164

³² Vergl. Ebd., S. 165

³³ Ebd., S. 165

Der Großteil der anwesenden Führer leistete den Eid. Mit diesem Schwur auf den Faschismus vergrößerte sich allerdings der Abstand zwischen den Heimwehren und der christlichsozialen Partei zusehends.

Schon die Verfassungsreform von Bundeskanzler Johann Schober im Jahr zuvor hatte die Heimwehren unzufrieden zurückgelassen, war doch ihr Traum von einem sofortigen autoritären Staat nicht erfüllt worden. Nun wollte Schober Ruhe im Staat, um neue ausländischen Anleihen nicht zu gefährden, und legte ein Gesetz vor, durch welches es zu einer Abrüstung der paramilitärischen Verbände kommen sollte. Daraufhin forderte die Heimwehr, dass zuerst der sozialdemokratische Schutzbund entwaffnet werden müsste und zwar unter der Kontrolle der Heimwehr. Das lehnte der christlichsoziale Kanzler Schober eindeutig ab und distanzierte sich von den Heimwehren. Der Bruch war vollzogen.

Kurz darauf wurde Schober gestürzt und das nächste Minderheitskabinett bereits aus Mitgliedern der Christlichsozialen und der Heimwehr gebildet.³⁴

2.4. Der Weg der Demokratie wird verlassen: 1930 – 1932

Die nun folgende Periode wird von etlichen Historikern, so auch Felix Kreissler, nicht als ein Ablauf einer Reihe von Regierungen, sondern als eine durchgehende Linie, die immer mehr von der Demokratie wegführt, gesehen. Kreissler ortet eine zweigeteilte Entwicklung mit einer sich immer weiter zurückziehenden Sozialdemokratie und einer immer faschistischer werdenden Heimwehr. Einige in der Heimwehr, wie Fürst Rüdiger von Starhemberg aus Oberösterreich und Dr. Walter Pfrimer, Führer der steirischen Heimwehr, standen dem Nationalsozialismus nahe; andere, wie der Tiroler Heimwehrführer Dr. Richard Steidle, und der Niederösterreicher Dipl. Ing Julius Raab, den Christlichsozialen.³⁵

Bereits im Vorfeld der Nationalratswahlen vom 9. November 1930 wurde von der Regierung versucht Stimmung gegen die Opposition zu machen. Die sozialdemokratisch dominierten Bundesbahnen bekamen einen christlichsozialen Generaldirektor und Zeitungen der Opposition wurden fast täglich beschlagnahmt. Ein breiter, konservativer Bürgerblock sollte – so die Hoffnung der Christlichsozialen – als Sieger aus dieser Wahl hervorgehen. Das gelang nicht. Die Heimwehren kandidierten bereits mit einer eigenen Liste, dem „Heimatblock“, erreichten aber nur 228 000 Stimmen, das sind sechs Prozent der Wahlberechtigten. Die

³⁴ Vergl. Ebd.

³⁵ Vergl. Ebd., S. 159

Nationalsozialisten, welche bei dieser Wahl bereits angetreten waren, errangen lediglich drei Prozent der Stimmen und kein Mandat für den Nationalrat. Im Gegensatz zu den bürgerlichen und extrem rechten Parteien erhielt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei 41 Prozent der Stimmen, konnte sich also gegenüber den Wahlen von 1927 ihren Stimmenanteil in etwa halten.

Zeitgleich begann aber der Aufstieg der Nationalsozialisten. Vor allem unter Soldaten und unter der jüngeren Bevölkerung hatte der Nationalsozialismus großen Zulauf. Britische Gesandte berichteten, dass die Nationalsozialisten vor allem von der Bankenkrise und der zwischen prodeutscher und profaschistischer Richtung zerriebenen Heimwehr profitiert hätten. Zahlreiche Überfälle und Gewaltakte gegen Juden und Ausländer trugen noch zum „Ruhm“ der aufstrebenden Nazis bei.³⁶

Trotz dieses Misserfolgs bei der Wahl wurde die Heimwehr Teil der Koalition und Heimwehrführer Rüdiger von Starhemberg Innenminister. Es begann eine Serie von Waffensuchen in Arbeiterheimen und Schutzbundlokalen in ganz Österreich. Die zwei Monate währende Regierung hinterließ noch größere Gräben zwischen den Bürgerlichen und den Arbeiterparteien, als zuvor schon da waren. Eine folgende Regierung sollte wieder Dr. Ignaz Seipel zusammenstellen. Ganz im Gegensatz zu seiner Haltung im Juli 1927 machte er nun nach einigem Zögern der Sozialdemokratie ein Koalitionsangebot. Doch diese lehnte ab.

Wenige Monate später – nach einem gescheiterten Versuch eine Zollunion mit Deutschland einzugehen – sollte es zur nächsten Etappe auf dem Weg zur Zerschlagung der Demokratie in Österreich kommen. Im September 1931 versuchte die steirische Heimwehr einen Putsch durchzuführen, den nach ihrem Führer benannten „Pfrimer-Putsch“.

„Der steirische Heimwehrführer proklamierte sich selbst zum „Staatsführer“. Das war der lange angekündigte Putsch der Heimwehr, mit dem Ziel, den faschistischen Ständestaat zu errichten, das Parlament abzuschaffen und die Sozialdemokratie zu vernichten.“³⁷

Der Putsch der Teil-Heimwehr scheiterte kläglich, da er außerhalb der Steiermark zum Großteil nicht befolgt wurde. Zu unterschiedlich waren die Ausrichtungen der Heimwehr-Gruppen in den einzelnen Bundesländern. Der sozialdemokratische Schutzbund wollte nicht intervenieren, außer das Bundesheer würde der Lage nicht Herr werden. Damit „vergab“ der

³⁶ Carsten, Francis (1988): Die Erste Österreichische Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen. Wien: Böhlau Verlag, S. 133

³⁷ Dusek (1995), S. 220

sozialdemokratische Schutzbund eine Möglichkeit auf sich aufmerksam zu machen und Stärke zu zeigen.

Zugleich allerdings wuchs die nationalsozialistische Bewegung in Österreich immer stärker.

„Bei den Landtagswahlen in Wien, Niederösterreich, Salzburg, Kärnten und der Steiermark im April 1932 stiegen die Stimmen für die Nationalsozialisten jedoch zum Teil auf das Sechsfache. Insgesamt haben damals 336.000 Österreicher und Österreicherinnen nationalsozialistisch gewählt, von denen der weitaus größte Teil aus dem großdeutschen Lager kam, aber auch die Christlichsozialen und vor allem die Heimwehr mussten Stimmeneinbußen in Kauf nehmen, während die Sozialdemokraten ungefähr bei ihrer früheren Wählerzahl blieben. Dieses Ergebnis verstärkte die seit 1930 latente Angst der Christlichsozialen Partei vor Neuwahlen für das Parlament, die nunmehr die Sozialdemokraten und die Nationalisten forderten. Wahlen zu verhindern, war schon das Ziel von Buresch gewesen. Dollfuß hat es erreicht: um den Preis der Zerstörung der parlamentarischen Demokratie.“³⁸

2.5. Das Ende der Demokratie 1933 - 1934

Der 4. März 1933 kann mit Recht als das Ende der parlamentarischen Demokratie bezeichnet werden. Ab diesem Datum kommt es in raschen Schritten zur Auflösung aller für eine Demokratie wichtigen Institutionen und politischen Gruppen: Zuerst löst der christlichsoziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß nach einer Geschäftsordnungsdebatte den Nationalrat und in der Folge das Parlament auf, Ende März 1933 wird der Republikanische Schutzbund aufgelöst (aber nicht die Heimwehr), im Mai 1933 wird die kommunistische Partei aufgelöst und nach den Februarkämpfen 1934 auch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, bis schließlich im Juli 1934 Kanzler Dollfuß bei einem Putschversuch von Nationalsozialisten ermordet wird.

Es ist eine Zeit, in der es um den Erhalt der Unabhängigkeit Österreichs geht, die einerseits durch den immer stärker werdenden Nationalsozialismus in Österreich und aus Deutschland in Gefahr gerät; die andererseits auch unter dem Druck des faschistischen Diktators Benito Mussolini steht, der immer offener und direkter die Umsetzung einer faschistischen Diktatur und die komplette Ausschaltung der Sozialdemokratie (und anderer Oppositionsgruppen) verlangt.

³⁸ Dusek (1995), S. 220

Hier sieht Fritz Kreissler einen tragischen und historischen Irrtum von Dollfuß im Jahr 1933: „... der darin beruhte, dass er (Dollfuß, Anm.) glaubte, diese Unabhängigkeit mit diktatorischen Methoden wirksam verteidigen zu können, dass er die Unmöglichkeit, den Kampf gegen den Hitlerschen Imperialismus ohne die Unterstützung der österreichischen Arbeiterschaft und ihrer politischen Organisationen wirksam führen zu können, außer Acht ließ, und dass, historisch gesehen, der Kampf für ein unabhängiges Österreich nur dann einen Sinn hatte, wenn er auf demokratischen Boden, in einem demokratischen Staat ausgefochten wurde.“³⁹

Seit 1932 war die politische Landschaft verändert, die Regierungskoalition waren unsicher und Dollfuß Kanzler verfügte über eine „gerade eben“-Mehrheit:

„Als Engelbert Dollfuß im Mai 1932 sein Amt als Bundeskanzler antrat, stand er einer Koalitionsregierung vor, bestehend aus einem großen Regierungspartner, den Christlichsozialen, und zwei kleinen Fraktionen, dem Landbund und der Heimwehr. Es handelte sich um ein Kabinett, das nur über eine sehr schmale politische Basis verfügte, nachdem die christlichsozial-großdeutsche Ära der Regierungszusammenarbeit, die von kurzen Unterbrechungen abgesehen seit 1922 für die Koalitionsbildungen maßgeblich gewesen war, infolge der erdrutschartigen Gewinne der Nationalsozialisten bei den am 24. April 1932 stattgefundenen Landtagswahlen in Wien, Niederösterreich und Salzburg zu Ende gegangen war.“⁴⁰

In diese Zeit, also den Sommer 1932, fällt der Versuch eine weitere internationale Anleihe, die „Lausanner Anleihe“ zu erhalten. Doch die Sozialdemokraten lehnen die Zustimmung zur Anleihe ab, wahrscheinlich mit dem Ziel Neuwahlen zu erzwingen.

Der Wiener Historiker Helmut Wohnout sieht bei Dollfuß zu diesem Zeitpunkt einen Meinungsumschwung. Wohnout vermutet, dass durch die Ablehnung der Sozialdemokratie der Anleihe zuzustimmen, sich bei im bürgerlichen Lager und allen voran bei Dollfuß die Meinung durchgesetzt hätte, dass mit den Sozialdemokraten „keine Politik mehr zu machen sei und daher der Parlamentarismus insgesamt eine sinnlose Zeitverschwendung sei. Kurz

³⁹ Kreissler (1970), S. 193

⁴⁰ Wohnout, Helmut (2013): Die Verfassung 1934 im Widerstreit der unterschiedlichen Kräfte im Regierungslager, In: Reiter-Zatloukal, Ilse (Hg.) (2013): Österreich 1933–1938: Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime, Wien/Köln: Böhlau Verlag, S. 17

nach diesem Sommer im Herbst 1932 kam es dann auch zum ersten Mal zur Erlassung einer Verordnung nach dem kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz von 1917.⁴¹

Parallel zu dieser immer größeren Ablehnung den Sozialdemokraten, gewinnt die Heimwehr – wie schon vorher erwähnt –überproportional an Macht und Stimme: „Ausschlaggebend dafür war in erster Linie die zunehmende Verschärfung der politischen Auseinandersetzung nach links wie nach rechts – nach links gegenüber der oppositionellen Sozialdemokratie und nach rechts gegenüber dem immer gewalttätigeren Formen annehmenden NS-Terrorismus auf der Straße. Dies führte dazu, dass der Heimwehr als dem größten paramilitärischen Wehrverband des bürgerlichen Lagers innerhalb der Regierungskoalition ein über seine politisch-parlamentarische Bedeutung hinausgehender Einfluss zuzukommen begann. Die Ernennung (Emil, Anm.) Feys, eines militanten Gegners der Sozialdemokratie, wurde von dieser als Provokation empfunden, umso mehr als der neue Staatssekretär sofort ein Aufmarschverbot nicht nur für nationalsozialistische Verbände, sondern auch für solche der Sozialdemokraten und Kommunisten erließ.“⁴²

Eine Eskalation der Lage und eine weitere Verschlechterung der Gesprächsbasis (falls überhaupt noch vorhanden) zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten war die logische Konsequenz. Der neue Innenminister Emil Fey, zugleich Führer der Wiener Heimwehr, nutzte alle Möglichkeiten als Innenminister, um die Sozialdemokratie und den Schutzbund in ihrer bzw. seiner Handlungsfähigkeit zu beschränken und zu behindern.

In dieser politisch sehr angespannten Stimmung – zusätzlich noch angeheizt durch eine Korruptionsaffäre um illegale Waffenlieferungen von Italien über Österreich an Ungarn – kam es am 4. März 1933 zu einem Misstrauensantrag der sozialdemokratischen und großdeutschen Opposition im Nationalrat. Zu diesem Zeitpunkt verfügte die Regierung lediglich über eine Mehrheit von nur einer einzigen Stimme. Nach einem Formfehler bei der Abstimmung legte zuerst der erste sozialdemokratische Parlamentspräsident Dr. Karl Renner, dann der zweite christlichsoziale Präsident und zuletzt auch der dritte Präsident von der großdeutschen Partei jeweils sein Amt nieder. Der Rücktritt aller drei Parlamentspräsidenten hatte die Aktionsunfähigkeit des Hohen Hauses zur Folge.

Kanzler Engelbert Dollfuß erkannte seine Chance: Er bot dem Bundespräsidenten seinen Rücktritt an. Dieser – anstatt Neuwahlen auszurufen – betraute ihn wieder mit der Regierung. Ab diesem Moment war das Parlament ausgeschaltet und sein Zusammentreten wenige Tage

⁴¹ Vergl. Wohnout (2013), S. 18

⁴² Ebd., S. 19

später von Dollfuß und der Polizei verhindert. Dollfuß erklärte nun, dass die „Selbstausschaltung“ des Parlaments keine Regierungskrise wäre, und regierte ab diesem Moment autokratisch per Verordnung.⁴³

„Ab dem 5. März 1933 begann der christlichsoziale Teil der Regierungskoalition einen radikalen Schwenk in Richtung rechts zu vollziehen. Politikern der Christlichsozialen, die den von Dollfuß gemeinsam mit der Parteiführung eingeschlagenen Weg, ohne Parlament autoritär weiter zu regieren, nicht mitzutragen bereit waren, blieb nur der vorläufige Rückzug aus der obersten politischen Führungsebene.“⁴⁴

Bedenken gegen diese autoritäre Politik ließ Dollfuß nicht gelten. Er argumentierte damit, dass er gezwungen sei, einen Zweifrontenkrieg gegen den Nationalsozialismus und gegen den Marxismus zu führen, daher seien die Maßnahmen gerechtfertigt. Bereits am 31. März 1933 wurde der sozialdemokratische Schutzbund verboten.⁴⁵

Schutz und Stärkung suchte Dollfuß im Ausland: bei Italien und Ungarn. Engelbert Dollfuß hatte zu Ostern 1933 Rom besucht, dort aber nicht nur den Papst, sondern vor allem Benito Mussolini besucht. Dieser hatte ihm die Wahrung der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Österreichs zugesagt. Der Preis dafür war aber eine Verfolgung der sozialdemokratischen Opposition. Dollfuß versprach Mussolini in Rom und später auch brieflich die Erfüllung dieser Forderungen und den Aufbau eines faschistischen Ständestaates in Österreich. Im August 1933 fuhr der Bundeskanzler auf Mussolinis Wunsch nochmals nach Italien, dieses Mal nach Riccione. Dort unterstrich und forderte Mussolini erneut die Ausschaltung des Marxismus. Kurz darauf hielt Engelbert Dollfuß seine bekannte Rede am Wiener Trabrennplatz. In dieser Rede, gehalten am 11. September 1933, verkündete der Kanzler eine ständische Verfassung, welche eine „starke autoritäre Führung“ haben sollte.

Trotz all dieser Entwicklungen in Richtung einer augenscheinlichen Auflösung der Demokratie und des Rechtsstaates protestierte die Sozialdemokratie nicht. Inzwischen war nämlich Adolf Hitler in Deutschland am 5. März 1933 in seiner Rolle als Reichskanzler bestätigt worden und die österreichischen Sozialdemokraten mussten zusehen, was mit ihrer Partei in Deutschland passiert war.

⁴³ Vergl. Dusek (1995), S. 220

⁴⁴ Wohnout (2013), S. 19

⁴⁵ Vergl. Dusek (1995), S. 222

Ganz im Gegenteil, die sozialdemokratische Führung versuchte mit Kompromissvorschlägen auf Dollfuß zuzugehen und ständische Elemente im Staatsaufbau zu akzeptieren.⁴⁶ „Als der Kanzler davon hörte, sagte er jedoch: „Das wäre sehr schön, aber wenn ich das tue, wirft mich Mussolini Hitler in den Rachen.“⁴⁷

Engelbert Dollfuß war also der Weg nach „links“, sich mit den Sozialdemokraten zu verbünden, durch die Aufträge aus Riccione verschlossen. In den folgenden Monaten versuchte er Verhandlungen mit allen Seiten zu führen: mit Italien und mit Deutschland. Sein Ziel war eine Vereinigung – unter seiner Führung natürlich – aller national gesinnten Kräfte in Österreich. Zur gleichen Zeit verfolgten die Heimwehren aber ihre eigenen Wege und waren ebenfalls in (geheimen) Verhandlungen mit den Genannten. Sie forderten zugleich ein immer radikaleres Vorgehen gegen die Sozialdemokratie.

Im Februar 1934 kam es – zum wiederholten Male – zu Hausdurchsuchungen und Waffensuchen in Parteilokalen der NSDAP. Am 12. Februar 1934 wurde das Parteiheim im Hotel Schiff in Linz nach Waffen durchsucht: Der Schutzbund reagierte mit Schüssen auf die Razzia und ein Bürgerkrieg brach aus. In den Industriestädten Österreichs folgte nun eine bewaffnete Erhebung des Schutzbundes, so in Wien, Wiener Neustadt, Steyr, Kapfenberg usw. Zwei Tage dauerte der Kampf. Die Regierungstruppen (Armee und Polizei) wurden durch die paramilitärischen Heimwehr-Truppen unterstützt. Die Angaben über die Zahl der Toten gehen weit auseinander, sicher ist jedoch, dass auf Seiten der Exekutive weniger als 50 Tote verzeichnet wurden, auf Seiten der Sozialdemokraten zwischen 270 und 1000. Neun Aufständische wurden standrechtlich hingerichtet.⁴⁸

Ab der Machtergreifung Hitlers im Deutschen Reich wuchs der nationalsozialistische Einfluss in Österreich immer spürbarer. Dazu kam, dass einzelne Heimwehren, wie etwa die steirische, sich mit den Nationalsozialisten verbündeten. Zwischen März 1933 und Juli 1934 erschütterte eine Welle von nationalsozialistischen Terroranschlägen, wie etwa Sprengstoffanschläge, Österreich, zugleich verstärkte die NSDAP ihre Propaganda in Österreich massiv. Über das damals neue Medium Radio wurde versucht, Stimmung für eine nationalsozialistische

⁴⁶ Vergl. Dusek (1995), S. 225

⁴⁷ Ebd., S. 225

⁴⁸ Dusek, S. 227 und Binder, Dieter A./ Goldinger, Walter (1992): Geschichte der Republik Österreich 1918 – 1938, Wien/Oldenburg: Verlag für Geschichte und Politik, S. 220

Machtübernahme im Land zu machen. Hitler hoffe auf diese Art einen Rücktritt von Bundeskanzler Dollfuß zu erreichen.⁴⁹

Am Vormittag des 25. Juli 1934 kam es zu einem nationalsozialistischen Putsch, der allerdings bereits vorher verraten worden war. Bundeskanzler Engelbert Dollfuß brach daraufhin den laufenden Ministerrat ab und schickte die Minister nach Hause. Trotz erfolgter Sicherheitsvorkehrung gelang es den als Bundesheersoldaten verkleideten Nationalsozialisten kurz nach Mittag ins Bundeskanzleramt zu gelangen. Dollfuß traf auf der Flucht mit einer Gruppe unter der Führung von Otto Planetta zusammen. Zwei Schüsse trafen den Kanzler tödlich und er starb, ohne dass ein Arzt und ein Priester gerufen worden waren, am Nachmittag. Etwa zur gleichen Zeit war die von den Nazi-Putschisten besetzte Rundfunkstation der RAVAG zurückerobert worden. Am 30. Juli war dann der – recht linkische und schlecht organisierte – Nazi-Putsch in ganz Österreich zu Ende. 220 Menschen hatten ihr Leben gelassen. 12 Putschisten wurden zum Tode verurteilt und auch hingerichtet. Die anderen Mitverschwörer wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, jedoch erfolgten die Begnadigungen bereits bald danach. Am 16. Februar 1936, also weniger als zwei Jahre später, waren alle am Putsch Beteiligten wieder auf freiem Fuß.

In der Folge des Putsches distanzierte sich Hitler von den aufständischen österreichischen Nationalsozialisten. „Hitler tat das wohl im Interesse seines internationalen Prestiges, vor allem aber infolge der Haltung Mussolinis, der noch am Abend des 25. Juli vier Divisionen am Brenner aufmarschieren ließ und zu einer bewaffneten Intervention zugunsten Österreichs entschlossen gewesen sein dürfte.“⁵⁰

⁴⁹ Vergl. Jagschitz, Gerhard (1973): Bundeskanzler Dollfuß und der Juli 1934, In: Jedliczka, Ludwig / Neck, Rudolf (1973): Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposiums in Wien 23. bis 28. Oktober 1972. Wien: Verlag für Geschichte und Politik, S. 151

⁵⁰ Dusek (1995), S. 231

3. Italien zwischen 1922 und 1934

Am 17. März 1861 wurde in Turin das Königreich Italien ausgerufen. Herrscher wurden die Savoyen, bis dahin Könige des Königreichs Piemont-Sardinien. Venetien, Triest, Dalmatien und Istrien waren aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht Teil Italiens. Diese Teile – bald darauf von Nationalisten als *terre irredente*, also „unerlöste Gebiete“ bezeichnet – gehörten noch zum Kaiserreich Österreich.

1914 stand das junge Königreich Italien vor der Entscheidung in den 1. Weltkrieg einzutreten oder nicht. Die politische Elite des Landes war gespalten. Zuletzt setzten sich die „Interventionisten“, rechtsstehende Nationalisten, wie zum Beispiel der Schriftsteller Gabriele D’Annunzio, durch und Italien trat in den Krieg ein. Aufgrund des Dreibundes hätte der junge Staat auf Seiten Österreich-Ungarns und Deutschlands kämpfen müssen. Italien jedoch stellte zahlreiche Bedingungen und als diese nicht erfüllt wurden, trat es auf Seiten der Entente-Mächte in den Krieg ein. Von diesen – Großbritannien und Frankreich – wurden ihm 1915 zahlreiche Gebietsversprechungen für den Fall eines Sieges gemacht.

3.1. Machtübernahme der Faschisten 1922 – 1925

Der Erste Weltkrieg endete für Italien mit einer großen Anzahl von gefallen Soldaten und eine am Boden liegende Wirtschaft. Territorial gesehen brachten die Versailler Friedensverhandlungen Italien aber große Gewinne: Südtirol, auf Italienisch Trentino-Alto Adige, wurde Italien zugesprochen, ebenso Triest und Istrien. Lediglich Dalmatien mit der Hafenstadt Fiume, wurde nicht Teil des Königreiches.⁵¹

„Hätten die Ergebnisse der Friedensverhandlungen noch einige Jahre zuvor selbst die kühnsten Wünsche nationalistischer Eiferer übertroffen, so gaben die nun aufgrund völlig überzogener Erwartungen Anlass zu allgemeiner Enttäuschung. Hinzu gesellte sich die Unzufriedenheit der vielen Frontkämpfer, für deren zivile Reintegration dem Staat angesichts der gewaltigen Kriegsschulden die nötigen Mittel fehlten. So setzte sich die Krise der italienischen Gesellschaft unter ökonomisch verschärften Bedingungen fort, während die von

⁵¹ Vergl. Bernecker, Walther L. (2002): Europa zwischen den Weltkriegen. 1914 – 1945. Stuttgart: Verlag Eugen Ulmer, S. 100

nationalistischer Seite hochgepeitschte Enttäuschung über die Resultate von Versailles letztlich auf das Ansehen der Monarchie und der politischen Klasse zurückfiel.“⁵²

In dieser Atmosphäre trat der ehemalige sozialistische Zeitungsredakteur Benito Mussolini auf die politische Bühne. Im Gegensatz zu seinen vormaligen sozialistischen Parteifreunden hatte er 1914 den Kriegseintritt befürwortet.

1919 gründete Mussolini die *Fasci di Combattimento* (= Kampfverbände) auf der Mailänder Piazza San Sepolcro. Erstes Ziel der *Fasci* war der Kampf gegen Sozialismus und Bolschewismus.

In den folgenden zwei Jahren kam es zu einer tiefen Spaltung in der italienischen Politik. Die Sozialisten und die Partei des sizilianischen Priesters Don Luigi Sturzo, der *Partito Popolare Italiano (PPI)*, wurden zu Massenparteien, während die bis dahin dominierenden Liberalen stark an Einfluss verloren. Regieren konnten beiden Parteien weder alleine noch zusammen: Die Sozialisten sträubten sich gegen eine Mitarbeit am „bourgeois“ Staat, während der PPI ein zu breites Spektrum an politischen und gesellschaftlichen Interessen repräsentierte und dadurch politisch äußerst heterogen war. Parallel zu diesem politischen Stillstand erschütterte Italien eine Wirtschaftskrise. 1920 schnellten die Arbeitslosenzahlen, vor allem im Norden des Landes, dramatisch hoch, während im Süden aus dem Krieg heimkehrende Tagelöhner und Kleinbauern endlich die versprochenen Landzuteilungen forderten. Keine der im raschen Wechseln folgenden Nachkriegsregierungen war fähig mit dem sogenannten *biennio rosso* (die zwei roten, d.h. kommunistisch-sozialistischen Jahre: Ende 1918 bis Sommer 1920, Anm.) umzugehen und den wirtschaftlichen Problemen Abhilfe zu schaffen.⁵³

Durch dieses Vakuum an den Schalthebeln der Macht und die Unfähigkeit des Staates Ordnung zu garantieren, konnte der Faschismus erst aufsteigen. Die Jahre 1920, 1921 und 1922 waren geprägt von Razzien, Plünderungen, Brandanschlägen und Gewaltakten der faschistischen paramilitärischen *Fasci*. Während die Rechtsextremen in Triest gegen die angeblich bolschewistischen Slawen vorgingen, konzentrierte sich die Gewalt in Mittelitalien auf die Bauern, die von den *Fasci*, bezahlt von Großgrundbesitzern, drangsaliert und

⁵² Ebd., S. 101

⁵³ Vergl. Sabbatucci Giovanni, Vidotto Vittoria (Hrsg.) (1993): *L'età contemporanea* 2, Roma-Bari: Laterza & Figli Spa., S. 689

terrorisiert wurden. Möglich wurden diese Gewaltakte aber erst durch das Stillhalten der offiziellen Ordnungshüter: der Polizei und des Militärs.⁵⁴

Im Sommer 1921 erkannte Mussolini, dass, um als politische Bewegung zu überleben, der Faschismus „respektabler“ auftreten müsse. Er entledigte sich zu radikaler „Elemente“ und definierte als Ziel die Übernahme der Macht und die Identifizierung des Staates mit der faschistischen Bewegung. Zugleich versicherte er dem König und der Monarchie seine Loyalität. In Folge näherten sich zahlreiche etablierte Politiker der faschistischen Bewegung an. Sie glaubten Mussolini beherrschen zu können und sollten sich dabei gewaltig irren.⁵⁵

Ab November 1921 wurde aus der Bewegung eine Partei. Der *Partito Nazionale Fascista (PNF)* wurde zentral organisiert und nach einigen Monaten waren rivalisierende lokale Anführer ausgeschaltet. Während eines Generalstreiks der Sozialisten im Sommer 1922 ließ Mussolini seine Schlägertrupps ein weiteres Mal von der Leine, um sozialistische Gewerkschafter, Anhänger und Sympathisanten zu terrorisieren: Die Faschisten hatten den Staat verdrängt.⁵⁶

An dieser Stelle drängten viele Politiker auf eine Regierungsbeteiligung der Faschisten. Manche von ihnen mögen geglaubt haben, dass durch die Regierungsbeteiligung der Rechten eine Mäßigung zu erreichen gewesen wäre. Am 29. Oktober 1922 wollten die Faschisten mit angeblich 100 000 Mann auf Rom zumarschieren. Im Gegensatz zu der faschistischen Propaganda waren es aber nur 20 000 kläglich bewaffnete „Zuwanderer“ auf Rom und das reguläre Militär hätte die faschistischen Milizen wahrscheinlich problemlos stoppen können. Da der König aber die Ausrufung des Ausnahmezustandes ablehnte, blieben Armee und Polizei in den Kasernen.⁵⁷ Mussolini marschierte nicht mit. Er war sich offensichtlich des Ausgangs der Ereignisse nicht sicher, und wartete in Mailand auf Nachrichten, um im Notfall in die Schweiz flüchten zu können. Als der König aber den Ausnahmezustand nicht ausrief, bestieg Mussolini seelenruhig den Schlafwagen, um am nächsten Tag in der Früh seine Gefährten in Rom zu treffen.

„Dort nahm er vom König den Auftrag zur Regierungsbildung entgegen und erklärte dem Parlament, es sei nur ihm zu danken, dass das Parlament nicht schon längst in ein „Feldlager

⁵⁴ Vergl. Procacci, Giuliano (1989): Geschichte Italiens und der Italiener. München: Verlag C.H. Beck, S. 354 f.

⁵⁵ Vergl. ebd., S. 356

⁵⁶ Vergl. Bernecker (2002), S. 106

⁵⁷ Vergl. Kershaw (2016), S. 201

seiner Leute“ verwandelt worden war. Trotz dieser Unverfrorenheit sprach die Versammlung der neuen Regierung [...] das Vertrauen aus.“⁵⁸

In den folgenden Monaten blieben die demokratischen Institutionen vorerst – oberflächlich betrachtet – unangetastet. Allerdings begannen sofort Repressionen gegen Sozialisten, Gewerkschafter, unliebsame Zeitungen und Beamte. Wirtschaftspolitisch versuchte sich der Faschismus bei den „alten Eliten“ beliebt zu machen.

Im Dezember 1922 kam es zum ersten Zusammentritt des „Faschistischen Großrates“, des *Gran Consiglio del Fascismo*. Dieser sollte in Zukunft eine Konkurrenz zu Parlament und Regierung werden. Noch wusste Mussolini nicht, wie sein Einparteienstaat genau aussehen sollte, um diesem aber näher zu kommen, wurde das Wahlrecht geändert. „Im November 1923 führte er eine grundlegende Änderung des Wahlsystems herbei, die der stärksten Partei bei der Wahl, sofern sie mehr als ein Viertel (!) der Stimmen erhalten hatte, zu zwei Drittel (!) der Parlamentssitze verhalf. Begründet wurde dies mit dem Versuch, stabile Regierungen zu gewährleisten.“⁵⁹ Tatsächlich hatte diese Reform aber zur Folge, dass sich die meisten politischen Gruppen und Parteien den Faschisten anschließen mussten, um nicht unterzugehen. Im Jahr darauf wurde zum ersten Mal nach dem neuen Gesetz gewählt und der „nationale Block“ gewann – wenig überraschend und mit Hilfe massiver Einschüchterung und Gewalt – zwei Drittel der Stimmen. Lediglich die Arbeiter hatten noch gegen die Faschisten gestimmt.

„Gegen dieses Klima der Gewalttätigkeit während des Wahlkampfes erhob der sozialistische Abgeordnete Giacomo Matteotti am 30. Mai 1924 im Parlament eine leidenschaftliche Anklage. Wenige Tage später wurde er entführt, seine Leiche wurde am 16. August in einem Gebüsch in der Romagna gefunden. Für einen Moment schien es, als ob alle von der Regierung abrücken würden, deren Komplizenschaft mit dem Verbrechen kaum jemand in Zweifel zog. [...] und Mussolini selbst bekam die Isolierung zu spüren. Schnell jedoch gewann er seine Dreistigkeit zurück. [...] Am 3. Jänner 1925 übernahm er vor dem Parlament die volle Verantwortung für die Ermordung Matteottis und forderte die Abgeordneten provokativ dazu auf, ihn unter Anklage zu stellen. Die Abgeordnetenkammer, die den Fehdehandschuh nicht aufnahm, akzeptierte damit ihr eigenes Todesurteil und das Ende des liberalen Staates.“⁶⁰

⁵⁸ Procacci (1989), S. 357

⁵⁹ Kershaw (2016), S. 202

⁶⁰ Procacci (1989), S. 359 f.

3.2. Konsolidierung des faschistischen Regimes: 1925 bis 1934

Was nun – ab Jänner 1925 – folgte, war die Errichtung einer Diktatur und die Faschisierung des Staatsapparates, ohne jedoch die äußere Staatsform, die Monarchie, zu ändern. In den folgenden Monaten wurden alle (noch verbliebenen) Oppositionsparteien verboten und die Pressefreiheit aufgehoben. Die Gewerkschaften – für die Organisation der Arbeiter von elementarer Bedeutung – wurde aufgelöst und durch eine faschistische Einheitsgewerkschaft ersetzt. Die wichtigen Institutionen Italiens – König, Kirche, Armee und Großindustrielle – stellten sich Mussolini nicht in den Weg. „Lieber Faschismus denn Sozialismus“ dürfte die Devise gewesen sein. Wichtig für diesen Beginn des totalitären Staates war sicherlich die Fähigkeit Mussolinis mit den Medien umzugehen. Das Radio wurde zum Medium der Faschisten und übertrug alle propagandistisch perfekt inszenierten Auftritte des „Duce“.⁶¹

Mussolini dürfte sich aber bewusst gewesen sein, dass ohne eine – bis dahin nicht geschehene – Aussöhnung zwischen dem Kirchenstaat und dem Staat Italien die Macht nicht zu konsolidieren war. Der Katholizismus war in weiten Gesellschaftsschichten Italiens tief verwurzelt und ein antikklerikaler Kurs hätte den gesellschaftlichen Konsens noch gefährden können. Mussolini begann daher eine langsame Annäherung an die Kirche. Seit 1871 waren der Heilige Stuhl und Italien um Rom und um die Kirchenbesitzungen in Streit gelegen. Nach langen Verhandlungen wurden am 11. Februar 1929 im Lateranpalast Verträge unterzeichnet, mit denen der Kirchenstaat formal restituiert wurde, der Heilige Stuhl im Gegenzug jedoch die Monarchie anerkannte. Mussolini ging noch weiter auf die Kirche zu: In einem Konkordat wurde der Katholizismus zur Staatsreligion und der Religionsunterricht für alle Schulstufen verpflichtend eingeführt.⁶²

In dieser Periode, um 1929 herum, konnte der faschistische Staat in der Gesellschaft wahrscheinlich auf größte Zustimmung zählen: Der Friede mit der Kirche, die vermeintliche Ordnung im Inneren und ein gewisser Wirtschaftsaufschwung erschienen der Öffentlichkeit als Verdienst der Faschisten. Die Tatsache, dass die Wahlen 1929 alles andere als demokratisch waren, mit nur einer Einheitsliste der Faschisten, schien weiten Kreisen der Öffentlichkeit vernachlässigbar. Außenpolitisch irritierte nur die Besetzung Korfus, die aber bald aufgrund der fehlenden Rückendeckung Englands abgebrochen werden musste.

⁶¹ Vergl. Bernecker (2002), S. 108

⁶² Vergl. ebd., S. 108 f.

Mussolinis Handlungen als Außenminister, wurden von Berufsdiplomaten „abgefedert“. Selbst Winston Churchill erklärte Mussolini seine Unterstützung.⁶³

Ab 1929 erschütterte eine Wirtschaftskrise zuerst die USA, dann Europa. 1930 begann man auch in Italien die Krise zu spüren und diese äußerte sich in einem allgemeinen Preisverfall, dem Sturz der Aktienkurse, einem drastischen Produktionsrückgang und in die Höhe schnellenden Arbeitslosenzahlen. In vielen Industriesektoren, wie zum Beispiel in der Autofabrikation, ging die Produktion zwischen 1929 und 1932 um die Hälfte zurück. Der Staat versuchte durch einen verstärkten Protektionismus und eine Kampagne für „nationale Produkte“ die Wirtschaft anzukurbeln.

Zugleich wurden zahlreiche öffentliche Arbeiten in Auftrag gegeben. In dieser Zeit wurden ganze historische Stadtteile von Rom abgerissen um faschistische Repräsentationsbauten oder Prachtstraßen zu errichten. Hatte der Staat eine bis dahin liberale Wirtschaftspolitik betrieben, so forderte die Industrie nun Hilfe ein und der Staat sprang in die Bresche: Staatliche Finanzierungen und Staatsaufträge für große Unternehmen nahmen ständig zu, wobei vor allem Rüstungsfirmen von den Aufträgen des faschistischen Staates profitierten. In der Öffentlichkeit trat der Staat als vermeintlicher Mittler zwischen den Sozialpartnern auf: Der faschistische Korporatismus sollte zugleich als Überwindung des Kapitalismus und des Sozialismus dargestellt werden.⁶⁴

Die Wirtschaft wurde also immer stärker auch vom Staat organisiert und beeinflusst.

„Die Wirtschaftskrise hatte das Prestige des Regimes vor allem bei denjenigen Schichten des Volkes erschüttert, die besonders hart davon betroffen waren. Die großartigen Worte, mit denen Mussolini in seiner Rede vor mailändischen Arbeitern 1934 die Überwindung des Kapitalismus pries, vermochte nicht die Lohnkürzungen, die hohe Arbeitslosigkeit und den Kaufkraftschwund vergessen machen. Das Regime musste deshalb, auch unter dem Gesichtspunkt der eigenen Popularität des Massenkonsenses, wider aus der Talsohle herauskommen.“⁶⁵

„Popularität durch Propaganda“ lautete die Devise und so verstärkte die faschistische Führung ihre außenpolitischen Aktivitäten: einerseits im mitteleuropäischen Raum, und damit in Österreich, und ab 1934 in Afrika.

⁶³ Vergl. Procacci (1989), S. 362 f.

⁶⁴ Vergl. ebd., S. 366

⁶⁵ Ebd., S. 367

4. Das österreichisch-italienische Verhältnis 1922 – 1934

Arnold Suppan fasst in dem Sammelband „Österreich. 90 Jahre Republik“ in sehr konziser Form die außenpolitische Situation Österreichs in der Zwischenkriegszeit zusammen:

„Österreichs auswärtige Lage und Außenpolitik waren zwischen 1918 und 1938 im Wesentlichen fremdbestimmt. Die aus den Trümmern der Ende Oktober/Anfang November 1918 innerhalb einer Woche auseinandergebrochenen Habsburgermonarchie entstandenen Republik „Deutschösterreich“ konnte sich in diesen 20 Jahren eigentlich nur kurzfristig – zwischen 1928 und 1930 – aus den Fesseln der vielfältigen politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten befreien und zu einem Subjekt internationaler Politik wandeln. Von November 1918 bis März 1938 bestimmten meist mehrere Großmächte direkt oder indirekt die Geschehnisse der Alpenrepublik: zuerst die Siegermächte des Ersten Weltkrieges Frankreich, Großbritannien und die USA, in der ersten Hälfte der 1930-er Jahre das faschistische Italien, ab 1936/38 das nationalsozialistische Deutschland.“⁶⁶

Österreich, der Rest der von der großen Vielvölkermonarchie blieb, hatte es nicht leicht: War es doch – um hier gleich konkret auf das Verhältnis zwischen Österreich und Italien einzugehen – zu einem Rollentausch gekommen. Aus der Großmacht Österreich war ein Kleinstaat geworden und Italien hatte den Krieg als Sieger beendet.⁶⁷

Die ersten vier Jahre nach dem Ende des ersten Weltkrieges waren beide Staaten vor allem mit innenpolitischen Änderungen beschäftigt. Bereits von Anfang an hatte Italien aber großes Interesse an und in Österreich: So sollte die Nachbarschaft mit Österreich die Verbindung zum Donauraum, aber auch zum Balkan herstellen, einer Priorität der italienischen Außenpolitik.

Mit der Machtübernahme der Faschisten 1922 änderte sich aber doch einiges:

„Sowohl eine Fülle von Details als auch grundsätzliche Tendenzen des Faschismus lassen es unangebracht erscheinen, von einer anfänglich gemäßigten Außenpolitik zu sprechen. Das Ziel war von Anfang an die „Größe“ Italiens, Größe des Ansehens, Größe des Einflusses und Größe der Ausdehnung. Die liberalen Politiker suchten zwar den Vorteil Italiens, doch kannten sie die Grenzen. Dagegen begleitet den Faschismus von Anfang an die Idee des

⁶⁶ Suppan, Arnold (2008): Österreich und seine Nachbarn 1918-1938, In: Karner, Stefan, Mikoletzky, Lorenz (Hg.): Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband zur Ausstellung im Parlament. Wien: Studienverlag, S. 499

⁶⁷ Vergl. Wandruszka, Adam (2002): Zwischen den Weltkriegen. In: Furlani, Silvio/Wandruszka, Adam (2002): Österreich und Italien. Ein bilaterales Geschichtsbuch, Wien: ÖBV, S. 175

„impero“, damit verbunden ein Sozialdarwinismus, der sich äußert in der Verachtung anderer Völker, in grundsätzlichem Zweifel am Weltfrieden, und in einer Tendenz, die „im Innersten und nicht einmal geheim von jeher auf Krieg gerichtet war“.⁶⁸

Die Besetzung Südtirols 1918/19 durch Italien belastete daher das Verhältnis der beiden Länder von Anfang an und sollte in den zwischenstaatlichen Beziehungen zu einer der wichtigsten und schwierigen Frage der 1920-er Jahre werden. So kam es wiederholt zu Konflikten: im Herbst 1922, aber auch im Herbst 1923, Ende 1925 und im Sommer 1928.

1922 kann als entscheidendes Jahr angesehen werden, in dem es zu mehreren, teils parallelen verlaufenden Entwicklungen in Österreich, in Italien und international kam:

Prälat Ignaz Seipel kam im Sommer mit einer christlichsozialen-großdeutschen Koalition an die Macht und sollte dort mit Unterbrechungen bis 1932 bleiben. Damit war die sozialdemokratische Partei bis 1934 durchgehend in der Oppositionsrolle.

Zugleich stecke Österreich 1922 in einer massiven Finanzkrise und Seipel versuchte mit einer beeindruckenden Rede vor dem Völkerbund in Genf einen internationalen Kredit zu erlangen. Der Völkerbund gewährte Österreich am 4. Oktober 1922 diese – überlebensnotwendige – Anleihe in der Höhe von 650 Millionen Goldkronen, die Italien mittragen sollte. In Italien herrschte unterdessen allerdings eine unübersichtliche politische Situation, die erst mit der Ernennung von Mussolini zum Regierungschef am 31. Oktober 1922 zu Ende sein sollte.

Zur gleichen Zeit änderte sich die Lage in und für Südtirol. Bereits einen Monat vor der Machtergreifung Benito Mussolinis (am 31. Oktober 1922, Anm.) war es zu Gewaltakten von Faschisten in Südtirol gekommen. Sie forderten, die Autonomie Südtirols ein für alle Mal zu beenden. Tausende *Squadristi* besetzten auf brutale Art die Gemeindeämter und Schulen und erzwangen den Rücktritt verschiedener Bürgermeister.⁶⁹ In der zu Italien gehörenden Provinz Südtirol setzte nun eine massive Italianisierung ein: Die Industrialisierung wurde vorangetrieben und in weiterer Folge wurden tausende Italiener angesiedelt.

Allerdings, bereits in einem Abkommen aus dem Jahre 1920 zwischen Staatskanzler Karl Renner und seinem italienischen Pendant Francesco Nitti hatte sich Österreich verpflichtet, Südtirol und seine deutschsprachige Minderheit als interne Angelegenheit Italiens zu

⁶⁸ Malfèr (1979), S. 123

⁶⁹ Vergl. Wandruszka, S. 180

betrachten. Im Gegenzug sollte Österreich diplomatische und wirtschaftliche Hilfe von seinem südlichen Nachbarn erhalten.⁷⁰

Im Herbst 1922 setzte Bundeskanzler Ignaz Seipel nun also trotz der faschistischen Unterdrückungspolitik auf Beschwichtigung und ein Herunterspielen der Entwicklungen in Südtirol. Schließlich wartete man auf die Unterschrift des italienischen Regierungschefs unter die Genfer Protokolle, mit der die Anleihen für Österreich freigegeben werden sollten. Mussolini hatte zwar im Oktober eine baldige Unterzeichnung zugesagt, sollte dann aber erst Anfang Dezember 1922 unterschreiben.

Bundeskanzler Seipel sandte trotz der Übergriffe und Gewaltakte in Südtirol lediglich eine „message“ an Benito Mussolini, in der er unterstrich, dass „... ein wirklich freundschaftliches und ungestörtes Zusammenwirken zwischen Österreich und Italien erst nach Herstellung eines modus vivendi im Alto Adige möglich sei.“⁷¹ Seipel war also dermaßen vorsichtig in seiner Wortwahl, dass er das Wort Südtirol vermied.⁷² Dies konnte vor allem in Innsbruck und beim großdeutschen Koalitionspartner in Wien natürlich nicht auf Zustimmung stoßen.

Prälat Ignaz Seipels außenpolitische Überlegungen waren, dass ein Gleichgewicht der „Freundschaften“ zu den verschiedenen Nachbarstaaten für Österreich am vorteilhaftesten sein würde. Dies kam den Überlegungen Mussolinis entgegen, der trotz der Italianisierungspolitik in Südtirol, die in Österreich ja auf Widerstand stoßen musste, sich um „gute“ Beziehungen zu Österreich bemühte. „Es offenbart sich hier ein eklatanter Widerspruch zwischen der Staatsraison, die aufgrund der jede Autonomie ausschließenden Idee des totalitären Staates die unbedingte Angleichung der fremdsprachigen neuen Provinzen verlangte und dadurch die Gefühle des Volkes im benachbarten Staat immer von neuem verletzte, und der Staatsraison, die eben diesen Staat zu engster politischer Zusammenarbeit gewinnen wollte.“⁷³ Diese zweite Staatsraison sollte ab 1928 noch stark an Bedeutung gewinnen.

1928 erreichte die Unterdrückung der deutschsprachigen Südtiroler einen neuen Höhepunkt. Im September des Jahres forderte Österreich vor dem Völkerbund „... die Einbeziehung der Minderheitenrechte in die Völkerbundsatzung. Bestand doch eine formale Schwierigkeit für

⁷⁰ Ebd., S. 212

⁷¹ Malfèr, S. 133

⁷² Steinigner, Rolf (2008): Südtirol in der ersten und Zweiten Republik, In: Karner, Stefan, Mikoletzky, Lorenz (Hg.) (2008): Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband zur Ausstellung im Parlament. Wien: Studienverlag S. 172

⁷³ Malfèr, Stefan (1978): Wien und Rom nach dem Ersten Weltkrieg. Österreichisch-italienische Beziehungen 1919 – 1923. Wien/Köln/Graz: Böhlau Verlag, S. 128

Österreich in der Auseinandersetzung mit dem viel mächtigeren Italien in der Südtirolfrage auch darin, dass der Siegermacht Italien im Friedensvertrag keinerlei Verpflichtungen des Minderheitenschutzes – wie etwa den nur assoziierten Staaten Polen und Tschechoslowakei – auferlegt worden waren.⁷⁴ Die italienische Presse und Mussolini selbst heizten mit Aussagen die Stimmung noch an.

1929 kann aber auch als Wende betrachtet werden. In Italien stand der Abschluss der Lateranverträge, also der Aussöhnung zwischen dem Heiligem Stuhl und dem italienischen Staat kurz bevor. Katholiken in Italien und auch in Österreich verfolgten diese Entwicklung aufmerksam. Die sogenannten Lateranverträge sollten dann am 11. Februar 1929 geschlossen werden.

In Österreich wiederum machte sich ein gewisser wirtschaftlicher Aufschwung bemerkbar, der einerseits zu vermehrten Auslandsreisen der Österreicher nach Italien führte, andererseits italienische Firmen zu Investitionen in der Steiermark und in Kärnten bewog. Insgesamt verbesserten sich also die Beziehungen und viele österreichische Urlauber schienen von den äußerlichen Leistungen des italienischen Faschismus, wie etwa dem guten Bahnnetz oder den nicht vorhandenen Streiks, beeindruckt.⁷⁵

„Diese Eindrücke schufen, so oberflächlich sie waren, doch eine sehr wesentliche Voraussetzung für einen Stimmungsumschwung zu Gunsten des faschistischen Regimes bei dem politisch und wirtschaftlich einflussreicheren Teil der Bevölkerung [...], wie ja überhaupt Kärnten und Steiermark, schon wegen der Spannungen dieser Bundesländer gegenüber Jugoslawien und als eventuelles Auf- und Durchmarschgebiet für italienische Truppen im Falle eines Konfliktes zwischen Italien und Jugoslawien, das naturgegebene Einfallstor für den italienischen Einfluss auf Österreich wurden.“⁷⁶

Mussolini suchte also immer stärker den Einfluss auf Österreich, bei dem sein extremer Antisozialismus und sein Antikommunismus eine bedeutende Rolle spielen sollten. „Er trug den Kampf gegen die Linke über die Grenze und bediente sich dabei sowohl der offiziellen diplomatischen Wege, wie auch der Unterstützung rechtsgerichteter Organisationen.“⁷⁷

Die Verbindungen der faschistischen Partei Italiens zu den verschiedenen Heimwehrgruppen wurden immer enger. Geld, Waffen und natürlich Ideen, wie jene vom „starken Mann“ und

⁷⁴ Wandruszka, S. 182

⁷⁵ Vergl. Wandruszka, S. 182

⁷⁶ Wandruszka, S. 182

⁷⁷ Malfèr, S. 133

der Ablehnung des demokratischen Parteiensystems, wurden von den österreichischen Heimwehrgruppen angenommen und in Österreich propagiert. Die Einfluss Italiens drückte sich auch in Freundschaftsverträgen aus, wie jenem im Palazzo Venezia am 6. Februar 1930 unterzeichneten Freundschaftsvertrag.

Walter Goldinger und Dieter Binder bringen die außenpolitische Situation Österreichs folgendermaßen auf den Punkt:

„Die seit 1929 zunehmende Blockbildung zwischen Italien, Ungarn und Österreich kulminierte in den Römer Protokollen 1934, wenngleich sich Österreich wegen seiner finanziellen Notwendigkeiten (zwischen 1929 und 1934, Anm.) weiterhin innerhalb des Völkerbundes und in direkten Kontakten mit Frankreich und Großbritannien außenpolitisch positionierte, hatte es ab 1933 endgültig eine außenpolitische Wendung hin zum italienischen Mitteleuropakurs, bzw. hin zur Einbindung in die italienische Donauraumpläne gegeben. Zwar bemühte man sich angesichts des nationalsozialistischen Terrors um eine Internationalisierung, doch akzeptiert man dabei die Vorhand Italiens.“⁷⁸

In dieser Periode wurden die Aufforderungen Mussolinis an die österreichische Regierung, vor allem an den christlichsozialen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, endlich gegen die Sozialdemokratie vorzugehen und den demokratischen Staat durch einen faschistischen Führerstaat zu ersetzen, immer deutlicher. Vor allem aber nach der Machtergreifung Hitlers in Deutschland am 31. Jänner 1933 wurden die Interventionen in die Innenpolitik Österreichs Schritt um Schritt stärker. Italien hatte seit 1922 die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Österreichs befürwortet. Nun, angesichts der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland und des sich damit nochmals verstärkenden Naziterrors in Österreich, „[...] bot Mussolini großzügige Unterstützung an: zum einen, weil er die deutschen Heeresverbände am Brenner als mit den italienischen Interessen unvereinbar ansah, zum anderen, weil ihm die Aufrechterhaltung der österreichischen Selbstständigkeit für die Bewahrung und Verstärkung des italienischen Einflusses im Mitteleuroparaum unerlässlich schien.“⁷⁹

Im Lauf des Jahres 1933 verstärkte sich also der italienische Druck. Dollfuß sollte zusammen mit den Heimwehren und ihren Führern Rüdiger von Starhemberg und Emil Fey an die volle Umsetzung eines autoritären Regimes wagen, das mehr sein sollte als ein Regieren auf Basis

⁷⁸ Goldinger, Walther/ Binder, Dieter (1992): Geschichte der Republik Österreich 1918 – 1938. Wien: Verlag für Geschichte und Politik, S. 240

⁷⁹ Vergl. Corni, Gustavo (2008): Italien und Österreich 1918-2008, In: Karner, Stefan, Mikoletzky, Lorenz (Hg.): Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband zur Ausstellung im Parlament. Wien: Studienverlag, S. 544

des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes, wie es seit dem 4. März 1933 der Fall war. 1933 besuchte Kanzler Engelbert Dollfuß Mussolini zuerst zu Ostern Mailand und Rom, um dann im August nochmals in Riccione. Im Anschluss an die erste Reise beginnt ein Briefwechsel zwischen Benito Mussolini und Engelbert Dollfuß, der klar aufzeigt, wie stark der faschistische „Duce“ den Kanzler zum Aufbau des Faschismus in Österreich drängte und wie dezidiert die Zerschlagung der Sozialdemokratie gefordert wurde. Um den Druck zu erhöhen, sandte Mussolini auch seinen Staatssekretär im Außenministerium, Fulvio Suvich, im Jänner 1934 nach Wien. Kurz drauf sollte die Sozialdemokratie nach einem langsamen und sukzessiven Ausschaltungsprozess im Februar 1934 endgültig vernichtet werden. Damit waren die Forderungen Mussolinis erfüllt.

Dass Mussolini tatsächlich an der Selbstständigkeit Österreichs interessiert war, zeigte sich anlässlich des nationalsozialistischen Putsches am 25. Juli 1934. „Hier bewährte sich für die österreichische Regierung erneut die italienische Unterstützung; denn die Tatsache, dass Mussolini sofort drei in Oberitalien in Manöver befindliche Divisionen an die Brennergrenze sandte, trug wesentlich dazu bei, dass Hitler das Unternehmen abbrechen ließ und öffentlich desavouierte.“

5. Zeitungslandschaft in Österreich zwischen 1922 und 1934

Das folgende Kapitel will zunächst einen kurzen Überblick über die Pressegeschichte der Zeit zwischen 1922 und 1934 bieten. In den nachfolgenden Unterkapiteln werden die drei ausgewählten Tageszeitungen und ihre Positionen kurz vorgestellt.

5.1. Situation der Presse in der Zwischenkriegszeit

Der Zusammenbruch der großen österreichisch-ungarischen Monarchie war nicht nur ein politisches Ereignis, sondern hatte auch maßgeblichen Einfluss auf die Medienlandschaft des Kleinstaates Österreich. Abseits von wirtschaftlichen, strukturellen und organisatorischen Veränderungen aufgrund des Wegfalls von Absatzmärkten, ist hier wohl die Aufhebung der Zensur am bedeutendsten. Der - nunmehr – österreichischen Presse öffnete sich damit ein weites Feld des Ausdrucks und der Freiheit. Bereits kurz vor dem endgültigen Zusammenbruch der Monarchie hatte die provisorische deutsch-österreichische Nationalversammlung einen Beschluss gefasst, der fußend auf das Selbstbestimmungsrecht des Volkes, die Zensur der Presse dem Grundrecht des Staatsbürgers widersprach und damit die volle Freiheit der Presse wiederhergestellt werden sollte. Nach diesem Beschluss, gefasst am 30. Oktober 1918, war die Presse nur mehr den normalen strafrechtlichen Bestimmungen unterworfen.⁸¹

Historisch gesehen lässt sich die Geschichte der Presse in der ersten Republik in zwei Abschnitte gliedern. Vorbild dafür sind die Ausführungen Kurt Paupié's, der die Entwicklungen in der Zwischenkriegszeit in die erste Phase von 1918 bis 1932 teilt und dann in eine zweite Phase, welche den Zeitraum zwischen Frühjahr 1932 bis zur Machtübernahme durch Hitler-Deutschland im März 1938 abdeckt.

Diese erste Phase beginnt mit einer auffallenden Vielfalt an gedruckten Medien: Neben den schon in der Monarchie existierenden Zeitungen und Zeitschriften etablierte sich eine neue Art von Presse: der Boulevardjournalismus. Die so genannten Revolverjournalisten bewirkten

⁸¹ Jagschitz, Gerhard (1992): Die Presse in Österreich von 1918 bis 1945. In: Bobrowsky, Manfred/Duchkowitsch Wolfgang (Hg.): Medien und Kommunikationsgeschichte. Wien: Wilhelm Braumüller Verlag, S. 117

mit ihrer Art zu schreiben eine weitere Verstärkung der ohnehin bereits vorhandenen politischen Polarisierung. Diese sollte sich in der Folge noch fatal auswirken.

Gerhard Jagschitz beschreibt es in einem Buchbeitrag folgendermaßen:

„... ein weiteres Merkmal: eine schroffe Trennung zwischen zwei Typen der Presse. Zum einen die seriösen, auf Niveau bedachten, sich kompromisslos nicht am allgemeinen Geschmack orientierenden Zeitungen. [...] Dazu gehörten die alten liberalen Flaggschiffe wie die „Neue Freie Presse“, [...], aber auch infolge der starken Politisierung der Zeit, die in ihrer Bedeutung steigende Parteipresse, wie die sozialdemokratische „Arbeiter-Zeitung“, die christlichsoziale „Reichspost“, die großdeutschen „Neuesten Wiener Nachrichten“ [...] Zum anderen die „republikanischen“ Zeitungen, im eigentlichen unpolitisch, [...], ständig Sensationen anbietend [...].“⁸²

Möglich wurde diese Auflagensteigerung durch das neue Pressegesetz vom 7. April 1922, welches zahlreiche Erleichterungen brachte, unter anderem auch das Kolportageverbot aufhob.⁸³ Die Boulevardblätter, welche nun also auf den Markt kamen, zeichneten sich durch reißerische Aufmachungen und nicht wenige Male wild spekulative Inhalte aus. Zudem waren die Boulevardblätter in zahlreiche große Presseaffären der Zwischenkriegszeit verwickelt.⁸⁴

Zentrum des Pressewesens blieb Wien, trotz des Verlustes an Absatzmärkten. In absoluten Zahlen: „Im Jahr 1925 hatten die Wiener Tageszeitungen 1,2 Millionen Druckauflage, die gesamte Tagespresse der Bundesländer aber nur 280.000. [...] 1933 bestanden in Wien 26 Tageszeitungen und 23 neue Zeitungen.“⁸⁵

Vielfach wird die politische Tagespresse der Zwischenkriegszeit in vier Kategorien geteilt:

- Die Regierungspresse („Wiener Zeitung“)
- Die liberalen Blätter (Großpresse und Boulevardpresse)
- Die Parteipresse, unterteilt nach politischer Ausrichtung
 - Sozialdemokratische,
 - Christlichsoziale,
 - Großdeutsche,
 - Nationalsozialistische,

⁸² Ebd., S. 117

⁸³ Paupié, Kurt (1960): Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1848 – 1959. Band 1. Wien: Wilhelm Braumüller Verlag, S. 45

⁸⁴ Vergl. Jagschitz, S. 117 ff.

⁸⁵ Ebd., S. 118

Kommunistische und
Sonstige (Heimwehr, zionistische...) Blätter.

- Richtungsmäßig nicht festgelegte, sogenannte unpolitische Presse.⁸⁶

Besonders betont werden sollte, vor allem in Hinblick auf diese Arbeit, die im Vergleich zu heute weit größere Bedeutung der gedruckten Presse in der Zwischenkriegszeit. Man kann von einem praktischen Informationsmonopol in den Tageszeitungen sprechen, hatte das Radio doch noch eine weit untergeordnete Rolle und zeichnete sich vor allem in den ersten Jahren seines Bestehens noch durch unpolitische Unterhaltung aus. Die RAVAG sollte erst weit später, in den dreißiger Jahren, an politischer Bedeutung gewinnen.

Gerhard Jagschitz unterstreicht in diesem Zusammenhang auch die Schärfe des politische Wortes: „Die Journalistik stand ebenso wie die Lesefreudigkeit in Hochblüte, [...], die Leitartikel in den Zeitungen hatten politische Sprengkraft, es gab Pressepolemiken von nationaler Bedeutung, mit Zeitungsindiskretionen wurde Politik gemacht, und die Zeitung war – abgesehen von der Amoral der Boulevardpresse – eine bedeutende ethische und moralische Komponente.“⁸⁷

Dieser wichtige Einfluss auf die öffentliche Meinung konnte von Seiten des Staates natürlich nicht ignoriert werden. Trotz der Gesetze von 1918 und 1922 hatte die Regierung auch in dieser Phase die Möglichkeit politisch unliebsame Zeitungen einzustellen, die Verbreitung zu verbieten, Ausgaben zu beschlagnahmen oder ein Postverbot zu erlassen. Diese Maßnahmen richteten sich vor allem gegen die Opposition und ihre Zeitungen.⁸⁸

Im Laufe der 1920-er Jahre wurden die Gräben zwischen den politischen Parteien immer tiefer, was natürlich nicht ohne Folgen für die politischen Tageszeitungen bleiben konnte. Bürgerliche Stimmen forderten eine Einschränkung der Pressefreiheit. Ziel war es Zeitungen und Zeitschriften einzuschränken bzw. zu behindern, welche gegen die Interessen des Staates, der Kirche oder der (christlichsozialen) Regierung schrieben, auch wenn diese keine strafrechtlich relevanten Inhalte publizierten.⁸⁹ 1929 wurde sicherlich auch infolge dieser

⁸⁶ Paupié, S. 42

⁸⁷ Jagschitz, S. 118

⁸⁸ Vergl. Wanivenhaus, Helga (1971): Die Pressefreiheit in Österreich. Die Geschichte ihrer Verwirklichung und ihrer gesetzlichen Normen. Wien, Univ., Diss., S. 131 f.

⁸⁹ Baumgartner-Themel, Ulrike (1987): Presserechtliche Maßnahmen des Staates in der Ersten Österreichischen Republik: ein Beitrag zur Erforschung der Pressepolitik der österreichischen Regierung in den Jahren 1918 – 1933. Wien, Univ., Diss, S. 285

deponierten „Wünsche“, eine Strafgesetznovelle zum Pressegesetz verabschiedet, mit welcher die Freiheiten der Medien in immer weiterem Maße eingeschränkt wurden.

Parallel dazu erfolgten politische Veränderungen, die mit der Übernahme des Bundeskanzleramtes durch Dr. Engelbert Dollfuß 1932 eingeleitet wurden. An dieser Stelle lässt Kurt Paupié die zweite Phase der Pressegeschichte der Ersten Republik beginnen. Er beschreibt, wie die ersten Maßnahmen der Regierung Dollfuß nach der Ausschaltung des Nationalrates jene betreffend Pressewesen und Pressegesetz waren. Die Oppositionspresse sollte unterdrückt werden. In erster Linie – so Paupié – richteten sich diese Maßnahmen gegen die Nationalsozialisten, doch „ganz nebenbei“ konnten so auch die Linksparteien und ihre Presse beseitigt werden.⁹⁰

Bereits wenige „Momente“ nach der Ausschaltung des Parlaments, am 7. März 1933, erließ die Regierung Dollfuß eine als wirtschaftliche Schutzmaßnahme getarnte Presseverordnung. Warn bestimmte Bedingungen gegeben, wie etwa „... durch Verletzung des vaterländischen, religiösen oder sittlichen Empfindens eine Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung oder Sicherheit“, herrschte, für eine bereits einmal beschlagnahmte Zeitung eine Vorlagepflicht eingeführt werden.⁹¹ Dies war eine reine Vorzensur, wurde aber nicht als solche bezeichnet. Die Regierung Dollfuß versuchte den äußeren Schein der Verfassungsmäßigkeit der Verordnungen zu wahren. Es sollten noch zahlreiche weitere Presseverordnungen folgen, die die demokratische Freiheit des geschriebenen Wortes immer weiter einschränken sollten.

Etwa später baute man noch einen besonderen Schutz für politische Funktionäre und ausländische Regierungsmitglieder ein, all das unter dem Vorwand die Missbräuche der Pressefreiheit zu verhindern. Viele Journalisten gingen in Folge dieser Entwicklung den Weg des geringsten Widerstandes und der Opportunismus im Journalismus wurde zur Regel. Damit einher ging aber der Verlust der wichtigsten Aufgabe einer freien Presse: die Kontrolle der Macht.⁹²

⁹⁰ Vergl. Paupié, S. 46

⁹¹ Vergl. Jagschitz, S. 122

⁹² Verg. ebd.

5.2. Arbeiterzeitung

Seit 1889 erschien die Arbeiter-Zeitung in Wien zuerst nur zwei Mal pro Monat, später täglich. Sie war von Anfang an das Organ der Österreichischen Sozialdemokratie, daher eine Parteizeitung.

Zentrale Figur der Arbeiter-Zeitung in der Zwischenkriegszeit war sicherlich ihr Chefredakteur Friedrich Austerlitz. Er war nicht nur Abgeordneter zum Nationalrat, sondern auch Chefredakteur der Zeitung. Er galt als scharfer Verfechter der Pressefreiheit und war maßgeblich an der Erarbeitung des Pressegesetzes von 1922 beteiligt.⁹³

Der politische Teil der Zeitung war zentral und bestand aus Nachrichten und einem Leitartikel, zumeist zu innenpolitischen oder lokalen Themen. Kurt Paupié beschreibt die Sprache der Arbeiter-Zeitung folgendermaßen: „Die Sprache war scharf, das Blatt bekämpfte die Christlichsozialen, nahm auch gegen die Liberalen, später gegen die Faschisten und vor allem gegen die NSDAP Stellung. Die Kommunisten wurden ebenfalls abgelehnt, wodurch es öfters zu Zusammenstößen mit linksradikalen und kommunistischen Blättern kam.“⁹⁴

Außenpolitisch befürwortete die Arbeiter-Zeitung bis 1933 den Anschluss an Deutschland und kritisierte die Entente. Zudem forderte sie die Rückgabe Südtirols. Ab 1933 griff die Zeitung die Regierung Dollfuß immer heftiger an, was zu Beschlagnahmungen führte. Aufgrund des Bürgerkriegs im Februar 1934 wurde sie verboten.⁹⁵

5.3. Reichspost

Ebenso wie die Arbeiter-Zeitung gehörte die Reichspost zu den parteigebundenden Tageszeitungen. Seit 1893 erschien die Reichspost zwei Mal täglich. Zu Beginn war ihr Ziel die „Bejahung des Staatsgedankens des Habsburgerreiches gegen alle Separatisten“ und „christliche Grundsätze“⁹⁶.

In der Ersten Republik begann jede Ausgabe der Zeitung mit einem politischen Teil von etwa zwei Seiten, der abgesehen vom Leitartikel, stark von referierenden Nachrichten geprägt war.

⁹³ Vergl. <http://www.dasrotewien.at/seite/austerlitz-friedrich>

⁹⁴ Paupié, S. 91

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Vergl. ebd., S. 100

In der Zwischenkriegszeit verfolgte die Reichspost die Ereignisse im Donauraum sehr genau und setzte sich für den Legitimismus ein. Ganz im Sinne der christlichsozialen Politiker stand die Reichspost dem Anschluss an Deutschland sehr distanziert gegenüber. Kommunisten und Sozialdemokraten wurden von der Redaktion scharf abgelehnt. Insgesamt war die Linie der Zeitung sehr „regierungsnahe“. Lange, bis 1929, forderte die Reichspost die Rückgabe Südtirols. Ab den Lateranverträgen schwieg sie zu dem Thema.⁹⁷

Ab 1933 äußerte sich die Reichspost positiv zum Ständestaat und verteidigte bis 1938 die Unabhängigkeit Österreichs gegenüber Adolf Hitler und Deutschland. Am 30. September 1938 wurde die Reichspost eingestellt.⁹⁸

5.4. Neue Freie Presse

Die Neue Freie Presse erschien seit 1. September 1864. Bereits in der Monarchie entwickelte sich die Zeitung zu einer der auflagenstärksten, renommiertesten und einflussreichsten Blätter. Wie Kurt Paupié beschreibt, gehörte es, sowohl im Inland, als auch im Ausland, „zum guten Ton“ die Neue Freie Presse zu abonnieren.⁹⁹

Nach 1918 erschien das Blatt zwei Mal täglich. Der Schwerpunkt der Berichterstattung lag im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Teil. Weiterhin – wie schon zuvor – konnte die neue Freie Presse auf hochkarätige Journalisten zurückgreifen. Die politische Linie des Blattes war es die Politik Seipels und der Genfer Protokolle zu unterstützen, auch andere christlichsoziale Regierungen wurden gutgeheißen, jedoch ohne zu sehr Partei zu ergreifen. Man wollte sich die Unabhängigkeit erhalten. Vereinzelt griff das Blatt auch sozialdemokratische Forderungen auf.¹⁰⁰

1933 warnte die Neue Freie Presse vor der Zerstörung der Demokratie und lehnte die Ausschaltung des Nationalrats ab. Prinzipiell war die Zeitung zwar deutschfreundlich, sie lehnte den Antisemitismus und die Kirchenfeindlichkeit des Dritten Reiches aber ab. Im Jänner 1939 wurde die neue Freie Presse nicht eingestellt, aber mit anderen Tageszeitungen vereinigt und damit als eigenständiges Blatt aufgelöst.¹⁰¹

⁹⁷ Vergl. ebd., S. 100

⁹⁸ Vergl. ebd.

⁹⁹ Vergl. ebd., S. 145

¹⁰⁰ Vergl. ebd., S. 149

¹⁰¹ Vergl. ebd., S. 150

6. Analyse der Berichterstattung

Das folgende Kapitel stellt drei historische Ereignisse vor, welche jeweils Österreich und/oder Italien betrafen und welche in den österreichischen Tageszeitungen behandelt wurden. Nach einer kurzen Vorstellung des Ereignisses werden die drei ausgewählten Zeitungen und ihre Berichterstattung analysiert. Die Analyse erfolgt jeweils nach dem historischem Ereignis, nach Zeitungen getrennt und nach Datum geordnet und immer in derselben Reihenfolge. Einzelne wichtige Artikel innerhalb einer Ausgabe werden mit Großbuchstaben gekennzeichnet, innerhalb der Artikel werden die Absätze nummeriert, um so die zitierten Stellen finden zu können. Im Folgenden werden die Zeitungen abgekürzt: Reichspost als RP, Arbeiterzeitung als AZ und die Neue Freie Presse als NFP.

Die Autorin behält sich vor, nicht alle, sondern nur politisch relevante Artikel aus den jeweiligen Zeitungen zu besprechen: Kurze Meldungen, Kurzberichte u. ä. werden ausgelassen. Im Anhang dieser Arbeit werden lediglich die besonders relevanten Artikel Eingang finden. Sie werden nach Medium und Datum geordnet. Zitate werden in der Originalschreibweise und -orthographie wiedergegeben.

An dieser Stelle sei noch erwähnt, dass sich die Tagespresse der Zwischenkriegszeit in einigen Merkmalen deutlich von heutigen Zeitungen unterscheidet. Auf diese Unterschiede soll hier kurz eingegangen werden, da sie die nun vorliegende Analyse der Zeitungen beeinflusst haben:

Der vielleicht wichtigste Punkt ist, dass die meisten Zeitungen jener Zeit eine Früh- und eine Nachmittags-(Abend-)ausgabe gedruckt haben. Leider ist in den digitalen Archiven der Österreichischen Nationalbibliothek¹⁰² meist nur eine Ausgabe der jeweiligen Zeitung zu finden. Es würde den Rahmen dieser Diplomarbeit sprengen für jedes Ereignis, jede Zeitung und jedes Datum zu recherchieren, ob es denn eine von der Morgenausgabe unterschiedliche Abendausgabe oder vice versa gegeben hat. Die vorliegende Arbeit stützt sich daher auf die von der österreichischen Nationalbibliothek digitalisierten Ausgaben der jeweiligen Zeitungen.¹⁰³

Ein auffälliges Merkmal der Zeitungen der Zeit zwischen 1918 und 1939 ist, dass - aufgrund der selbstverständlich deutlich langsameren Weiterleitung von Informationen –

¹⁰² <http://anno.onb.ac.at/> (Zugriff am 26.4.2018)

¹⁰³ Ebd.

Tageszeitungen oft auch Meldungen des Vortages abdrucken. In einer Zeitungsausgabe sind also auch Vortagesmeldungen zu finden.

Die Autorinnen bzw. Autoren der Beiträge werden - im Gegensatz zum Feuilleton – nicht genannt. Bei Berichten eigener Korrespondenten steht an manchen Stellen „von unserem Berichterstatter“ dort. Es ist aber bei etlichen Artikeln nicht eruierbar, ob diese rein auf Agenturmeldungen basieren oder eine Mischung von Eigeninformationen und Pressemeldungen sind. Ebenso ist meist nicht feststellbar, ob Beiträge von einem Redaktionskollektiv oder einer Einzelperson geschrieben sind.

Auffällig ist auch, dass in keiner der drei untersuchten Tageszeitungen offizielle oder offiziöse Erklärungen bzw. Verlautbarungen explizit gekennzeichnet sind. Erst durch den Vergleich der Zeitungsartikel ist - im Laufe der Recherchen – an etlichen Stellen klar geworden, dass es sich um (teilweise) wortwörtlich übernommene und abgedruckte offizielle Verlautbarungen handelt.

Auch andere Formen der Zeitungsberichterstattung sind oft nicht klar voneinander zu unterscheiden: informative und meinungsbildende Artikel sind teilweise erst auf den zweiten oder dritten Blick als solche zu erkennen. Vor allem Reportage (persönlich Erlebtes) und Bericht (nur Berichtetes) sind oft nicht zu unterscheiden.

Deutlich größer als in heutigen Zeitungen ist die Zahl der kurzen Meldungen: So berichten Korrespondenten via Telegramm über aktuelle Geschehnisse.

Bemerkenswert ist zudem, dass die Leserschaft auch über (uns heute nebensächlich erscheinende) Tagesabläufe und den Alltag von wichtigen Persönlichkeiten informiert wird, wie etwa „Bundeskanzler Seipel hat heute Abend den Nachtzug nach Rom bestiegen. Er wird morgen Früh um halb neun Uhr ebendort ankommen.“. Aber nicht nur über Abläufe wird berichtet, auch über Mittagessen, Besuche, Kirchgänge etc. wird in kleinen Meldungen informiert. Ganz anders als heute wird - etwa bei Auslandsreisen von Politikern – das Hotel namentlich genannt, in dem der Betreffende logiert.

Dem Leser oder der Leserin soll also ein umfassendes Bild der Ereignisse geliefert werden, so dass sich private, politische und gesellschaftliche Meldungen teilweise mischen.

6.1. Besuch Bundeskanzler Seipels beim neuen Machthaber in Rom 1923

Das Jahr 1923 war von einer intensiven Reisediplomatie des christlichsozialen Bundeskanzlers Dr. Ignaz Seipel gekennzeichnet. Bevor der österreichische Regierungschef zu Ostern des Jahres 1923 nach Italien reiste, hatte er bereits im Jänner die ungarische Hauptstadt Budapest besucht, war bei der Völkerbundtagung gewesen, welche ausnahmsweise in Paris stattgefunden hatte, und hatte im Februar Belgrad einen Besuch abgestattet. Österreich, welches in dieser Zeit noch stark auf eine Äquidistanz zu allen ehemaligen Kronländern bzw. neuen Nachbarn ging, versuchte nach den Besuchen bei den östlichen Nachbarn sich die Freundlichkeit des neuen Machthabers in Rom zu sichern. Die Besuche in Mailand und Rom, welche Kanzler Seipel von 28. März bis 4. April 1923 absolvierte, hatte keinen akuten oder aktuellen Anlass, sie dienten – wie Stefan Malfèr in seinem Werk „Wien und Rom nach dem Ersten Weltkrieg“ unterstreicht – einer österreichischen Gleichgewichtspolitik.¹⁰⁴

„Es sollten alle schwebenden Fragen besprochen und bereinigt werden, da der Kanzler sehr viel auf gute Beziehungen zu Italien halte und verhindern möchte, dass sie durch irgendwelche Fragen gestört würden“¹⁰⁵, so zitiert Malfèr die etwas nebulös formulierte Motivation des Kanzlers für die Reise.

Tatsächlich waren die Beziehungen zu Italien zu jenem Zeitpunkt alles andere als friktionsfrei: Nicht nur belastete die Tatsache, dass Südtirol nun Teil Italiens war, massiv das Verhältnis zwischen Österreich und Italien, hinzu kamen noch faschistische Übergriffe bereits seit Anfang September 1922.¹⁰⁶ So hatten faschistische *squadre* bereits einen Monat vor der Machtübernahme Mussolinis in Bozen und Trient die Bürgermeister teilweise zum Rücktritt gezwungen bzw. durch Terrorisierung der Bevölkerung Änderungen in der Verwaltung der Gemeinden, der Schulen etc. erzwungen. Die Übergriffe gingen so weit, dass es im Spätherbst 1922 in Innsbruck zu Angriffen auf italienische Touristen kam. In der Folge musste der Tiroler Landeshauptmann einen wahrhaften „Canossa-Gang“ zum italienischen Konsul ablegen und sich für die tätlichen Angriffe auf die Italiener entschuldigen. Um die Österreicher zu demütigen, reichte den Italienern eine erste Entschuldigung - vorgebracht vor dem Vizekonsul – nicht, sondern der Tiroler Landeshauptmann musste ein zweites Mal auf

¹⁰⁴ Vergl. Malfèr (1978), S. 135

¹⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁶ Ebd.

dem Konsulat erscheinen, um seine offizielle Entschuldigung dem Konsul höchstpersönlich vorzutragen.

Diktator Benito Mussolini war zu diesem Zeitpunkt erst knapp fünf Monate im Amt. Er hatte aber bereits wenige Wochen nach seiner Machtübernahme, im Dezember 1922, den „Großen faschistischen Rat“, den *Gran Consiglio del Fascismo*, gegründet, eine Institution die die Grundlinien der faschistischen Politik vorgeben sollte und für eine Abstimmung und vor allem Übereinstimmung zwischen Partei und Staat sorgen sollte.¹⁰⁷

Zur gleichen Zeit vermieden es seine Koalitionspartner, die Liberalen und die katholische Partei des Don Sturzo, der *Partito Popolare*, zu genau hinzusehen: „Una volta assunta la guida del governo, Mussolini continuò ad alternare le promesse di *normalizzazione* moderata alle minacce di una *seconda ondata* rivoluzionaria. Ciò gli fu possibile anche per la miopia degli alleati liberali e cattolici (i cosiddetti *fiancheggiatori*), che continuarono ad appoggiarlo anche quando fu chiaro che il Partito fascista intendeva assumere ruolo e funzioni incompatibili con i principi basilari dello Stato liberale.“¹⁰⁸

Eine besondere Rolle spielte hier die katholische Kirche: Sie unterstützte mit ihrem Verhalten massiv den Aufstieg und die Konsolidierung des faschistischen Regimes. Mit Papst Pius XI. war im Februar 1922 ein konservativer Vertreter des Klerus Papst geworden. Während also Mussolini sofort nach der Regierungsübernahme sich im Ton gegenüber der Kirche mäßigte und die Schulreform Giovanni Gentiles positive Folgen für katholische Privatschulen hatte, kam die Kirche Mussolini ebenfalls entgegen. Bereits im März/April 1923 verließen die Minister des katholischen *Partito Popolare* die Regierung. Kurz drauf trat Don Luigi Sturzo als Parteivorsitzender zurück und die Kirche zog ihre Unterstützung für die Partei zurück.¹⁰⁹

Vor diesem politischen Hintergrund besuchte nun der Österreichische Bundeskanzler und hohe katholische Würdenträger Prälat Dr. Ignaz Seipel vom 28. März bis 4. April 1923 Italien.

¹⁰⁷ Vergl. Sabbatucci Giovanni, Vidotto Vittoria (Hrsg.) (1993): *L'età contemporanea* 2, Roma-Bari: Laterza & Figli Spa., S. 816

¹⁰⁸ Ebd., S. 816

¹⁰⁹ Ebd., S. 817

6.1.1. Berichterstattung der Reichspost

Die RP berichtet - im Gegensatz zur NFP - erst am 31. März 1923 von der Italienreise des Bundeskanzlers. Dieser Umstand ist besonders überraschend, da sich die RP ja in ihrem Untertitel „Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk“ nennt und zudem der Regierung Seipel besonders nahesteht. Erst am 31. März 1923, der der Karsamstag ist, informiert die RP erstmals über die Mailand- und Romreise des Bundeskanzlers. An dieser Stelle widmet sie dem Thema nun aber fast die ganze erste Seite.

Als erster Artikel wird eine offizielle Verlautbarung des Vortages abgedruckt (RP, 31.3.1923, Artikel A) mit dem Titel „Begegnung in Mailand“. Diese (offizielle) Verlautbarung betont die Dankbarkeit Österreichs für die Hilfe Italiens bei der Erlangung der Völkerbundhilfe ebenso wie man sich „froh zeigt“, dass es nun zu einem baldigen Abschluss eines Handelsvertrages kommen werde.

Im zweiten Absatz wird davon gesprochen, dass Mussolini „lebhaftes Interesse an Österreich zeige“ und wünsche, dass „Österreich ein Element des Friedens bleiben solle“.

Das Thema und der Begriff „Südtirol“ werden mit keinem Wort erwähnt. Erst im vierten Absatz wird verklausuliert darauf hingewiesen: „Im Laufe der Besprechung wurden schließlich verschiedene schwebende Fragen in Erörterung gezogen und deren beschleunigte Lösung in die Wege geleitet.“ Mit diesem einzigen Satz könnte auf die heftigen Missstimmungen Bezug genommen worden sein.

Nach diesem ersten großen Artikel folgen auf der Titelseite zahlreiche kleine Meldungen, in denen die „große Anzahl von Persönlichkeiten“, welche Seipel in Mailand treffe, unterstrichen wird.

In einer kleinen Meldung am Ende der ersten Spalte berichtet der Korrespondent der RP von einem Pressegespräch, zu dem der Kanzler italienische Pressevertreter geladen habe (RP, 31.3.1923, Artikel B). Hier antwortet Seipel auf eine Anfrage, ob der Faschismus in Österreich viele Bewunderer habe, dass dem so sei und man begrüße allgemein die „großen Entwicklungen, die Italien auf dem Gebiet des sozialen Lebens genommen habe“. Seipel wird aber auch mit dem Satz zitiert: „Auch wir verfolgen dasselbe Ziel, unser Land neu zu beleben, Ordnung einzuführen. [...] Natürlich sind die Mittel, die zu diesem Ziele führen, bei uns andere.“ (RP, 31.3.1923, Artikel B)

Der Leitartikel der Karsamstagsausgabe der RP (RP, 31.3.1923, Artikel C) trägt bereits den sprechenden Titel „Vorfrüchte der Italienreise“ und beginnt mit dem begeisterten Satz des Autors: „Die Italienreise unseres Bundeskanzlers ist zum Osterereignis geworden.“ In weiterer Folge polemisiert der Autor stark gegen die „Gegner“ des Kanzlers, die ihn mit „Spott und Hohn“ überzogen hätten und „keinen guten Faden an ihm gelassen hätten“, ebenso wie seinen Genfer Rettungsplan (Anm., Genfer Anleihe aus dem Jahr 1922), der mit Schmähungen und Bedrohungen bedacht worden sei. Er erwähnt keine Namen, spricht aber von einer „gewissen Partei“. Gemeint sein dürfte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP).

Nach einer langen Lobrede auf den Kanzler kommt der Autor im Schlussabsatz (RP, 31.3.1923, Artikel C, Absatz 4) auf die möglichen Schlussfolgerungen der Reise zu sprechen. Es könne das Ergebnis nicht vorausgesagt werden, aber es bestünden die angenehmsten Voraussetzungen für gute Beziehungen und es sei bewiesen worden, dass Prälat Seipel der ideale Mann für diese Reise gewesen sei. Der Autor geht auch auf den Vorwurf ein, dass Seipel den Faschismus nach Österreich importieren hätte wollen. Diese Unterstellung – wahrscheinlich eine Bezugnahme auf den Leitartikel in der AZ vom Vortag, dem 30. März 1923 – hätte Seipel „den böswilligen Missdeutern rasch verdorben“. Die Länder seien zu unterschiedlich um dieselben Mittel anzuwenden und „zu anders sind die Übel und Gefahren, die uns bedrängen, und jene von denen der Faschismus Italien zu befreien hatte.“

Zusammenfassend kann man sagen, dass die RP die Reise des Kanzlers in einem sehr positiven Licht darstellt und sie betont viele Male die Gastfreundschaft und Freundlichkeit, mit der die österreichischen Vertreter konfrontiert gewesen seien. Zugleich wird an mehr als einer Stelle die Dankbarkeit Österreichs für die Hilfe Italiens betont.

Die Ausgabe der RP vom 1. April 1923 widmet sich der Audienz Bundeskanzler Seipels beim italienischen König. In den Artikeln werden vor allem die Höflichkeitsgesten der Gastgeber betont, wie die Beflaggung des Hotels mit österreichischen Fahnen oder die „ehrerbietende Begrüßung durch die Bevölkerung“ bei der Autofahrt Seipels durch Rom.

Auch am 3. April 1923, am Tag nach der Rückkehr des Kanzlers nach Wien, widmet sich die RP noch ausführlich dem Thema. Wiederum auf der Titelseite wird zunächst über die Audienz beim Papst berichtet (RP, 3.4.1923, Artikel A). Der Autor betont ausdrücklich, auch durch die Schriftsetzung, dass die Privataudienz beim Papst eine Stunde gedauert habe und danach noch ein weiteres Gespräch mit dem Kardinalstaatssekretär folgte. In Artikel B „Die Abreise von Rom“ auf derselben Seite wird über das besonders große Verabschiedungs-

zeremoniell am Bahnhof von Rom für Bundeskanzler Seipel berichtet. Die RP zählt hier sämtliche Staatssekretäre und sonstige italienische Prominenz auf, die sich am Bahnhof eingefunden hatte. Im zweiten Absatz des Artikels wird noch die Zufriedenheit Seipels mit den Ergebnissen der Reise beschrieben. Seipel wird zitiert mit den Worten „Der Zweck der Reise sei voll erfüllt durch das aufrichtige Entgegenkommen, das er beim Ministerpräsidenten und den Spezialinstanzen gefunden habe.“

Sprachlich auffällig ist in der Berichterstattung der RP, dass extrem viele Namen und Titel erwähnt werden, heute würde man das neudeutsch als *namedropping* bezeichnen. Ebenso fließen wie zahlreiche Superlative zur Ausschmückung in die Berichte ein. Insgesamt wird der Empfang durch Mussolini und die italienischen Würdenträger als extrem freundlich, höflich und ehrerbietig beschrieben.

6.1.2. Arbeiterzeitung

Die sozialdemokratische AZ widmet am Freitag, dem 30. März 1923, dem Thema Italien einen großen Leitartikel, nachdem am 29. März 1923 der Besuch Seipels in Mailand nur kurz gemeldet worden war.

Mit dem Titel „Der italienische Imperialismus“ beginnt eine harsche Kritik der AZ am Faschismus (AZ, 30.3.1923, Artikel A). Der große Leitartikel gliedert sich in neun Absätze und zitiert unter anderem direkt aus der neu gegründeten faschistischen Zeitung „*Impero*“. Der Berichterstatter – im heutigen Sprachgebrauch wohl Korrespondent – beginnt seinen Artikel mit dem bedeutungsschweren Satz: „Die Geschichte hat als Lehrmeisterin eine recht unglückliche Hand. Die ganze Erde trägt noch die Wunden, die ihr die deutschen Weltherrschaftsträume geschlagen haben, und schon meldet sich ein neuer Bewerber um die Vorherrschaft. [...] Der italienische Nationalismus ist sich auf einmal gewahr geworden, dass Italien die Mission hat, die niederen Rassen zu beherrschen.“

Gleich zu Beginn des Leitartikels verweist der Autor auf die Auswirkungen solcher Weltherrschaftspläne für das Ausland – also auch für Österreich - und fragt im gleichen Atemzug, worauf die neue faschistische Regierung wohl hinauswolle, was also ihre außenpolitischen Ziele seien.

Im dritten Absatz wird der Leitartikel der ersten Ausgabe der neu gegründeten Faschistenzeitung *Impero* in wortwörtlicher deutscher Übersetzung abgedruckt. Aus dieser

Übersetzung erfährt der österreichische Leser/die österreichische Leserin, dass der Faschismus, von dem Konzept ausgeht, dass die menschliche Rasse einen Drang zum Krieg habe, dass es überall Beherrscher und Gehorchende gebe und es demzufolge herrschende „Rassen“ und untergeordnete „Rassen“ geben müsse. Italien sei, laut *Impero*, „absolut zum Befehlen geboren, da es das genialste, begabteste ... Volk der Erde ist“. Die Beweise dafür wären laut der faschistischen Zeitung seine Fruchtbarkeit, seine Gesundheit, sein kriegerischer Sinn etc.

Der Korrespondent der AZ warnt nun im vierten Absatz eindringlich vor diesen Ideen und betont, dass im Gegensatz zu Serbien und der Türkei, wo es ähnliche Ideen gäbe, in Italien die Regierung diese Äußerungen tätige und damit den Ideen größeres Gewicht zufalle. Zudem, so der Autor, lebe der Faschismus eine Maxime: Man dulde keine Opposition. An dieser Stelle zitiert der Korrespondent Benito Mussolini: „Die Feinde des Faschismus werden vernichtet werden.“ (AZ, 30.3.1923, Artikel A, Absatz 4)

Im fünften Absatz geht der Autor auf die sehr negative Darstellung der Lage Italiens in Regierungskreisen ein. Er vermutet, dass die Situation im Land absichtlich schlechter dargestellt werde. „Gerade die eigenartige Überschätzung der inneren Gefahren, die aus den Äußerungen und Drohungen der Regierung spricht, könnte als Ablenkung eine abenteuerliche auswärtige Politik suchen.“ (AZ, 30.3.1923, Artikel A, Absatz 5)

Im nächsten Absatz berichtet die AZ vom Auseinanderdividieren des Volkes in Regierende und Regierte und von Massenverhaftungen von Kommunisten durch die Regierung. (AZ, 30.3.1923, Artikel A, Absatz 6)

Der Artikel schließt mit einem süffisanten Absatz über die Umwerbung des Vatikans durch die Faschisten. Hintergrund sei – so vermutet die AZ –, dass sich die Faschisten von der Anbiederung an den Vatikan „reiche Ernte von der reaktionären Kraft“ versprechen würden, gemeint sind vermutlich Wählerstimmen aus konservativ-katholischen Bevölkerungsgruppen.

Sprachlich auffallend an dem Artikel ist die Tatsache, dass der namentlich nicht genannte Verfasser stets vom Faschismus spricht: Der Name Benito Mussolini wird kein einziges Mal erwähnt. Den gesamten Artikel durchzieht eine betont distanzierte Schreibweise, die sich in vielen unpersönlichen Formulierungen äußert. Das steht im auffallenden Gegensatz zur Berichterstattung in der vorher bearbeiteten RP. Auch zeichnet sich der AZ-Artikel durch zahlreiche Wortspiele und ironische bzw. sarkastische Sätze aus.

6.1.3. Neue Freie Presse

Die NFP widmet dem Besuch Seipels in Italien neben vielen kleinen Meldungen, Kurzberichten und dem Abdruck von Verlautbarungen einen Leitartikel am 28. März 1923 und ein „Interview mit Seipel“ am 31. März 1923. Wobei das Interview kein Exklusivinterview ist, sondern das Ergebnis eines Sammeltermins für viele Pressevertreter.

Am 28. März 1923 widmet die NFP einen Großteil ihrer ersten Seite dem Thema Seipel in Italien mit dem neutral gehaltenen Titel „Die Reise nach Italien. Während wichtiger Verhandlungen“. Der Leitartikel beginnt mit einer Rückschau auf die Fehler, die in den Beziehungen mit Italien während der Monarchie gemacht worden waren. „Gott sei Dank“, so betont die NFP, fahre nun Bundeskanzler Seipel nach Italien, um den „Jammer der Vergangenheit vergessen zu machen“. (NFP, 28.3.1923, Artikel A, Absatz 1) Im weiteren Verlauf des Artikels (NFP, 28.3.1923, Artikel A, Absatz 2 und 3) widmet sich der Autor auf sehr neutrale und sachliche Weise den handelspolitischen Verflechtungen und Problemen zwischen Italien und Österreich. Der Autor scheint von der Wichtigkeit und Richtigkeit des Abschlusses des (damals) geplanten handelspolitischen Vertrages mit Italien überzeugt gewesen zu sein. Der Absatz schließt mit der Hoffnung des Korrespondenten, dass der Kanzler bei Mussolini auf Verständnis stoßen werde.

Im vierte Absatz geht der Autor auf die Persönlichkeiten Mussolinis und Seipels ein sowie auf jene Stinnes (Anm., Hugo Stinnes, extrem einflussreicher deutscher Industriemagnat), und beschreibt sie folgendermaßen: „Drei Großköpfe, jeder hoch bedeutsam in seiner Art, jeder problematisch, wenn auch in seinem Sinne, jeder etwas so Besonderes, daß keiner mit dem anderen vergleichbar ist.“ (NFP, 28.3.1923, Artikel A, Absatz 4) Seipel wird also mit Mussolini und dem deutschen Großindustriellen auf Augenhöhe gesehen, fähig mit dem Diktator zu verhandeln, so dass man ihm nur Glück wünschen muss.

Unähnlich der AZ, wird der Name Mussolini drei Mal genannt: ein Mal wird er als Ministerpräsident Mussolini, wenige Zeilen später ein einziges Mal als Diktator Mussolini, einmal nur als Mussolini bezeichnet.

Am 31. März 1923 widmet die NFP dem Thema „Friede in Mitteleuropa“ zahlreiche und ausführliche Artikel. Beginnend mit Bulgarien auf der ersten Seite folgen dann die Nachbarn Österreichs auf den weiteren Seiten. Das Thema Italien wird – trotz der damals aktuellen Reise des Bundeskanzlers – erst auf Seite fünf angeschnitten. Nach etlichen Kurzmeldungen

und amtlichen Verlautbarungen berichtet die NFP über eine Pressekonferenz Bundeskanzler Ignaz Seipels in Mailand, von welcher auch die RP berichtet.

Die NFP informiert sehr ausführlich über dieses Gespräch mit Pressevertretern (NFP 31.3.1923, Artikel A) unter dem Titel „Der Bundeskanzler über die Beziehungen zwischen Italien und Österreich“.

Gleich zu Beginn des Artikels betont der Kanzler auf eine Frage hin, dass die Beziehungen zu Italien besonders wichtig seien, „... weil Italien der größte Nachbarstaat Österreichs ist“. (NFP 31.3.1923, Artikel A, Absatz 1). Die NFP zitiert in Folge den Kanzler, der betont, wie wichtig Italien in wirtschaftlicher Hinsicht für Österreich sei und wie dankbar man Italien für seine Garantieübernahme sei. Noch an einer weiteren Stelle wird dieser Dank als Grund für die Reise erwähnt.

Im dritten Absatz zitiert die NFP Seipel: „Österreich habe es vermieden, in eine der neuen Machtkonstellationen der Nachkriegszeit einzutreten und dies verlange auch niemand von ihm.“ (NFP 31.3.1923, Artikel A, Absatz 3) Dann drückt Seipel ausdrücklich seine Bewunderung für den schnellen Wiederaufbau nach dem Krieg in Italien aus und betont, dass Italien seinen Wiederaufbau alleine in die Hand genommen habe.

Im vierten und letzten Absatz wird – wie schon in der RP – die Frage gestellt, welchen Eindruck denn Seipel vom Faschismus habe. Darauf antwortet Seipel: „... die Regierung Mussolini habe viel Bewunderer in Österreich, natürlich nicht in entgegengesetzten politischen Lagern.“ (NFP 31.3.1923, Artikel A, Absatz 4) Man begrüße die großen Entwicklungen Italiens, auch wenn man sie nicht mit denselben Mitteln erreichen wolle. Der Bericht schließt wieder damit, dass Seipel Italien für die Gastfreundschaft und Freundschaft danke.

Alle drei Zeitungen berichteten ausführlich von dem Besuch des Bundeskanzlers in Rom, aber aus völlig unterschiedlichen Blickwinkeln. Ganz unterschiedlich sind auch die Schwerpunkte in der Berichterstattung. Die Reichspost als parteinahe Zeitung der Christlichsozialen lobt und preist die Reise von Bundeskanzler Ignaz Seipel. Viel Wert legt das Blatt auch darauf zu zeigen, wie ausgesucht höflich, ehrerbietig und gastfreundlich Seipel empfangen worden ist.

Ganz anders – extrem kritisch – sieht die Arbeiterzeitung, das „Organ der Österreichischen Sozialdemokratie“ Italien, den Faschismus und Mussolini. Auffallend ist, dass die AZ zwar in einem ganz großen Leitartikel über den Faschismus berichtet, aber den Namen Benito Mussolini nicht in den Mund nimmt. Sie gibt in ihrer Berichterstattung einen Überblick über

die Lage und – vor allem über die Ziele – des Faschismus. Ergänzt wird der Artikel mit einem Abdruck des (übersetzten) Leitartikels aus einer neuen faschistischen Zeitung.

Die Neue Freie Presse, als nicht parteigebundenes Blatt, versucht ihrer Rolle gerecht zu werden und würdigt die Reise Seipels. Auch berichtet sie ausführlich über die Dankbarkeit Seipels für die Hilfe Italiens bei der Völkerbundanleihe. Die NFP betont aber auch, dass Seipel auf einer Augenhöhe mit Mussolini und Stinnes sei: Für die Leserschaft damals wahrscheinlich ein sehr wichtiger Aspekt, zählte doch Österreich zu den Verliererstaaten des Ersten Weltkrieges.

6.2. Rede Mussolinis am 3. Jänner 1925

Der 3. Jänner 1925 wird von vielen Historikern als Wendepunkt in der Periode des italienischen Faschismus gesehen: Es ist die Ankündigung der Diktatur.

Doch dies passierte nicht über Nacht. Nach der Machtergreifung im Oktober 1922 folgten Schritt für Schritt Maßnahmen, die den Staat unter die Kontrolle der faschistischen Partei bringen sollten.

„Wichtige Etappe auf diesem Weg ist die Schaffung des Faschistischen Großrates im Dezember 1922. Das Gremium, an dessen Spitze Mussolini steht, definiert die Richtlinien der Politik und untergräbt damit langfristig das parlamentarische System. Im Juli 1923 wird das sogenannte Acerbo-Wahlgesetz verabschiedet: Demnach kann die stimmenstärkste Partei nun zwei Drittel der Parlamentssitze für sich in Anspruch nehmen. Das Gesetz kommt erstmals bei den Wahlen 1924 zum Tragen - die Faschisten erreichen die Zweidrittel-Mehrheit.“¹¹⁰

Aber eben nicht genug Stimmen, denn im Norden und in den Arbeiterstädten überwog noch immer der Stimmenanteil der (zersplitterten) Opposition. Begleitet wurden die Wahlen, welche am 6. April 1924 stattfanden, von einem Klima der Einschüchterung und der Gewalt gegen die Opposition. Gegen dieses bedrückende Klima der Angst stand der sozialistische Abgeordnete Giacomo Matteotti auf.¹¹¹ „Dieci giorni prima di essere ucciso, Matteotti aveva pronunciato alla Camera una durissima requisitoria contro il fascismo, denunciandone le violenze e contestando la validità dei risultati elettorali. Era dunque naturale che la sua

¹¹⁰ <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/147468/benito-mussolini-kommt-an-die-macht-30-10-2012>
(Zugriff am 28.4.2018)

¹¹¹ Vergl. Procacci (1989), S. 359

scomparsa suscitasse nell'opinione pubblica, pur assuefatta alla violenza politica, un'ondata di indignazione contro il fascismo ed il suo capo.”¹¹²

Nach der Auffindung von Matteottis Leichnam, zwei Monate nach dem Mord, schwand die Begeisterung für den Faschismus. Die Opposition glaubte, mit einer dramatischen Geste die Faschisten überrumpeln und ausschalten zu können: Rund 150 Abgeordnete der Opposition zogen aus dem Parlament aus und auf den Hügel des Aventin, in Anlehnung an eine ähnliche Handlung der Plebejer im antiken Rom. Aber der erwartete Aufschrei der Öffentlichkeit oder eine drastische Handlung des Königs blieben aus und am Ende führte der Boykott des Parlaments zu einer Selbstausschaltung der Oppositionsparteien.¹¹³

Wenige Monate später entschied sich Mussolini zur „Gegenattacke“, ohne weiter den Versuch aufrecht zu erhalten die Legalität seiner Handlungen wahren zu wollen. „Am 25. Jänner 1925 übernahm er in einer Rede vor dem Parlament die Verantwortung für die Ermordung Matteottis und forderte provokativ dazu auf, ihn unter Anklage zu stellen.“¹¹⁴ Was folgte, war keine Anklage gegen Mussolini, sondern eine Reihe von Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Pressebeschlagnahmungen. „Anziché provocare la fine dell'avventura fascista, la crisi Matteotti aveva determinato la disfatta dei partiti democratici ed accelerato il passaggio da un governo autoritario a una vera e propria dittatura.“¹¹⁵

¹¹² Sabatucci (1993), S. 816

¹¹³ Vergl. Bernecker (2002), S. 107 f.

¹¹⁴ Procacci (1989), S. 360

¹¹⁵ Sabatucci (1993), S. 818

6.2.1. Reichspost

Bereits am 3. Jänner 1925 berichtet die RP in mehreren Kurzmeldungen über die andauernden Pressekonfiszierungen in Italien und über die Zerstörung der Redaktionen katholischer Blätter im ganzen Land. Ebenso wird über Gewalttaten und Straßenkämpfe informiert. An diesem Tag erscheint auch eine Meldung, in der die zu erwartende entscheidende Rede Mussolinis angekündigt wird, und die RP vermeldet, dass über einen Rücktritt Mussolinis spekuliert werde, während „andere“ Faschisten angeblich die Ausrufung der Diktatur fordern würden.

Am 4. Jänner 1925 berichtet die RP auf Seite eins von der Rede Mussolinis. Der Titel lautet „Mussolini vor dem Parlament“, der Untertitel „Die Lage wird binnen 48 Stunden geklärt sein“. Der Artikel wird von einem überschwänglichen Lob für die Redekunst Mussolinis eröffnet. Danach berichtet die RP, dass Mussolini sich gegen Anschuldigungen gewehrt hätte und betont habe, dass „die Opposition die Hand zum Frieden ausgeschlagen habe“. (RP, 4.1.1925, Artikel A, Absatz 1) Zudem seien viele Faschisten Opfer der Unruhen im Land geworden, wird Mussolini zitiert. Der erste Absatz endet mit der Ankündigung Mussolinis, dass er „Wege und Mittel habe, um der Opposition binnen 48 Stunden ein Ende zu machen [...] im Guten, wie im Schlechten.“ (RP, 4.1.1925, Artikel A, Absatz 1)

Im zweiten und dritten Absatz berichtet die RP über die (vergeblichen) Versuche der Opposition eine Tagesordnung einzubringen, um in dieser das Vorgehen der Regierung gegen die Opposition und die Presse zu kritisieren. Das sei durch einen Antrag der Faschisten (welche eine große Mehrheit hatten), die Sitzung der Abgeordnetenkammer um sechs Monate zu vertragen, verhindert worden. An dieser Stelle informiert die RP lediglich darüber, dass ein Vertreter der Opposition darüber „sein Bedauern ausgedrückt habe.“ (RP, 4.1.1925, Artikel A, Absatz 3)

In einem zweiten kurzen Bericht (RP, 4.1.1925, Artikel B) berichtet das Blatt, dass sich Mussolini und seine Minister getroffen hätten, um Maßnahmen zu ergreifen, „um jegliche Störung der öffentlichen Ordnung entgegenzutreten.“ (RP, 4.1.1925, Artikel B)

Beide Artikel berichten sehr distanziert von den Ereignissen im italienischen Parlament und vermeiden irgendeine Wertung. Schon der Titel des längeren Artikels (Artikel A) ist extrem neutral formuliert und unterlässt jegliche Kritik. Keine der Maßnahmen Mussolinis wird kommentiert.

Am 5. Jänner 1925 widmet sich die RP weiter den Ereignissen in Italien. Unter dem irreführenden oder auch nur verwirrenden Titel „Mussolinis Kampf gegen die wachsende Opposition. Mobilmachung in Italien“ sind eigentlich mehrere Meldungen zusammengefasst. Es handelt sich hier daher nicht um einen Leitartikel im eigentlichen Sinn, obwohl er die Titelseite der RP vom 4. Jänner 1925 dominiert.

Wie im Anhang zu sehen ist, wird der Artikel trotz dieser etwas unklaren Zusammensetzung als ein Artikel behandelt. In den ersten vier Absätzen wird über die „sehr ernste Lage“ berichtet und über zahlreiche Zusammenstöße zwischen Faschisten und anderen politischen Gruppen, vornehmlich wohl den Sozialdemokraten.

Der fünfte Absatz geht dann - wie schon am Vortag – zwar detailliert auf die Rede Mussolinis ein, vermeidet aber jeglichen Kommentar. Mussolini wird wortwörtlich zitiert, mit „Ich erkläre, dass ich allein jegliche politische, moralische und historische Verantwortung für all das übernehme, was geschehen ist.“ (RP, 5.1.1925, Artikel A, Absatz 5) Zudem sei er das Haupt einer Verbrecherbande, wenn die Faschisten Verbrecher seien, wird er zitiert. Danach behauptet er, dass es umstürzlerische Tätigkeiten gebe und diesen werde er begegnen: „Wenn zwei Elemente in unversöhnlichem Kampfe sich befinden, dann sei (als) einzige Lösung die Gewalt!“ (RP, 5.1.1925, Artikel A, Absatz 5)

Im nächsten Absatz meldet die RP eine Sitzung der Oppositionsparteien und vermutet, dass in Folge eines Sessionsbeschlusses die oppositionellen Abgeordneten wahrscheinlich ihre Immunität verlieren würden. Zuletzt informiert die RP über die schreckliche Lage der Presse und über eine Petition des Ausschusses der italienischen Pressevereine an die Regierung die Pressefreiheit zu achten.

6.2.2. Arbeiterzeitung

Die Arbeiterzeitung bringt am 3. Jänner 1925 einen großen Kommentar auf der ersten Seite: eine Art Jahresschlussbericht über den Faschismus in Italien. Der sehr flüssig und gut zu lesende Artikel ist eine flammende Anklage gegen den Faschismus in Italien. Der Artikel prangert Korruption und Käuflichkeit an, spricht von einem Scheinwahlkampf um die Parlamentssitze und von verprasstem Steuergeld. Doch trotz zahlreicher ernannter Abgeordneter habe das Parlament auch nach dem Auszug eines Teils der Opposition immerhin noch weiter funktioniert, konstatiert die AZ.

Den vierten Absatz beginnt der Autor mit: „Die berüchtigten fünf Millionen Stimmen, die der Faschismus durch Erpressung und Bestechung zusammengebracht hatte, erhöhten in seinen leitenden Kreisen das Gefühl, daß der Gewalt alles erlaubt sei und alles glückt.“ (AZ, 3.1.1925, Artikel A, Absatz 4)

In den folgenden Absätzen setzt sich der Korrespondent mit der Zerschlagung der Gewerkschaften, der Machtgier von Mussolini und der ungestraften Gewaltanwendung bis hin zum Delikt Matteotti auseinander. Nun, so schreibt die AZ, wehre sich die faschistische Partei gegen das Strafgesetz: „Sie wehrt sich durch Widerstand, sie wehrt sich durch Zugeständnisse, durch Gewaltanwendung und durch Versprechen der Legalität. Sie ist zu allem entschlossen, wenn ihr nur die Macht bleibt, die die Straffreiheit ist.“ (AZ, 3.1.1925, Artikel A, Absatz 7)

Der Autor konnte die Ereignisse der folgenden Tage nicht vorhersehen, datiert war der Artikel ja mit Mitte Dezember 1925. Was aber klar beim Namen genannt und auch heftig kritisiert wird, sind die Gewalttaten, die Willkür und die Korruption des faschistischen Systems. Obwohl der Artikel sehr lang ist, wird Mussolinis Name bis auf zwei Mal nicht genannt. Es scheint, als ob die Nennung des Namens vermieden werden sollte, vor allem in den Passagen des Artikels, die die faschistische Politik besonders scharf kritisieren.

Am Sonntag, dem 4. Jänner 1925, ist das Thema Italien wieder der Aufmacher der AZ. An diesem Tag druckt die Zeitung eine Meldung ab, die beinahe wortgleich auch in der RP erschienen ist. Interessant ist hier, dass die lobenden Adjektive aus dem Verlautbarungstext gestrichen sind und dass der Text deutlich gekürzt ist. Deutlich klarer und auf der ersten Seite bringt die AZ auch Meldungen, die darüber informieren, dass eine wichtige toskanische Zeitung gebrandschatzt worden sei, ebenso wie die Nachricht, dass die drei größten Oppositionszeitungen wieder nicht erschienen seien.

Die Montagsausgabe der AZ am 5. Jänner 1925 ist ganz groß Mussolini gewidmet. Der Leitartikel trägt den sprechenden Titel „Der regierende Banditenchef“ und ist eine an Schärfe kaum zu überbietende Anklage gegen Benito Mussolini. Mussolini schrecke von keiner Art von Gewalt zurück, sondern „... sei wie ein Mensch von richtigem Verbrechertypus, der im Augenblick der Gefahr vor äußerster Gewalt nicht zurückschrecke. Das ist Mussolinis Fall. Er hat die Frechheit wiedergewonnen, die nach der Ermordung Matteottis ins Wanken gekommen war.“ (AZ, 5.1.1925, Artikel A, Absatz 1) Der Artikel setzt fort mit der Feststellung, dass die Aussagen Mussolinis allesamt mit Begeisterung aufgenommen worden seien, so wie „ein Räuberhauptmann seinen Leuten gegenüber den Treuschwur erneuert.“ Die

AZ zitiert Mussolini wortwörtlich mit seiner Androhung, gegen jede Art von Opposition unerbittlich vorzugehen: „Wenn ich aber nur den hundertsten Teil der Energie, den ich bisher angewandt habe, um den Faschismus im Zaume zu halten, anwende, um ihn zu entfesseln, dann würden sie sehen! – Mord, Brand und Zerstörung lassen bereits deutlich sehen, was der „noch nicht entfesselte“ Faschismus alles vermag.“ (AZ, 5.1.1925, Artikel A, Absatz 2)

Es ist aus den Artikeln der AZ nicht nur heftige Kritik am Faschismus in Italien herauszulesen, sondern auch Sorge. So schließt der eben genannte Artikel mit dem Satz, dass die abendländische Kultur so alt werden habe müssen, um solche Regierungskunst zu zeitigen.

6.2.3. Neue Freie Presse

Die NFP berichtet in den ersten Tagen des Jahres 1925 ausführlich von den Vorgängen in Italien. Aufgrund der damals langsameren Nachrichtenübermittlung schreibt die NFP am 3. Jänner 1925, dem Tag der Rede Mussolinis in der Abgeordnetenkammer, natürlich noch nicht von der Rede, sondern berichtet über die allgemeine politische Lage im südlichen Nachbarland Österreichs.

Unter dem Titel „Krise des Faschismus“ beginnt die NFP den Artikel mit folgendem Satz: „Durch die verschärfte Anwendung des Pressedikrets sind die oppositionellen Blätter tatsächlich mundtot gemacht.“ Im ersten Absatz setzt die NFP ihre Leser und Leserinnen über die Situation der italienischen Presse ins Bild und berichtet von Beschlagnahmungen und der Zerstörung von Zeitungsredaktionen, angeblich „ohne Weisung der politischen Zentrale“. (NFP, 3.1.1925, Artikel A, Absatz 1) Insgesamt malt die NFP ein düsteres Bild der Pressefreiheit in Italien.

Im nächsten Absatz beschäftigt sich die Zeitung mit der Gewalt in Italien und erwähnt (angebliche) Telegramme an Mussolini, in denen dieser aufgefordert wird, die Diktatur endlich auszurufen. Danach widmet sich die NFP der Frage, was passieren wäre, wenn Mussolini zurückgetreten wäre und kommt zu dem Schluss, dass dann die Faschisten nicht mehr im Zaum zu halten gewesen wären. Zudem würden - so die NFP – faschistische Blätter glauben, dass sie „mit der Verhöhnung der Opposition zur Befriedung der Lage beitragen würden“. (NFP, 3.1.1925, Artikel A, Absatz 3)

Der Artikel schließt mit einem – unklaren und verwirrenden Inhalt – über die politische Lage. Der Autor stellt einen Zusammenhang her zwischen den (oppositionellen) Tageszeitungen, denen ihre Einstellung drohe und der „misslichen Lage“ Mussolinis. „Der Faschismus steht Gewehr bei Fuß und lässt seinem Führer nur wenig Bewegungsfreiheit.“ Fast klingt es in dem Artikel, als ob Mussolini ein „Opfer der faschistischen Straße“ wäre und die Oppositionszeitungen irgendetwas damit zu tun hätten.

Am Samstag, dem 4. Jänner 1925, macht die NFP mit dem Titel „Sensationelle Kammerrede Mussolinis“ auf. Auf der ersten Seite folgt dann allerdings ein Artikel, der nur in den ersten Zeilen etwas mit Italien zu tun hat. Er beginnt mit einer sehr bildhaften Beschreibung der Vorgänge am 3. Jänner 1925: „Sturmrede Mussolinis. Eine Atmosphäre im Süden unseres Landes, als wenn missfarbene Gewitterwolken am Horizont aufstiegen, mit jenem Wirbelwind, der Vorbote ist von Blitz und Donner. Niederwerfung der Opposition in diesem Lande der Freiheit, durch die Zensur und durch die Drohung, den Faschismus loszulassen in seiner ganzen Heftigkeit, gegen jeden, der es wagt, zu widersprechen und der Diktatur das starre Nein der Verfassungstreue entgegenzusetzen.“ Nach diesem sehr starken und eindeutigen Bild der Lage in Italien geht die NFP jedoch auf die wirtschaftlichen Folgen für Österreich ein und kommt im Laufe des Leitartikels nicht mehr speziell auf Italien zurück.

Erst auf Seite sieben derselben Ausgabe wird eingehender von der Rede Mussolinis berichtet. Der Titel und Untertitel sind schon eindeutig: „Mussolinis Antwort an seine Gegner“ und „Eine Drohrede“. Der Korrespondent berichtet von der Sitzung, bei der er persönlich anwesend gewesen sei dürfte, sehr genau und äußerst ausführlich. Die Redepassagen Mussolinis werden wahrscheinlich (teilweise) im Wortlaut wiedergegeben. Es ist eine Rede, die aus Verteidigungen und Drohungen besteht, sowie der - berühmten - Aufforderung zur Anklage seiner selbst. Der Berichtersteller schildert die dramatische Stimme und expressive Gestik Benito Mussolinis, sowie wann und wie er von Applaus unterbrochen wurde. Er zitiert Mussolini folgendermaßen: „Ich sage euch, noch bevor 48 Stunden vergangen sein werden nach meiner Rede, wird die Lage in ihrer ganzen Tragweite restlos geklärt sein.“ Der Autor schildert danach hysterische Begeisterung der faschistischen Abgeordneten und zeichnet das Bild von in den Gängen des Parlaments singenden Faschisten. Der Artikel schließt mit der Frage, wie die geäußerten Drohungen wohl zu verstehen seien. Der Schreiber fragt sich, ob sie sich nur auf die aktuelle Krise oder auf weitere polizeiliche Maßnahmen gegen Persönlichkeiten richten.

Der Artikel ist äußerst bildhaft geschrieben und vermittelt ein lebendiges Bild der Situation im italienischen Parlament. Der Autor versucht - trotz der Tatsache, dass es von der Mussolini'schen Inszenierung sehr beeindruckt gewesen sein dürfte – politisch distanziert zu bleiben. Der Leser, die Leserin erfährt aber wahrheitsgemäß, dass in Italien mit Drohungen, politischen Säuberungen und Pressezensur gearbeitet wird.

Am 5. Jänner 1925 widmet die NFP der Rede Mussolinis den Leitartikel auf der Titelseite. Es ist ein persönlicher Kommentar, der die Rede Mussolinis mit dem „Ton der großen Tribünenreden im alten Rom“ und den Reden „Dantons auf der Höhe seiner Macht“ vergleicht. Dann aber geht der Autor auf den Machtkampf zwischen Faschisten und Nichtfaschisten ein und auf die willkürlichen Machtbefugnisse der Präfekten sowie die mundtot gemachte Presse. Er zeichnet ein Bild Mussolinis, der zwischen der immer noch starken Opposition und dem radikalen Provinz-Flügel der Faschisten steht, einem Mussolini, der eigentlich keine Gewalt will ganz im Gegensatz zu den radikalen Elementen seiner Partei. Mussolini habe sich weiterentwickelt, sei „demokratischer“ geworden und habe ein neues Wahlgesetz in Aussicht gestellt, welches aber von der Opposition abgelehnt worden sei. Daher wären nun wieder die radikalen Elemente der Faschisten im Aufwind und Mussolini wäre wieder genötigt gewesen Gewalt anzuwenden.

Zuletzt fragt sich der Autor, wo dies hinführen solle. Er schließt mit dem Satz: „Die Renaissance der Demokratie kann verzögert, aber nicht verhindert werden. Die Frage ist freilich, ob für Mussolini der Weg zurück noch offen ist. Schwere Kämpfe stehen jedenfalls bevor und ihr Ausgang ist heute nicht abzusehen.“ (NFP, 5.1.1925, Artikel A, Absatz 4)

Folgendes lässt sich aus der Berichterstattung zur Rede Benito Mussolinis vom 3. Jänner 1925 herauslesen:

Alle Artikel der RP zu den Ereignissen des 3. Jänner 1925 vermitteln den Eindruck, als ob die Reichspost versucht hätte, zwar möglichst wahrheitsgetreu zu berichten, zugleich aber keinerlei Kritik zu üben. Trotz der eindeutigen Drohungen Mussolinis gegen die Opposition und gegen die Presse – die auch als solche bezeichnet werden -, wird so getan, also ob dies „normal“ wäre. Mussolini wird stets als Ministerpräsident oder einfach als Mussolini bezeichnet. Das Wort Diktator kommt nicht vor.

Die Arbeiterzeitung bringt schon im Vorfeld der Rede einen großen Leitartikel, eine Art Jahresabschlussbericht, über Italien. Es wird das faschistische System heftig kritisiert. Die AZ

spart nicht mit ausdrucksstarken Wörtern wie z. B. „Banditenchef“ und die Artikel haben eindeutig ein aufklärerisches Ziel.

Die NFP berichtet auch schon im Vorhinein über die Lage in Italien und zeichnet ein klares Bild der fehlenden Demokratie im Land. Vor allem die Zensur und die Erstürmung verschiedener Zeitungsredaktionen werden – zumindest indirekt – als etwas Negatives dargestellt. Am 4. und 5. Jänner 1925 beschäftigt sich die NFP sehr ausführlich mit Italien und drückt ihre Sorge über die Gewalt im Land aus. Trotzdem gewinnt man den Eindruck, dass für die Redakteure und auch für die Leserschaft die massenhafte Gewalt auf der Straße etwas Normales zu sein scheint. Die Hoffnung und der Wunsch nach Demokratie und Frieden sind aber – vor allem in dem Leiartikel am 5. Jänner 1925 – noch deutlich zu spüren.

6.3. Besuch Bundeskanzler Dollfuß in Riccione

Sieben Jahre nach der Ausrufung der Diktatur in Italien wird 1932 Dr. Engelbert Dollfuß österreichischer Bundeskanzler. Dollfuß sollte von 1932 bis zu seinem gewaltsamen Tod im Juli 1934 Bundeskanzler bleiben.

Ab 1932 verstärkten sich in der österreichischen Innenpolitik antidemokratische und antiparlamentarische Tendenzen. Im Mai 1932 bildete Engelbert Dollfuß noch eine Koalition mit dem Landbund und der Partei der Heimwehr. Zur gleichen Zeit standen aber eben diese Heimwehren bereits unter dem starken Einfluss des italienischen Diktators Benito Mussolini und standen damit dem demokratischen System – trotz ihres „Mitspielens“ – distanziert gegenüber. Parallel zu der Bildung dieser nicht sehr stabilen Koalition verstärkten die Nationalsozialisten ihre Anschläge und tätlichen Angriffe. Dollfuß suchte in dieser Zeit zwei Mal die parlamentarische Zustimmung der Sozialdemokraten: Beide Male lehnten die Sozialdemokraten brüsk ab. Erika Weinzierl sieht den Weg in den autoritären Staat unter anderem in folgender Begründung: „Den Weg zu den Sozialdemokraten versperrten ihm (Anm., Dollfuß) jedoch immer mehr politische und persönliche Motive. Seine Abneigung gegen das Parlament, in dem ihn die Sozialdemokraten wahrlich nicht geschont hatten, wurde schon erwähnt. [...] Dollfuß sprach daher bereits im Oktober 1932 von der Notwendigkeit, „selbst ohne vorherige endlose parlamentarische Kämpfe sofort gewisse dringliche Maßnahmen in die Tat umzusetzen.“¹¹⁶

¹¹⁶ Dusek (1995), S. 221

Was folgte war am 4. März 1933 die Ausschaltung des Parlaments (welche bereits im historischen Teil besprochen worden ist) und einen Tag später in Deutschland die Bestätigung Adolf Hitlers in seinem Amt. „Die Machtergreifung Hitlers wirkte sich sofort auf das Verhalten der österreichischen Nationalsozialisten aus.“¹¹⁷ Sie schürten Proteste und vor allem die Unzufriedenheit der Menschen. Aus Bayern sendeten die Nationalsozialisten Radioprogramme um die Bevölkerung aufzuwiegeln und im Inneren Österreichs verstärkte sich die Terrorwelle noch mehr. Manche Autoren sprechen gar von einem „latenten Bürgerkrieg“¹¹⁸ Noch hinzukommt, die am 27. Mai 1933 verhängte „1000-Mark-Sperre“. (Anm., deutsche Touristen mussten 1000 Mark erlegen, um nach Österreich fahren zu dürfen) Adolf Hitler wollte damit den österreichischen Tourismus nachhaltig schädigen, der stark von den deutschen Gästen abhängig war.

Parallel dazu versuchte Engelbert Dollfuß mit seiner neu gegründeten Vaterländischen Front das Österreichbewusstsein der Bevölkerung zu verstärken.

Die Sozialdemokraten hielten sich nach der Machtergreifung Hitlers in Deutschland – trotz der Ausschaltung des österreichischen Parlaments – mit offenem Widerstand und Streiks zurück. Zu groß war die nationalsozialistische Gefahr.¹¹⁹ Trotz dieses „Entgegenkommens“ suchte Dollfuß den Schutz von außen und so fuhr er zu Ostern 1933 nach Rom. Ziel der Reise war zu erfahren, wie Benito Mussolini zu Hitler-Deutschland stand. Der italienische Diktator sagte Dollfuß schon bei diesem Besuch zu, sich für die Wahrung der Selbstständigkeit Österreichs einzusetzen. Als Gegenleistung fordert er aber ein energisches Vorgehen gegen die SDAP.¹²⁰

Diesem Besuch folgte ein Briefwechsel zwischen dem italienischen Führer der Faschisten und Engelbert Dollfuß, in dem Mussolini betonte, dass die Sozialisten zerschlagen werden müssten, denn sonst stünden die Nationalsozialisten als die einzigen Retter vor dem Marxismus da.¹²¹ Im Laufe des Sommers wurde die Gefahr eines bewaffneten Einfalles aus Deutschland immer größer. Zu der Radiopropaganda aus München kamen nun auch noch Verletzungen des Luftraumes durch deutsche Flugzeuge, die Flugblätter abwarfen. Engelbert Dollfuß überlegte, wie er die Stellung Österreichs – vor allem im Verhältnis zu Deutschland –

¹¹⁷ Ebd. S. 221

¹¹⁸ Vergl. Goldinger (1992), S. 205

¹¹⁹ Vergl. Dusek (1995), S. 222

¹²⁰ Ebd., S. 223

¹²¹ Vergl. ebd. S. 224

festigen konnte.¹²² Doch anstatt eine mögliche „Vernunftfehe“ mit den Sozialisten einzugehen, wandte er sich immer stärker Italien und auch dem rechtsautoritären Ungarn zu.

Am 19. und 20. August 1933 besuchte Engelbert Dollfuß Mussolini auf dessen Wunsch in Riccione und konnte dort feststellen, dass er auch auf die militärische Unterstützung Mussolinis setzen konnte, ebenso auf eine mögliche Vermittlerrolle Mussolinis zwischen Deutschland und Österreich, aber Dollfuß musste zugleich auch erkennen, dass all dies nicht umsonst zu haben war.¹²³ Mussolini stellte konkrete Forderungen bezüglich der österreichischen Innenpolitik: Alle politischen Kräfte sollten unter dem Schlagwort der „Unabhängigkeit Österreichs“ in der Vaterländischen Front zusammengeführt werden, eine Verfassungsreform sollte erarbeitet werden und der Kampf gegen den Marxismus müsse energisch weitergeführt werden.¹²⁴

Kurz nach dem Besuch von Dollfuß fuhr auch der Führer der Heimwehr Fürst Rüdiger Starhemberg zu Mussolini und nur knapp drei Wochen später, am 11. September 1933, hielt Engelbert Dollfuß bereits seine berühmt-berüchtigte Rede am Wiener Trabrennplatz, in der er sagte: „[...] wir wollen einen sozialen, christlichdeutschen Staat auf ständischer Grundlage mit einer starken autoritären Führung.“¹²⁵

Damit war die Gleichgewichtspolitik, welche noch die Maxime der 1920-er Jahre gewesen war, endgültig aufgegeben. Italien wurde unter den Nachbarn Österreich zum engsten Verbündeten, zum *primus inter pares*, während man versuchte von Deutschland Abstand zu halten.

6.3.1. Reichspost

Die Reichspost behandelt den Besuch des christlichsozialen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß ausführlich und widmet dem Thema fast die ganze erste Seite ihrer Montagsausgabe.

Am Montag, dem 21. August 1933 berichtet die RP von einem „Ein hochpolitischen Tag an der Adria“. Die RP jubelt wie freundlich der Kanzler von Mussolini empfangen worden sei und berichtet: „Die Art, wie Mussolini den Verkehr mit dem österreichischen Gast gestaltete, trug eine so persönliche Note, dass sie die Herzlichkeit und das Vertrauensvolle des

¹²² Vergl. Goldinger (1992), S. 206

¹²³ Ebd.

¹²⁴ Vergl. Dusek (1995), S. 224

¹²⁵ Ebd., S. 224

Verhältnisses zwischen den beiden Staatsmännern weithin sichtbar unterstreicht. Es ist uns keine andere Gelegenheit erinnerlich, in welcher der Duce so ausgezeichnet intime Verkehrsformen für eine politische Zusammenkunft gewählt gehabt hätte.“ (RP, 21.8.1933, Artikel A, Absatz 1) Weiter im Artikel setzt sich die Euphorie der RP fort und die Zeitung spricht von „einem Freund, über dessen Kommen man sich freut.“ (RP, 21.8.1933, Artikel A, Absatz 1)

Weiter schreibt die RP über Mussolini als den „Schöpfer des neuen Italien“, dessen Freundschaft sich mit Dollfuß vertieft habe. (RP, 21.8.1933, Artikel A, Absatz 2) Der Autor des Artikels drückt seine Hoffnung aus, dass Mussolini – da er ja mit Dollfuß in allen höheren politischen Zielen übereinstimme - nun eine Vermittlerrolle in „den immer schmerzlicher werdenden Gegensätzen zwischen Deutschland und Österreich“ einnehmen könnte. (RP, 21.8.1933, Artikel A, Absatz 2)

Interessant ist eine Satz im dritten Absatz bei dem es um heikle politische Fragen geht: „Dass der Duce dem Bundeskanzler die Gelegenheit zu einer ausführlichen Aussprache unter vier Augen gab, lässt annehmen [...]“. Es scheint hier, als ob Mussolini als der Höherrangige zwischen den beiden Politikern gesehen wird.

Nun folgen der Abdruck einer offiziellen Verlautbarung und dann ein „Eigenbericht der Reichspost“. Es ist ein Artikel, der eher die Atmosphäre des Treffens beschreiben will, was schon der Titel „Zwanglose und vertrauliche Aussprachen“ erkennen lässt.

Der Autor spricht von einer Reihe von Aussprachen, die „den Charakter besonderer Herzlichkeit und Intimität trugen.“ (RP, 21.8.1933, Artikel B, Absatz 2) und betont, dass die beiden Männer fast den ganzen Tag gemeinsam verbracht hätten.

Der Korrespondent berichtet von einer gemeinsamen Segelfahrt noch in Begleitung der Staatssekretäre und dann einem Autofahrt zu einem Schloss, welche Dollfuß und Mussolini ganz alleine unternommen hätten und Gespräche unter vier Augen geführt hätten. Dieses Vieraugengespräch wird besonders hervorgehoben, wohl als besondere Ehre für Dollfuß.

Am 22. August 1933 druckt die RP das Danktelegramm von Dollfuß an Mussolini ab.

Die Titelseite des 23. August 1933 ist dann der politischen Analyse des Besuches gewidmet. Zentrales Thema des Artikels ist das Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich, welches – für unsere heutigen Ohren ungewöhnlich verklausuliert – als „Mitteleuropaproblem“ bezeichnet wird. Unter dem Titel „Das Friedenswerk für

Mitteleuropa“ betont der Schreiber vor allem in Absatz fünf die Verlässlichkeit Mussolinis, der „ seinen Kurs nicht nach Stimmungen und Verstimmungen ausrichtet“. (RP, 23.8.1933, Artikel A, Absatz 5) Zuletzt lobt er, wie gut Dinge von „Mann zu Mann besprochen werden können, um so für den Frieden in Mitteleuropa zu arbeiten.“

6.3.2. Arbeiterzeitung

Die Arbeiterzeitung ist im August 1933 bereits unter der sogenannten „verschärften Vorlagepflicht“, kann also vor dem Erscheinen zensuriert werden. Am Montag, dem 21. August 1933, druckt sie am Fuße der Titelseite eine offizielle Verlautbarung zum Treffen von Kanzler Dollfuß und Benito Mussolini ab. Unter dem Titel „Die Verhandlungen in Riccione“ ergänzt die AZ die offizielle Mitteilung mit einigen eigenen Anmerkungen, die mit der Feststellung beginnen, dass man aus den offiziellen Verlautbarungen nicht herauslesen könnte, was in Riccione wirklich besprochen worden sei. Besonders hebt die AZ aber hervor, dass Dollfuß von einer „engen Zusammenarbeit mit Italien und Ungarn gesprochen habe, und einer Zusammenarbeit mit Deutschland, soweit die möglich wäre.“ An dieser Stelle betont die AZ, dass nur mit einer strengen Neutralität – der die besonders nahe Freundschaft mit Italien ausschließt bzw. entgegensteht – die Selbstständigkeit Österreich erhalten werden könne. (AZ, 21.8.1933, Artikel A) Das kann man als offene und trotzdem indirekte Kritik am politischen Kurs von Engelbert Dollfuß werten.

Interessant ist die graphische Aufmachung der AZ, die definitiv auch als politische Aussage gewertet werden kann: Oberhalb des eben genannten Artikels platziert die Redaktion einen Artikel über Irland mit dem Titel „Heute Verbot der irischen Faschisten?“

Am 22. August 1933 erscheint die AZ zensuriert. Die rechte Spalte der Titelseite ist komplett weiß. Gut möglich, dass an dieser Stelle ein Artikel über den Diktator vorgesehen war. In einer kleinen Meldung informiert die AZ an diesem Tag dann noch über einen möglichen wirtschaftlichen Dreibund zwischen Italien, Ungarn und Österreich, an dem auch die Teilnahme Deutschlands möglich wäre. Mussolini beantworte die Idee einer Donauföderation (Anm., die Donauföderation war direkt nach dem Ersten Weltkrieg eine Idee, um die aufgelöste Monarchie durch einen Bund gleichberechtigter Staaten zu ersetzen) „also durch den Plan eines österreichisch-deutsch-italienisch-ungarischen Blocks.“

Um offensichtlich einer weiteren Zensurierung zu entgehen, bringt die AZ am 23. August 1933 auf ihrer Titelseite internationale Pressestimmen zum Treffen in Riccione (AZ, 23.8.1933, Artikel A). Sie zitiert an erster Stelle die englischen Blätter, welche sich sehr ausführlich und kritisch mit dem Treffen in Italien und der Rolle Benito Mussolinis beschäftigen. Mussolini werde im „Daily Herald“ eine doppelgleisige Rolle angekreidet, denn er verhindere, dass die Verletzungen des Völkerrechtes durch Deutschland vor den Völkerbund gebracht würden. Er nehme aus taktischen Gründen an keinen Maßnahmen gegen Hitler teil. Welche Ziele hat es aber dann? (AZ, 23.8.1933, Artikel A, Absatz 1)

Danach folgt ein Zwischentitel „Was Italien sagt“. Es werden italienische Zeitungen erwähnt, die vor allem betonten, dass Mussolini auf eine Wiederannäherung zwischen Deutschland und Österreich hingewirkt hätte. Eine andere italienische Zeitung wird wiedergegeben mit der Aussage, dass die Unabhängigkeit Österreichs auch Mussolinis Wille sei.

6.3.3. Neue Freie Presse

Wie die anderen Zeitungen berichtet auch die NFP intensiv von dem Besuch Dollfuß 'es bei Mussolini. Wie auch die RP unterstreicht die NFP die gute und freundschaftliche Atmosphäre, die NFP hebt aber auch hervor, dass die Unterredungen in voller Offenheit stattgefunden hätten.

Besondere Beachtung schenkt die NFP der Aussage von Bundeskanzler Dollfuß, dass „das unabhängige Österreich eine Politik des Friedens und der Zusammenarbeit mit all seinen Nachbarn, insbesondere mit Italien und Ungarn wünscht, und soweit die möglich sei auch mit Deutschland.“ (NFP, 21.8.1933, Artikel B) Die NFP unterstreicht auch die Übereinstimmung der beiden Politiker in den besprochenen politischen Fragen.

Die NFP widmet am 22.8.1933 ihren Leitartikel dem österreichisch-italienischen Verhältnis und dem Treffen an der Adria. Unter dem Titel „Die Ergebnisse von Riccione“ urteilt der Redakteur, dass der einzige Sinn und Zweck der Reise des Bundeskanzlers nur gewesen sein könnte, eine offene Aussprache mit Mussolini führen zu können. Er schreibt, dass beide Seiten das gleiche Interesse an einer Aussprache gehabt haben müssen und dass, Mussolini aus „dem berufenen Mundes des Bundeskanzlers“ die Einschätzung der Bundesregierung zur Lage vor allem in Deutschland, hören hätte wollen. Wichtig sei dies vor allem angesichts der „großen Umwälzungen der vergangenen Monate“. Hier spielt der Autor wohl auf die

Machtergreifung Hitlers Ende Jänner 1933 an. (NFP, 22.8.1933, Artikel A, Absatz 1) für Dollfuß sei das Gespräch aber ebenfalls wichtig gewesen, da die Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland „ja ein Problem von höchster Aktualität“ darstellten. (NFP, 22.8.1933, Artikel A, Absatz 1) An dieser Stelle wird zum ersten Mal das Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland als „Problem“ bezeichnet!

Am 23. August 1933 finden sich auf der zweiten Seite der Zeitung internationale Kommentare zu dem Treffen in Riccione. Die NFP zitiert unter dem Titel „Die Resonanz der Entrevue von Riccione in der italienischen Presse“ (NFP, 23.8.1933, Artikel A) europäische Zeitungen, die als Hauptthema der Besprechungen sowohl die Probleme zwischen Österreich und Deutschland, als auch deren internationale Auswirkungen sehen. Im zweiten Absatz erwähnt die NFP den „*Tevere*“, welcher das österreichisch-italienische Verhältnis als „ritterliche Freundschaft“ beschreiben. Italien sei vor allem an Frieden in Mitteleuropa interessiert.

Im dritten Absatz wird der „*Messagero*“ und der „*Popolo di Roma*“ zitiert. Beide Tageszeitungen betonen die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Italien und Österreich. Diese sei bereits durch eine aufrichtige und enge Herzlichkeit zwischen den beiden Regierungen gekennzeichnet. Italien wird in diesen Zeitungen auch als mäßigender Faktor in den deutsch-österreichischen Beziehungen dargestellt.

7. Kritisches Resümee

"Der Rest ist Österreich."¹²⁶ Mit diesem Satz beginnt die Geschichte Österreichs nach dem Ersten Weltkrieg. Es sind 20 schwere Jahre, die das nun eben ganz kleine und in den Augen seiner Bewohnerinnen und Bewohner nicht lebensfähige Österreich zwischen 1918 und 1938 erlebt. Österreich ist mit Identitätsverlust, Gebietsverlusten und dem vermeintlichen Verlust seiner Lebensfähigkeit konfrontiert. Neue Nachbarn, unter ihnen Italien, geben nun den Ton an, wo ihn vorher Österreich angegeben hat. Es sind zwei Persönlichkeiten, die in der Zeit zwischen den Weltkriegen für die österreichische Politik prägend sind, ohne an dieser Stelle damit eine moralische oder eine politische Wertung zu verbinden: Prälat Dr. Ignaz Seipel und Dr. Engelbert Dollfuß. Der eine drückt den 1920-er Jahren den Stempel auf, der andere führt in den 1930-er Jahren eine entscheidende politische Wende hin zum autoritären Staat durch.

Autoritär wird auch Italien bald nach dem Ersten Weltkrieg regiert und den österreichischen Politikern steht in all diesen Jahren immer ein Mann gegenüber: Benito Amilcare Mussolini.

Wie nun also wurde Italien in dieser Zeit gesehen? Das war die Ausgangsfrage dieser Diplomarbeit und beantwortet sollte sie werden mit Hilfe der Analyse von historischen Zeitungen, also primären Quellen. Bevor es aber an die Bearbeitung der Zeitungen ging, muss die Geschichte Österreichs und Italiens, vor allem aber auch die Geschichte des Verhältnisses zwischen beiden Ländern näher beleuchtet werden. Ohne dieses Hintergrundwissen kann keine Analyse vorgenommen werden.

Um die Recherche zu präzisieren, wurden konkrete Fragestellungen erarbeitet, die nun beantwortet werden sollen, soweit dies möglich ist.

- An welchen historischen Punkten der Zeit von 1922 bis 1934 kommt es zu Kontakten bzw. Konflikte zwischen Österreich und Italien?
- Welches generelle Italienbild bietet sich der österreichischen Leserschaft Jahre 1922 – 1934?
- Wie werden die österreichischen Politiker in ihrem Verhältnis zu Mussolini (oder anderen Repräsentanten des faschistischen Italiens) gezeichnet?
- Wird Italien als (mögliches) Vorbild für Österreich gesehen?
- Lässt sich der große Einfluss Benito Mussolinis auf Engelbert Dollfuß aus den Zeitungsartikeln herauslesen?

¹²⁶ Georges Clemenceau (französischer Außenminister) zugeschriebenes Zitat

Nach 1918 findet ein Rollentausch zwischen Österreich und Italien statt: Italien ist jetzt der Siegerstaat und die Großmacht, während Österreich als plötzlicher Kleinstaat und Verlierer im europäischen Gefüge unbedeutend geworden ist. Die beiden Länder haben eine gemeinsame Grenze und sind wirtschaftlich aufeinander zwar nicht angewiesen, sind aber gegenseitig ein guter und bedeutender Handelspartner. Politisch verbindet und trennt zugleich ein Gebiet die beiden Staaten: Südtirol. Das Schicksal der deutschsprachigen Südtirolerinnen und Südtiroler ist von Anfang an eine Quelle von Konflikten. Vor allem ab September 1922, also schon einen Monat vor der Regierungsbeteiligung der Faschisten, beginnen die vermehrten Übergriffe auf Deutschsprachige. Diese Übergriffe sollen während der gesamten untersuchten Zeit weitergehen. In den nun untersuchten drei Zeitungen liest man allerdings nichts davon. Weder die Reichspost noch die Arbeiterzeitung, noch die Neue Freie Presse berichten in irgendeiner Weise davon. Lediglich 1923 beim Besuch von Bundeskanzler Ignaz Seipel wird sehr indirekt von „aktuellen, noch zu lösenden Fragen“ geschrieben. In der späteren Berichterstattung wird nicht einmal mehr indirekt das Thema Südtirol angeschnitten.

Einem anderen „gemeinsamen“ Thema wird viel Raum gewidmet: den Völkerbundanleihen, für die Italien auch Garantien übernommen hatte. Hier wird – es bleibt immer sehr höflich und zurückhaltend – auch nur vom Dank und der Freunde Österreichs berichtet. Die Tatsache, dass Mussolini die Anleihen zwei Monate lang nicht unterschrieben hatte, bleibt unerwähnt. Die diplomatische Höflichkeit, mit der Regierungsvertreter miteinander umgegangen sein dürften, spiegelt sich in den beiden bürgerlichen Tageszeitungen Reichspost und Neue Freie Presse wieder, während die Arbeiterzeitung die Dinge viel deutlicher beim Namen nennt.

Ein Punkt, bei dem es zu Überschneidungen zwischen den Interessen von Mussolini und jenen Österreichs kommt, ist die sogenannte Donauraumpolitik Italiens. Hier treffen die Interessen beider Länder aufeinander. Für Italien ist Österreich ein ideales Durch- und Aufmarschland, sollte es Probleme mit Jugoslawien geben, und zugleich auch die ideale Verbindung zu Ungarn. Österreich demgegenüber versucht lange eine Politik der Äquidistanz zu betreiben und dies kommt auch in den Zeitungsartikeln der Jahre 1923 bis 1925 deutlich heraus. Anders stellt sich die Lage freilich 1933 dar. Hier wird teilweise mit Begeisterung von Mussolini berichtet und es ist aus den Berichten der Reichspost, aber auch der NFP, deutlich herauszulesen, dass Mussolini der „neue beste Freund“ von Engelbert Dollfuß ist.

Ein weiterer Punkt, bei dem sich die Interessen der beiden Staaten gleichen, sind sicherlich die Lateranverträge. Ihr Abschluss am 11. Februar 1929 ruft in Österreich großes Interesse hervor. Auch wenn dieses historische Ereignis nicht Gegenstand der Untersuchungen gewesen

ist, kann doch gesagt werden, dass in allen drei Tageszeitungen ausführlich darüber berichtet worden ist. Es mag kein historischer Zufall sein, dass das Konkordat zwischen dem Vatikan und Österreich wenige Jahre später abgeschlossen worden ist. Man kann hier sicherlich von einer Vorbildwirkung sprechen.

Ebenso ist es bei den Heimwehren zu einem Aufeinandertreffen von italienischen und österreichischen Interessen gekommen. Diese wurden ja ab den späten 1920-er Jahren finanziell massiv von Mussolini unterstützt. In den Zeitungen ist darüber aber kein Wort, nicht einmal eine Andeutung, zu lesen.

Ausführlich liest man in der Presse hingegen im Jahr 1933 von den Kontakten zwischen Dollfuß und Mussolini. Dollfuß, der zu dieser Zeit ja schon unter starkem Druck seitens Deutschland und der Nationalsozialisten in Österreich steht, nähert sich dem faschistischen Diktator als seinem „Rettungsanker“ an. Zugleich ist Italien bestrebt, einen Dreier- bzw. Viererblock mit Österreich und Ungarn sowie eventuell Deutschland zu bilden.

Auf die Forschungsfrage „Welches generelle Italienbild bietet sich den österreichischen Leserinnen/Lesern der Jahre 1922 – 1934?“ kann – entgegen einer Annahme zu Beginn der Recherchen – nicht geantwortet werden. Es muss festgestellt werden, dass es kein generelles Italienbild in der österreichischen Presse der Zwischenkriegszeit gibt. Es ist nicht möglich auch nur einen Aspekt zu generalisieren. Die Reichspost stellt die Italienerinnen/Italiener und ihr Land 1923 und auch 1933 als höflich, gastfreundlich und besonders ehrerbietend dar. Die Ausrufung der Diktatur 1925 und die damit einhergehenden politischen Ereignisse versucht die Reichspost zu berichten, kommentiert sie aber in keinsten Weise. Es wird das Bild eines fast „perfekten“ Nachbarn gezeichnet. Dieses Bild gilt mit Abstrichen ebenso für die NFP. Auch ihre Berichterstattung ist 1923 und 1933 darauf bedacht, den Leserinnen/Lesern zu vermitteln, welche guten Gastgeber die Italiener wären und wie gut das Verhältnis der beiden Staaten wäre. Die NFP informiert jedoch deutlicher und kritischer über die Ereignisse im Jänner 1925 als die RP.

Wenn man allerdings nach der RP und der NFP die AZ liest, dann hat man das Gefühl, dass von völlig unterschiedlichen Ländern die Rede ist. Schon 1923 ist die Berichterstattung der AZ über den Faschismus viel kritischer und knapper als in den bürgerlichen Blättern. Im Jahr 1925 spricht die AZ von Mussolini nur noch als „Banditenchef“ und 1933 muss sie, um Kritik zu üben, bereits teilweise auf die Zitierung der internationalen Presse ausweichen.

Bundeskanzler Ignaz Seipel wird bei seinem Besuch in Mailand und Rom nur knapp fünf Jahre nach Kriegsende – und da sind sich die drei Zeitungen relativ ähnlich in ihrer Berichterstattung – äußerst freundlich empfangen. Der RP scheint es auch ein besonderes Anliegen zu sein, die vielen Höflichkeitsgesten der Italiener zu erwähnen. Den Leserinnen/Lesern soll in den Artikeln auch vermittelt werden, wie bemüht Mussolini um den österreichischen Gast ist. Die Artikel sind voll von den Erwähnungen, wer aller Seipel wann und wo begrüßt, verabschiedet und eingeladen hat. Man versucht offensichtlich zu vermitteln, dass der österreichische Bundeskanzler als wichtig erachtet wird und dass er nicht als ehemaliger Weltkriegsverlierer behandelt wird. Zugleich unterstreicht die RP fast in allen Berichten aus dem Jahr 1923, wie toll der Bundeskanzler wäre und dass er der „richtige Mann wäre, um eine solche Reise zu unternehmen“. Die NFP betreibt 1923 weniger „Lobhudelei“ allerdings betont sie in ihren Artikeln, wie gleichwertig Mussolini, ein deutscher Großindustrieller und Seipel wären. Bundeskanzler Seipel wird als Staatsmann gewürdigt. Die Arbeiterzeitung hat bereits 1923 einen völlig anderen Zugang zu Italien und seinem politischen System, als die bürgerlichen Zeitungen. Bereits zu diesem Zeitpunkt geht die AZ fast nicht auf Mussolini als Person ein, sondern widmet sich den Grundlagen des faschistischen Systems und den Weltherrschaftsideen des Faschismus.

Alle Artikel der RP zu den Ereignissen des 3. Jänner 1925 vermitteln den Eindruck, als ob die Reichspost versucht hätte, zwar möglichst wahrheitsgetreu zu berichten, zugleich aber keinerlei Kritik zu üben. Trotz der eindeutigen Drohungen Mussolinis gegen die Opposition und gegen die Presse – die auch als solche bezeichnet werden –, wird so getan, also ob dies „normal“ wäre. Mussolini wird stets als Ministerpräsident oder einfach als Mussolini bezeichnet. Das Wort Diktator kommt nicht vor.

Die Arbeiterzeitung bringt schon im Vorfeld der Rede vom 3. Jänner 1925 einen großen Leitartikel, eine Art Jahresabschlussbericht, über Italien. Es wird das faschistische System heftig kritisiert. Die AZ spart nicht mit ausdruckstarken Wörtern wie z. B. „Banditenchef“ oder „Räuberhauptmann“ und vergleicht Mussolini mit einem Verbrecher, der vor Gewaltanwendung nicht zurückschreckt. Ebenso schreibt die AZ über Mussolini und seine Parteigenossen als „eine Gesellschaft plündernder Lungerer und Tagediebe“.

Vergleicht man dazu die NFP und ihre Berichterstattung über die Person Mussolinis im Jahre 1925 so fällt auf, dass im großen Artikel zur Rede Mussolinis am 4. Jänner 1925 vor dem italienischen Abgeordnetenhaus sich der Schreiber dem Pathos und der Strahlkraft Mussolinis

nicht wirklich entziehen kann. Er beschreibt die Wirkung Mussolinis auf Publikum, das ihm zjubelt wie einem Popstar.

1933 ist die Reichspost genauso begeistert von Benito Mussolini wie bereits zehn Jahre zuvor. Allerdings erkennt man, dass das Verhältnis zwischen Dollfuß und Mussolini deutlich enger gewesen zu sein scheint, als mit Seipel. Mussolini wird als „Schöpfer des neuen Italien“ tituiert und als Freund Österreichs. Die Zeitung betont und wiederholt etliche Male die herzliche und enge Verbindung zwischen Mussolini und Dollfuß. Es ist summa summarum eine Lobpreisung Mussolinis.

Die Arbeiterzeitung kann zu diesem Zeitpunkt, im Jahr 1933, nicht mehr frei berichten. Sie ist als oppositionelles Blatt bereits „unter Vorzensur“. Zwei Tage nach dem Treffen berichtet sie indirekt über die Ereignisse in Riccione, indem sie ausländische Zeitungen zitiert. Vor allem englische Blätter werden wiedergegeben, aus denen klar eine heftige Kritik an Mussolini hervorgeht. Vor allem wird ihm – eben indirekt – Doppelgleisigkeit in seiner Außenpolitik vorgeworfen.

Die Neue Freie Presse berichtet sehr positiv über den Besuch Dollfuß’ in Italien und spricht von „ritterlicher Freundschaft“ zwischen den beiden Staatsmännern. Mussolini wird auch als Vermittler zwischen Deutschland und Österreich gesehen.

Ob Italien als mögliches Vorbild für Österreich gesehen wird, lässt sich kurz und bündig beantworten: Bundeskanzler Seipel bezeichnet in Interviews 1923, die sowohl in der RP als auch in der NFP abgedruckt werden, Italien als ein Land, welches viel erreicht habe. Österreich wolle es dem südlichen Nachbarn gleichtun, aber mit anderen Mitteln. Seipels Idee, den Faschismus nach Österreich importieren zu wollen, wird allerdings in Abrede gestellt. Die AZ sieht Italien und den Faschismus – in einer erstaunlichen politischen Weitsicht – von Anfang an als Negativbeispiel und kritisiert die Demokratiefeindlichkeit, die Gewalt, die Einschüchterungen etc. 1933 wird Italien nicht direkt als Vorbild bezeichnet, allerdings wird Italien als Machtfaktor dargestellt, der als gleichwertiger Partner mit Deutschland verhandeln kann und eine Vermittlerrolle zwischen Deutschland und Österreich einnehmen könnte. Auch die NFP sieht Italien als Vorbild, aber vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht.

Die NFP berichtet 1925 schon im Vorhinein über die Lage in Italien und zeichnet ein klares Bild der fehlenden Demokratie im Land. Vor allem die Zensur und die Erstürmung verschiedener Zeitungsredaktionen wird – zumindest indirekt – als etwas Negatives

dargestellt. 1925 beschäftigt sich die NFP sehr ausführlich mit Italien und drückt ihre Sorge über die Gewalt im Land aus. Trotzdem gewinnt man den Eindruck, dass für die Redakteure und auch für die Leserschaft die massenhafte Gewalt auf der Straße etwas „Normales“ zu sein scheint. Die Hoffnung und der Wunsch nach Demokratie und Frieden sind aber – vor allem in dem Leiartikel am 5. Jänner 1925 – deutlich zu spüren. 1933 versucht die NFP hingegen Harmonie zu zeichnen. Mussolini wird als positive Figur dargestellt, über die fehlende Demokratie im Land wird geschwiegen.

Die Frage, ob sich der große Einfluss, den Mussolini auf Dollfuß gehabt haben dürfte, aus den Zeitungen herauslesen lässt, kann man nur mit einem klaren Nein beantworten. Mussolini und Dollfuß werden als gleichwertige Partner, die sich gegenseitig beraten wollen, gezeichnet. Mussolini wird natürlich als Vermittler zwischen dem großen Deutschland und dem kleinen Österreich ins Spiel gebracht, was schon ein Hinweis darauf ist, dass er als viel mächtiger angesehen wird.

Zusammenfassend kann man sagen, dass aus den Zeitungsartikeln deutlich zu spüren und herauszulesen ist, dass Welten zwischen den politischen Anschauungen der drei Blätter liegen. Das politische Weltbild der jeweiligen Zeitung spiegelt sich – viel mehr als heute – in der Berichterstattung wieder und damit kann keinesfalls von einem Gesamtbild Italiens in der österreichischen Presse gesprochen werden.

8. Literaturverzeichnis

Baumgartner-Themel, Ulrike (1987): Presserechtliche Maßnahmen des Staates in der Ersten Österreichischen Republik: ein Beitrag zur Erforschung der Pressepolitik der österreichischen Regierung in den Jahren 1918 – 1933. Dissertation (Wien)

Bernecker, Walther L. (2002): Europa zwischen den Weltkriegen 1914 – 1945. In: Blickle, Peter (Hg.) (2002): Handbuch der Geschichte Europas – Band 9, Stuttgart: Verlag Eugen Ulmer

Botz, Gerhard (1983): Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938. München: Wilhelm Fink Verlag

Botz, Gerhard: Der “15. Juli 1927”, seine Ursachen und Folgen. In: Jedliczka, Ludwig / Neck, Rudolf (1973): Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposiums in Wien 23. bis 28. Oktober 1972. Wien: Verlag für Geschichte und Politik

Carsten, Francis (1988): Die Erste Österreichische Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen. Wien: Böhlau Verlag

De Felice, Renzo (1974): Mussolini il Duce I. Gli anni del consenso. 1929-1936. Torino: Einaudi.

Diem-Wille, Gertraud / Wimmer, Rudolf (Hrsg.) (1989): Sprache und Macht – Sprache und Politik. Materialien und Texte zur politischen Bildung. Band 5. Wien: ÖBV

Dusek, Peter / Pelinka, Anton / Weinzierl, Erika (1995): Geschichte im Aufriss. Österreich seit 1918. 50 Jahre Zweite Republik. Wien : Jugend und Volk

Goldinger, Walther / Binder, Dieter (1992): Geschichte der Republik Österreich 1918 – 1938. Wien: Verlag für Geschichte und Politik

Golino, Enzo (1994): Parola di Duce. Il linguaggio totalitario del fascismo. Milano: Rizzoli

Haas, Karl: Wehrpolitik der Sozialdemokratie. In: Jedliczka, Ludwig / Neck, Rudolf (1973): Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposiums in Wien 23. bis 28. Oktober 1972. Wien: Verlag für Geschichte und Politik

Höhne, Roland: Die romanistische Landeswissenschaft. Das ungeliebte Kind der deutschen Romanistik. In: Fisch, Stefan / Guazy, Florence / Metzger, Chantal (Hg.) (2007): Lernen und

Lehren in Frankreich und Deutschland. Apprendere ed insegnare in Allemagne et en France. Stuttgart: Franz Steiner Verlag

Isnenghi, Mario (1996): Italia del Fascio. Firenze: Saggi Gruppi Editoriale

Jagschitz, Gerhard (1992): Die Presse in Österreich von 1918 bis 1945. In: Bobrowsky, Manfred/Duchkowitsch Wolfgang (Hg.): Medien und Kommunikationsgeschichte. Wien: Wilhelm Braumüller Verlag

Jedliczka, Ludwig (1975): Österreich und Italien 1922 – 1938. In: Wandruszka, Adam/Jedliczka, Ludwig (Hg.): Innsbruck – Venedig. Österreichisch – italienische Historikertreffen 1971 und 1972. Wien: Verlag

Kersahw, Ian (2016): Höllensturz. Europa 1914 bis 1949. München: Deutsche Verlagsanstalt

Kreissler, Felix (1970): Von der Revolution zur Annexion. Österreich 1918 bis 1938. Wien/Frankfurt/Zürich: Europa Verlag

Maderthaner, Wolfgang (1997): 12. Februar 1934: Sozialdemokratie und Bürgerkrieg. In: Steininger, Rolf / Gheler, Michael (Hg.) (1997): Österreich im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie bis zum 2. Weltkrieg. Wien/Köln/ Weimar: Böhlau Verlag

Maderthaner, Wolfgang (Hg.) (2004): "Der Führer bin ich selbst": Engelbert Dollfuß - Benito Mussolini, Briefwechsel. Wien: Löcker

Malfè, Stefan (1978): Wien und Rom nach dem Ersten Weltkrieg. Österreichisch-italienische Beziehungen 1919 – 1923. Wien/Köln/Graz: Böhlau Verlag

Malvano, Laura (1988): Fascismo e politica dell'immagine. Torino: Bollati Boringhieri

Mantelli, Brunello (1999): Kurze Geschichte des italienischen Faschismus. Berlin: Wagenbach.

Millecker, Manuel (2013): Die Entstehung der Achse Berlin – Rom und ihre Auswirkungen auf Österreich. Diplomarbeit (Wien)

Mittelmeier, Andreas (2009): Austrofaschismus contra Ständestaat: wie faschistisch war das autoritäre Regime im Österreich der 1930er Jahre verglichen mit Mussolinis Italien. Wien: Diplomarbeit

Novotny, Martina Juliane (2005): *Mediale Darstellungsformen und Symbolik des Faschismus in Italien und Österreich* : ein Vergleich des faschistischen Italien mit Österreich zur Zeit des austrofaschistischen Städtestaates. Wien: Diplomarbeit

Paupié, Kurt (1960): *Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1848 – 1959. Band 1.* Wien: Wilhelm Braumüller Verlag

Pelinka, Anton: *Parlament.* In: Talos, Emmerich (Hg.) (1995): *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918 – 1933*, Wien: Verlag ???

Petersen, Jens (1984): *Das faschistische Italien und der 12. Februar 1934.* In: Fröschl, Erich, Zoitl, Helge (Hg.): *Februar 1934. Ursachen, Fakten, Folgen.* Wien Verlag ????

Reiter-Zatloukal, Ilse (Hg.) (2013): *Österreich 1933–1938: Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime.* Wien/Köln: Böhlau Verlag

Sabbatucci Giovanni, Vidotto Vittoria (Hrsg.) (1993): *L'età contemporanea 1.* Roma-Bari: Laterza & Figli Spa.

Sabbatucci Giovanni, Vidotto Vittoria (Hrsg.) (1993): *L'età contemporanea 2.* Roma-Bari: Laterza & Figli Spa.

Sabbatucci Giovanni, Vidotto Vittoria (Hrsg.) (1998): *Storia d'Italia 4. Guerre e Fascismo 1914-1943*, Roma-Bari: Laterza & Figli Spa.

Sailer, Karl Hans (1949): *Geheimer Briefwechsel Mussolini – Dollfuss.* Wien:???

Suppan, Arnold (2008): *Österreich und seine Nachbarn 1918-1938.* In: Karner, Stefan, Mikoletzky, Lorenz (Hg.): *Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband zur Ausstellung im Parlament.* Wien: Studienverlag

Tranfaglia, Nicola (1995): *La prima guerra mondiale e il fascismo.* Torino: Unione Tipografico-Editrice Torinese

Unger, Michael (2004): *Pressepolitik im austrofaschistischen Österreich : ein internationaler Vergleich am Beispiel der Pressepolitik im deutschen NS-Staat und im faschistischen Italien.* Wien: Diplomarbeit

Wandruszka, Adam: *Die Erbschaft von Krieg und Nachkrieg.* In: Jedliczka, Ludwig / Neck, Rudolf (1973): *Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposions in Wien 23. bis 28. Oktober 1972.* Wien: Verlag für Geschichte und Politik

Wandruszka, Adam (2002): Zwischen den Weltkriegen. In: Furlani, Silvio/Wandruszka, Adam: Österreich und Italien. Ein bilaterales Geschichtsbuch. Wien: ÖBV

Wanivenhaus, Helga (1971): Die Pressefreiheit in Österreich. Die Geschichte ihrer Verwirklichung und ihrer gesetzlichen Normen. Dissertation (Wien)

Wohnout, Helmut: Die Verfassung 1934 im Widerstreit der unterschiedlichen Kräfte im Regierungslager, In: Reiter-Zatloukal, Ilse (Hg.) (2013): Österreich 1933–1938: Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime. Wien/Köln: Böhlau Verlag

Wohnout, Helmut/ Guiotto, Maddalena (Hg.) Italien und Österreich im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit: = Italia e Austria nella Mitteleuropa tra le due guerre mondiali. Wien/Köln: Böhlau Verlag

Internetquellen

<http://anno.onb.ac.at/> (Zugriff am 26.4.2018)

<http://www.dasrotewien.at/seite/austerlitz-friedrich> (Zugriff am 5.4.2018)

<http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/147468/benito-mussolini-kommt-an-die-macht-30-10-2012> (Zugriff am 28.4.2018)

<http://www.treccani.it/enciclopedia/raffaele-ciasca> (Zugriff am 5.4.2018)

Einzelpreis in Österreich:
An Wochentagen 800 K
An Sonn- und Feiertagen
1000 K
Monatsbezugspreis:
Für Wien, Österreich
(Postpaalfreier 30658)
20.000 K
**Redaktion, Verwaltung,
Anzeigenannahme und
Druckerei Wien, 8. Bezirk,
Strozzigasse Nr. 8.**
Gründet 1870, 1892,
Verlagsgesellschaft

Abteilungsstellen:
Wien, 1. Schulstrasse Nr. 11,
Telefon Nr. 225.

Reichspost.

Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk

Monatsbezugspreis für
Zürich: 20.000 K
Basel: 20.000 K
Bern: 20.000 K
Sonderpreise für
Ausland: 20.000 K
Postpaalfreier 30658
20.000 K
Redaktion, Verwaltung,
Anzeigenannahme und
Druckerei Wien, 8. Bezirk,
Strozzigasse Nr. 8.

**Nachdruckungen bei Ver-
eignungen vorbehalten**

Nr. 88

Wien, Samstag, den 31. März 1923

30. Jahrgang

A Die Begegnung in Mailand. Die Besprechungen zwischen Mussolini und Dr. Seipel.

Mailand, 30. März.
Ueber die Begegnung zwischen dem Bundeskanzler Dr. Seipel und dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini wurde folgende Vereinbarung ausgearbeitet: Heute um 4 1/2 Uhr nachmittags fand in der Präsektur eine lange Besprechung zwischen dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini und dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel statt. Der Bundeskanzler dankte dem Ministerpräsidenten für alles, was Italien ausrichtete, die finanzielle Unterstützung Österreichs seien dabei. Er sprach ausgiebig die Hoffnung aus, auch weiterhin auf die Unterstützung der italienischen Regierung in allen Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Österreichs rechnen zu können. Daher empfahl er den reichsten Abschied der gemeinsamen Verhandlungen an. Der Bundeskanzler dankte dem Ministerpräsidenten für alles, was Italien ausrichtete, die finanzielle Unterstützung Österreichs seien dabei. Er sprach ausgiebig die Hoffnung aus, auch weiterhin auf die Unterstützung der italienischen Regierung in allen Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Österreichs rechnen zu können. Daher empfahl er den reichsten Abschied der gemeinsamen Verhandlungen an.

Ministerpräsident Mussolini versicherte dem Bundeskanzler seinerseits das lebhafteste Interesse Italiens an der günstigen Lösung aller Fragen, die mit dem wirtschaftlichen Aufbau Österreichs in Zusammenhang stehen, indem er die Überzeugung ausbrachte, damit am erfolgreichsten davon mitwirken, daß Österreich ein Element des Friedens in Mitteleuropa bleibt. Er erklärte dem Bundeskanzler, daß ohne Zweifel die in Frage stehenden Verhandlungen zum Abschluß eines befriedigenden Handelsabkommens führen müßten. Dies werde den Interessen beider Staaten entsprechen und gerade dadurch ihnen zu einer erheblichen Entlastung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen verhelfen.

Am Ende der Besprechung wurden schließlich vereinbart, daß die beiden Regierungen sich gegenseitig ihre besten Bemühungen in die Wege leiten.

1. Nach Beendigung der Aussprache zwischen dem österreichischen Bundeskanzler und dem italienischen Ministerpräsidenten, die einminütigen Stunden dauerte und der zum Schluß der Generaldirektor im Ministerium des Äußern Senator Contarini sowie der österreichische Gesandte beim Königlich Italienischen Hof Dr. Kriakowski beigesessen waren. Heute der Bundeskanzler dem italienischen Ministerpräsidenten die Herren seiner Begegnung vor: Senator Contarini und Senator Dr. Riva. Beim Verlassen des Präsekturbereichs begrüßten den Bundeskanzler der Vizepräsident in Vertretung des erkrankten Präsidenten und dessen Vizepräsident.

2. Unmittelbar nach der Besprechung mit dem italienischen Ministerpräsidenten in der Präsektur wurde der Bundeskanzler dem Erzbischof von Mailand Kardinal Tosi auf, der ihn in Gegenwart des Generalassessors empfing. Der Reich des Kaiserthums war mit Seipels verabschiedeter Persönlichkeit beim Bundeskanzler ausgestellt. Unter anderem erschienen der Generalrat der Österreichischen Nationalbank Mussius und Senator de Riva. Um 7 Uhr abends erwiderte Ministerpräsident Mussolini dem Besuch des Bundeskanzlers im Hotel de la Ville. Von der durch den Ministerpräsidenten Mussolini beabsichtigten Einladung zu einem gemeinsamen Mittagessen wurde über Erlassen des Bundeskanzlers mit Rücksicht auf den kirchlichen Feiertag Abstand genommen.

Mailand, 30. März.
Bei dem Empfang der italienischen Vertreter wurde erklärte der Bundeskanzler auf eine Anfrage bezüglich des Faschismus, die Regierung Mussolini habe in Österreich viele Bemühungen, natürlich nicht in vorwiegend entgegengekehrten Ragen. Wir besitzen jene große Entwicklung, die Italien im sozialen Leben und die die Arbeit in Italien gewonnen hat, weil auch mit diesem Ziel verbunden, unter Band neu zu beleben, Ordnung einführen und friedliche Arbeit zu fördern. Natürlich sind die Mittel, die zu diesem Ziele führen, bei uns andere. Der Bundeskanzler habe auch diesmal mit inniger Freude gesehen, mit welcher Freundschaft und Gutsfreundschaft er aufgenommen wurde, wofür er der italienischen Regierung den herzlichsten Dank schulde.

B Reise des Bundeskanzlers nach Rom.

Mailand, 30. März.
Bundeskanzler Dr. Seipel hat um 8 Uhr 40 abends mit seiner Begleitung Mailand verlassen, um sich nach Rom zu begeben.

Unter den Besuchern, die Bundeskanzler Dr. Seipel empfing, hat, befand sich auch der des Senators de Riva, der in Begleitung des Botschafters Donelli von der Mailänder Presse erschien. Der Bundeskanzler verließ in diesem Zeitpunkt auf die bekannten engen industriellen Beziehungen zwischen Österreich und Italien. Ferner empfing der Bundeskanzler den Minister für soziale Angelegenheiten Cavazzani sowie mehrere Journalisten der verschiedenen Zeitungen.

Vor der Abfahrt erschien Ministerpräsident Mussolini, begleitet vom Reichsminister Barone u. sich um den Besuch des Bundeskanzlers zu erwidern und sich zu verabschieden. Die Abschiedsunterredung dauerte ungefähr eine Viertelstunde.

In Rom wird der Bundeskanzler Samstag früh eintrafen und im Grand Hotel als Gast der italienischen Regierung einquartiert. Am gleichen Tage um 12 Uhr vormittags wird er vom König in Audienz empfangen werden. Die Audienz beim Königen Vater kann wegen des Osterfestes erst Montag stattfinden. Den Resttag selbst wird der Bundeskanzler nicht in Rom verbringen, sondern zum Besuche einer der litoralen Staaten in der Umgebung Roms bleiben.

Die Politische Korrespondenz schreibt: Ueber den Zweck der Reise sind in der Öffentlichkeit phantasievolle Kombinationen aufgefunden und es wurde insbesondere in einem Wiener Blatte der Aufenthalt des Bundeskanzlers in Mailand in Zusammenhang mit einer Vermittlungsfunktion des Bundeskanzlers in der Rührfrage gebracht. Zur Vorbereitung dieser Aktion sei vor der Reise eine gemeinsame vertrauliche Besprechung des Bundeskanzlers mit Vizekanzler Dr. Franz und sämtlichen Parteiführern abgehalten worden. Es wird festgestellt, daß eine solche Besprechung niemals stattgefunden hat; es erübrigen sich daher auch die an den Bericht darüber geknüpften Vermutungen und Folgerungen.

Des Kanzlers Rückkehr nach Wien.

Die „Reichspost“ erzählt, wird Bundeskanzler p. e. am Ostermontag die Rückreise nach Wien antreten.

C Vorfrüchte der Italienreise.

Wien, am 30. März.
Die Italienreise unseres Bundeskanzlers ist das Osterereignis geworden. Sie gibt den Nachrichtenbüros und der Presse, dem Herz der Kaiserfamilie aus Neigung und Beruf, kurz jener ganzen Welt, in der Politik getrieben und Meinung erzeugt wird, viel zu schaffen. Wie es nicht die Botschafter der Staatsform, die das Österreich der Gegenwart hat, nützlich fruchten, man wäre versucht, das alte Sprichwort aufzuführen: Wenn Könige reisen, bekommen die Fürsten zu tun.

Dieser Dr. Seipel! Ist er nicht seit vielen Monaten in den Reden und in der Presse einer gewissen Partei, aber auch in Zeitungen, die nicht minder als Negation der Sensation dienen, von der sie leben, ausgelegt so herumgenommen worden, daß kein guter Faden mehr an ihm übrig geblieben sein konnte? Seine Genfer Zeit und jeder Schritt zur Durchführung des dort vereinbarten Rettungsplanes, jede seiner Reden, jedes Wort und jede Geise wurde ihm schuldig geachtet, an Schwächen und selbst an Bedrohungen hat es nicht gefehlt. Es wurden die Instinkte der Straße mobil gemacht, es wurde, als der Haß verlagte, mit Etwas und Etwas vermischt, es gibt nichts Schlechtes und nichts Lächerliches, das ihm nicht angehängt, von ihm nicht berichtet worden wäre, an jedem Tag mehrmals wurde sein guter Name, sein Ansehen, seine Fähigkeit, sein Wollen vernichtet. Aber siehe da, je toter, je mausetoter man ihn, der die Zerstörung der Sanierung Österreichs auf sich genommen und freilich darum die Rache der Katastrophenschwärmer und mit der wachsenden Wahrscheinlichkeit des Scheiterns den Reiz der Impotenz reichlich verdient hat, dem Publikum schickerte, desto mehr Leben und Größe offenbarte er. Und nun, da er, als die Verhältnisse hierfür reif geworden, die Reise nach Italien antat, wird ihm von allen Seiten der Glaube an seine Bedeutung bestätigt, in mehr oder weniger tiefen Kommentaren und von Sensationstiteln. Zwar wurde vor Beginn der Reise ihr Zweck in nüchternen Darlegung bekanntgemacht. Gleichwohl wird vom ersten Morgen bis zum letzten Abend an jeder Stunde unermüht gefragt: Was macht Seipel in Italien? Dieses Interesse ist erfreulich, aber es beweist zugleich nicht nur die völlige Erfolglosigkeit aller Anstrengungen, den Bundeskanzler zu verkleinern, sondern auch die innere Unmöglichkeit des Kampfes gegen ihn. Nicht weil man wenig von ihm hält, feste man ihn beherzigt herab, sondern weil man sehr viel von ihm hält. Front man seiner, überaus geschulten diplomatischen Talent? Jetzt auf einmal das die größten Dinge zu, z. B. die Lösung des Ruhrkonfliktes die führende Rolle zu übernehmen. Und das hat man es gewohnt, der Bevölkerung mit allen Mitteln und auf jede Weise das Vertrauen zu einem solchen Staatsmann auszurufen, daß er berufen

und geeignet wäre, Österreich auf dem Wege der Selbstrettung zu führen!

Umstände und Begleiterscheinungen der Österreichs unseres Bundeskanzlers sind allerdings danach angeordnet, die Phantasie und Kombinationsgabe der berufsmäßigen Deuter von Begebenheiten anzupornen. Als Beispiel wird Rom angegeben worden; in der letzten Stunde wird bekannt, daß für die Begegnung mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mailand ausgerufen wurde. Dann wird bekannt, daß der Besuch Roms gleichwohl nicht unterbleibt. Für alle, die nicht wissen, daß vom Seipels Stuhl die früheren Vorarbeiten für katholische Besucher Roms vor wenigen Jahren für die repräsentanten katholischen Staaten wesentlich gemindert hat, mußte das Problem, wie der Bundeskanzler, dem als päpstlichen Protonotar die heisse Situation sich doppelt heiß gefühlt muß, in Rom mit den gegebenen Schwierigkeiten sich auseinanderlegen werde, zu einer Quelle reizvoller Betrachtungen werden. Wir sind denn auch von dem Tiefstn absteigender Erläuterungen, warum den der Bundeskanzler die ach, so schädlichen Bedenken der Gotsbürgerzeit gegen einen offiziellen Rombesuch überwinden habe, nicht verschont geblieben und schließlich vernünftig das gitternde Erläutern vor diesem Dr. Seipel, der auch da einen Weg zu finden weiß, wo die melancholischsten Kritiker der Vormittagszeit keinen sehen.

So klar die Voraussetzungen angenehmer Beziehungen zwischen Österreich und Italien vor unserer Seele stehen, so unmöglich ist es, das Ergebnis der Italienreise des Bundeskanzlers voranzulügen. Aber einen Gewinn hat die Reise schon gebracht: den Beweis, daß Dr. Seipel der Verurteilung war, sie zu machen! Wir haben die Genugtuung erlebt, zu sehen, wie große Eide ihm gerade von Kreisen angedreht wurden, die nicht zu den Stützen der Sanierungsmehrheit zählen. Welch glänzende Rechtfertigung für alle, die sich in ihrem Vertrauen zu dem Führer Österreichs durch die heftigsten Scheltreden seiner Gegner nicht beirren ließen! Auch jene, die es um keinen Preis eingestehen möchten, sind heute überzeugt davon, daß kein anderer so wie Dr. Seipel heimbringen wird, was auf einer Italienreise für unser leidgeprüftes Österreich überhaupt zu erwarten ist. Böswilligen Mißdeutern seines Besuches bei Mussolini, die schon im voraus wußten, daß er den Faschismus aus Italien nach Österreich importieren werde, hat der Bundeskanzler trotz des Gedächtnis verborben mit der schlichten Feststellung, daß jedes Volk und jedes Land seine eigenen Methoden hat. Was in dem einen Lande möglich ist und ihm frommt, muß nicht auch dem anderen ersprißlich sein. Wie verschieden sind Geschichte und Charakter des österreichischen Volkes von denen des italienischen, wie anders die Uebel und Gefahren, die uns bedrängen, und jene, von denen der Faschismus Italien zu befreien hatte!

Gehtet der Friedensvertrag, der das zu Tod verurteilte Österreich dem Wohlwollen seiner Umgebung unterwirft, auch kein stolzes Austria farä da se, so bleibt es doch wahr, daß unserm Volk nur auf österreichische Weise zu helfen ist. Und wie nach Prag, Genf, Paris, Budapest und Belgrad, ist Dr. Seipel auch nach Italien als Vertreter, Wortführer und Anwalt Österreichs gegangen.

Interview-Dichtungen.

Frederik Kuh bei General-Kommissar Zimmermann.

Die heutige Ausgabe des „Tag“ veröffentlicht aus- ausweitete ein Interview, das General-Kommissar Zimmermann dem amerikanischen Journalisten Frederik Kuh gewährt hat und das am 6. März in der „New York Evening Post“ erschienen ist. In dem Interview, dessen sensationelle Aufmachung von vorn herein verdächtig erscheint, bestätigt der General-Kommissar, daß alles eintreten müsse, was die sozialistische Presse als Folgen des Genier Abkommens an die Wand malte: Es müsse der Achtundtag fallen, die Arbeitslosen müßten als Elenden nach Brasilien verkauft werden und was der schönen Geschichten mehr sind. Ein Mitarbeiter unseres Blattes wandte sich an das Sekretariat des General-Kommissars und erhielt dort folgende Auskunft:

Das Interview hat zwar anfangs März stattgefunden, doch hat Frederik Kuh nicht, wie vereinbart, den Text dem General-Kommissar vorgelegt, der somit für den vollen Kommenen falschen Inhalt seinerlei Veranimatorung übernehmen kann. Ueber die Einzelheiten des Interviews wäre folgendes festzustellen:

neten, die das Manifest mitunterzeichnet haben, von der Verhaftung zurückzuziehen; man vermutete, diese Verhaftung der Abgeordnetenminderheiten wäre für die faschisten ein überaus wichtiger Standpunkt.

7 Über die Regierung hat auch außer den Sorgen, die ihr der „Militär“ bereitet, Sorgen im eigenen Lager. Die Enquete über die Kriegsausgaben läuft sehr ungünstig für jene Metallindustrie aus, die die Hauptkosten für den verwerflichen Faschismus aufgebracht hat. Erhebungen über die Veräußerung der Luftfahrzeugmaterialien stellen einen Normalfall bloß, der eine der Leiden des Faschismus ist. In Mailand hat die faschistische Polizei zwei Redakteure der „Times“ verhaftet, weil sie in ihnen russische Kommunisten vermutete; ein Angehöriger der spanischen Botschaft ist von der Eisenbahnpolizei belästigt worden, ohne Ansehen seiner Immunität. In den französischen Industriestädten verhalten die Schwarzgehenden, als ob sie zu Hause wären. Offenbar wird Italien dem Faschismus zu klein für seinen Latendrang.

8 Über dieselbe Faschismus, der die Göttin des Erfolges in Gefahr genommen hat, umwirbt mit vergebener Reichsmacht eine Macht, von deren Unmöglichkeit sich keine Fiktion reiche Geste von reaktionärer Kraft verheißt haben: den Vatikan. Nachdem man diesem Angriff und Religionsunterricht in den Schulen bewilligt hat, sterben die Senatoren, nachdem man jede faschistische Feindschaft mit einer Miete einleitet, ist jetzt sogar der königliche Kommissar der Stadt Rom mit großem Brumf zum Kardinalat befördert worden, was von der faschistischen Presse als wichtige politische Tat gefeiert wurde. Gleich darauf kam die Diktatur des „Offiziellen Romans“ vom 14. März, in dem dem König jeder offizielle Charakter abgesprochen und erklärt wurde, daß von einer Annäherung zwischen dem Vatikan und der Regierung nicht die Rede sein könne. Die gewählte und alte Diplomatie des Vatikans wird offenbar durch das ständige Verbot des Faschismus stumm gemacht, während sich religiöse Denker wie der Kardinal Erzbischof gegen den Versuch wehren, die Religion als Mittel zum Gefühlsnadeln der Massen zu verwenden. Man hat den Eindruck, als ob sich die Regierung über kurz oder lang doch zur Verzicht auf die Pressefreiheit wird befehlen müssen, lediglich, um nicht eine allzu schwere Last für das zu tragen, was in ihrem Namen die Welt Herrschaft beansprucht und dem Vatikan den Postenfeld führt. Die erlaubte Meinungsäußerung droht unheimlicher zu werden, als die Fesseln je werden könnten.

Aus Betharien.

Die man die Gewerkschaften behandelt.

Die ungarischen Gewerkschaften in dielten Anfang der Woche einen Kongress ab, der von vielen ausländischen Gewerkschaften besucht wurde. Die Antikamer-Internationale war durch Salomon, die belgischen Gewerkschaften durch Mariens, die französischen durch Roussier, die Schweizer durch Dür, die tschechischen durch Kovale vertreten. Im Namen der österreichischen Gewerkschaftskommission schied Guber eine herrliche Begrüßung. Der Kongress wurde von der ungarischen Gewerkschaftskommission einberufen und war gleichzeitig als Kongress gedacht, weil es fünfzigjährige Jahre sind, daß die Gewerkschaftskommission begründet wurde. Wie es um die Realisationsfreiheit in Ungarn bestellt ist, geht daraus hervor, daß der Minister des Innern vor einiger Zeit eine Rundreise auf die Gewerkschaftskommission leitete, in der sie aufgefordert wurde, ihre Statuten sofort einzubringen, ansonsten der Minister „die den Namen Gewerkschaftskommission tragende Körperschaft auflösen werde“. Ueber die Handhabung des Realisationsrechtes berichtete der Abgeordnete Ludwig Kékely auch sonst haarsträubende Dinge. So wurde der Vertrag des Abgeordneten Górfi über Sozialpolitik und Arbeiterarbeit von der Regierung von dem Stadthauptmann von Bunnfirden verboten, daß das Thema und die Vertragsgegenstände solcher Verträge die dem Arbeiterstand angehörenden Angelegenheiten der Arbeiterbewegung zugehörig und den Gegenstand zwischen den verschiedenen Klassen vertritt. Der Oberbürgermeister von Keszthely verbot die Versammlung der kaufmännischen Angestellten, weil der angeordnete Minister ein Jude war, und erklärte, nur solche Versammlungen zu gestatten, die christliche Referenten haben. Der Oberbürgermeister von Döbör hat gestattet es überhaupt nicht, daß in den Delegationskongressen der Gewerkschaften Kékelys anwesend; es wurde ihnen auf die Landarbeiter abgelehnt. In der letzten Zeit wurden in 39 Gemeinden 51 eingetragene Landarbeitervereine verboten und 18 Ortsgruppen des Landarbeiterverbandes wurden aufgelöst. Wollen sich Landarbeiter organisieren, so werden sie verprügelt, eingekerkert, interniert. Ihre Ortsgruppen werden unter den wichtigsten Vorwänden aufgelöst; so wurde die Auflösung der Ortsgruppe von Munkács mit der „Verbindung“ verweigert, nach dem dem Bericht des Generalinspektors ein großer Teil der Gemeinden um Munkács zu extremen Bedingungen hinneigt. Die Landarbeiter wollen sich organisieren; es wurde ihnen mitgeteilt, daß ihre Statuten nur dann genehmigt werden, wenn sie die Bestimmungen enthalten, daß die Behörden ihre Korrespondenz überwachen, an den Verhandlungen teilnehmen und wenn sie die Sitzungsprotokolle den übergeordneten Behörden innerhalb hiesigen Tages vorlegen. Aber der Minister des Innern ist entschieden mit dieser „Schlaube“ Haltung der Stillschaltung nicht zufrieden. Er hatte vor einigen Tagen an alle Abgeordneten der Kammer eine strenge vertrauliche Verordnung gerichtet, in der gesagt wird, der Minister habe mit Zustimmung mehrgenommen, daß die

Polizei- und Verwaltungsbehörden keine entsprechende Energie einbringen. Als Beweis für die von den sozialdemokratischen Gewerkschaften betriebene Umsturzpropaganda weist der Minister unter anderem darauf hin, daß am 3. Februar in einer Tagungsgruppe der Arbeiter der Arbeiter ausgereicht habe, daß in Österreich die Arbeiterklasse höher als in Ungarn, und daß, wenn sich die Rohstoffverhältnisse in Ungarn nicht bessern werden, die Arbeiter gezwungen sein werden, mit anderen Mitteln zu kämpfen.

Es ist ein Beweis der Kraft der ungarischen proletarischen Massen und ihrer Anhänglichkeit an die freien Gewerkschaften, daß sie trotz aller Verfolgungen ihren Kampforganisationen treu bleiben und daß heute die freien Gewerkschaften mehr als 200.000 Mitglieder haben, während im Jahre 1918, als Ungarn dreimal so groß war, wie es heute ist, die Zahl der Organisierten nur hunderttausend betrug.

Unter den Russen der ungarischen Politik.

Die Emigration. — Der weisse Bolschewismus. Ein Redakteur der „Liss“ hatte mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten von Coburg und Saalfeld ein Gespräch, das auf manche Fragen der ungarischen Politik ein neues Licht wirft. Er sagte unter anderem: „Es ist nicht zu leugnen, daß die ungarische sozialdemokratische Partei sowohl an geeigneten Männern als auch an finanziellen Mitteln, die den heutigen Verhältnissen angemessen wären, großen Mangel leidet.“ Die Regierung würde sich unter anderem auch aus dem Grunde dem Wahn der Emigration, weil sie es nicht wünscht, daß die bedeutenden geistigen Kräfte der Emigration der ungarischen Arbeiterbewegung, die ihrer so sehr bedarf, wieder dienlich gemacht werden sollen. Die Regierung ist überhaupt bestraft, den geistigen Einfluß der Emigration auf die sozialdemokratischen Abgeordneten zu verhindern. An sich eine kleine, aber immerhin sprachliche Sache: in der Wahlkammer der Nationalversammlung liegen die Emigrantenblätter auf. Die Wahlkammer ist aber nur während der Sitzungen der Nationalversammlung geöffnet, und da die sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Wähler, den Sitzungen beizumischen, erst nehmen, ist es ihnen unmöglich, die nur in der Parlamentskammer erhaltenen Emigrantenblätter zu lesen. Es ist wohl eine kleine deutsche Sache, daß die Abgeordneten aus der Wahlkammer nichts ansehen dürfen... Auch in anderen Dingen bemüht man sich, eine erschwerende Tätigkeit der parlamentarischen Fraktion zu hemmen. Die vierundzwanzig Abgeordnete zählende Fraktion verlangte sofort nach ihrem Einzug in das Parlament die Heberlassung eines Akkords. Obwohl das ungarische Parlament ein ungeheurer Rechtsstaat mit vielen hundert Klammern ist, hat man der sozialdemokratischen Fraktion keine einzige Klammernheit eingeräumt, so daß sie nicht einmal eine Schreibmaschine herunterschreiben konnte. Die Sitzungen der Fraktion müssen im Parteilektariat abgehalten werden.

Ueber die nächsten Verhandlungen meinte der Abgeordnete Schell: Wir sind darauf gefaßt, daß Schönböck die Nacht ergreifen wird, so wie hellen es für notwendig unabweislich. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben dem Volksheerismus immer Vorhand gegeben, sie werden auch die Verheerungen des weissen Bolschewismus fördern. Diese Wendung wird gewiß schlechte Folgen für das Land haben, aber sie wird auch diejenigen aus ihrem Schlaf weckeln, die sogar die bisherigen Katastrophen nicht eines Besseren belehrt haben. Nach einem Siege werden gewiß die Leute um Glöckel das Beispiel Mussolinis nachahmen und sie werden den treibendsten Verheerungen entgegenstellen, die sie gestützt haben; auch sie werden trachten, ihre Verhaftung nur auf die innerpolitische Reaktion zu beschränken. Dies dürfte ihnen aber kaum gelingen. Die ausgedehnten Verordnungen, die in diesem Falle auszuwirken sind, werden auch ihre reaktionären Pläne im Innern zu Fall zu bringen...

Sowjet Schell. Es geschieht zum erstenmal, daß ein ungarischer Abgeordneter in einem ausländischen Hause seit langer Öffentlichkeit über die Zustände in Ungarn spricht. Es wird erwartet werden, daß man gegen ihn nicht das „Gezetz über den erhöhten Schutz der gesellschaftlichen Ordnung“ in Bewegung setzen wird, das bekanntlich alle, die im Ausland über Ungarn nicht die tschechischen Lügen verbreiten, mit einer schweren Verurteilung bedroht.

Ein Verbrechen gegen die Dynastie Hellsas.

Budapest, 20. März. (A. Z. B. A.) Gestern mittags erschien in Beccom ein militärische Kontrollkommission der Entente, die infolge einer Anzeige nach angeblich vertriebenen Waffen zu suchen hatte. Die Kommission begab sich zuerst in das Haus des Reichsrichters Hellsas sowie in sechs weitere Häuser, die ohne ein Ergebnis gründlich durchsucht wurden. Schließlich begab sich die Kommission in ein Haus im Armenviertel. Während der Schließung zu diesem Hause Festgesetzt wurde, sammelte sich eine dreihundert bis vierhundertköpfige Menge an, die Schmäherei gegen die Offiziere ausließ. Als sich die Entente-Kommission, nachdem ihr Versuch erfolglos geblieben war, im Hofraum entfernte, wurde aus der Menge ein Stein geworfen, der ein Fenster des Hofwagens zerstörte.

Seipels Österreich.

Wien, 20. März. Bundeskanzler Dr. Seipel, dessen Antritt für 1/12 Uhr erwartet wird, wird im Hotel de la Ville Wohnung nehmen, in dem auch der politische Minister des Reiches Szegedy ist, der um 3 Uhr nachmittags nach Wien einfliegen werden ist.

Aus Rom sind der österreichische Botschafter Amintorelli und der polnische Gesandte Batowski eingetroffen.

Ein großer Kampf in der englischen Banindustrie.

Am 1. April werden in England 500.000 Bankarbeiter ausgetrieben werden. Der Kampf ist, wie alle großen Konflikte in England in der letzten Zeit, um die Lohnfrage entbrennt. Die Unternehmerkraft will die Zeit der Krise und der Arbeitslosigkeit dazu benutzen, um die Löhne zu senken, um dann in der Nachkriegszeit alle Vorteile einheimen zu können. Die Ausbeutung der Bankarbeiter stellt nicht nur einen Anschlag auf das Lebensniveau der Arbeiterklasse dar, sondern ist auch ein großer Vertragsbruch. Die Löhne und die Arbeitsbedingungen der Bankarbeiter werden durch eine gemischte Kommission, die vorläufig aus Arbeitern und Unternehmern zusammengesetzt ist, durch die National Wages and Conditions Council, festgelegt. Die Entscheidungen des Councils sind sowohl für die Unternehmer als auch für die Arbeiter bindend; es steht aber jedem vertragsschließenden Teil frei, noch einen schiedsmännlichen Schlichtungsschritt dem Council zu verlassen, wodurch er seine volle Freiheit, auch die Freiheit der Preisse und der Ausperrungen, zurückgewinnt. Vor dem Ablauf dieser schiedsmännlichen Frist sind aber für beide Teile die gemeinsamen festgestellten Arbeitsbedingungen von bindender Kraft. Nun haben aber im März die Unternehmer eine Lohnreduktion von zehn bis zwanzig Prozent verlangt. Als die Arbeitervertreter dieses Antrages zurückwiesen, stiftete sie sich bereit, sich mit einer Schlichtung von fünf bis zehn Prozent zu begnügen. Darüber wurde von den Gewerkschaften eine Urabstimmung veranstaltet; für die Annahme stimmten 42.693, dagegen 140.392 Mitarbeiter. Dieses Abstimmungsergebnis beschleunigte die Unternehmer damit, daß sie für den 1. April die ganze Arbeiterkraft ausstießen, obwohl ihnen nur das Recht ausstand, auf sechs Monate den Wert zu mindern. Der Wochenlohn schwankt für Bankarbeiter zwischen 3 Pfund 18 Schilling und 2 Pfund 15 Schilling. Für Tagelöhner beträgt er 2 Pfund 15 Schilling. (Ein Pfund etwa 240.000 österreichische Kronen, ein Schilling etwa 16.800 österreichische Kronen.) Der „Daily Herald“ bringt nun gegenüber diesen Löhnen eine Aufstellung über den notwendigen Bedarf einer Arbeiterfamilie: Wietzins 10 Schilling, Brot 10 Schilling, Tee, Zucker 5 1/2 Schilling, Fleisch 7 Schilling, Gemüse 4 Schilling, Margarine 3 Schilling, Weizen, Reis, Leinwand 8 Schilling, Milch 4 Schilling, Kleidung 7 1/2 Schilling, Arbeiterversicherung, Gewerkschaftsbeiträge 3 Schilling, insgesamt etwa 3 Pfund 3 Schilling. Nur die am besten entlohnenden Arbeiter haben einen höheren Wochenverdienst, während die anderen ein Wochenverdienst haben, das sich zwischen einem Pfund und zwei Schilling bewegt. Allerdings sind diese Mindestbedürfnisse, an den mitteleuropäischen Lebensverhältnissen gemessen, sehr hoch, aber man darf es nicht vergessen, daß die britischen Arbeiter nicht zu dieser Auslieferung hinüberdrückt geworden sind wie die mittel- oder osteuropäischen. In Goldfronen umgerechnet beträgt aber der höchste Wochenlohn etwa 55 Kronen; wenn man aber bedenkt, daß die Leverage in England den Arbeitenden gegenüber etwa achtzig Prozent beträgt, daß also die Kaufkraft der Löhne in diesem Verhältnis gemessen ist, so wird man die Löhne sehr niedrig und es verständlich finden, daß die Bankarbeiter einer weiteren Herabsetzung ihrer Lebensführung nicht zugestimmt geneigt sind.

Dresden, 20. März. (A. Z. B. A.) Die Arbeitgeber im Bauern- und Gewerbebereich, am 7. April durch öffentlichen Beschluß bekanntzugeben, daß vom 1. April ab die Arbeitsnachte im Sommer 27 Stunden betragen werde und daß die Löhne herabgesetzt werden sollen.

Dresden, 20. März. (Mentor.) Wie die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ mitteilt, hat der Reichsverband im Bauern- und Gewerbebereich, die Auslieferung mit 14. April ansetzen.

Die Eisenbahnangelegenheiten haben beschlossen, den Versuch zu machen, falls die Gewerkschaften die Löhne herabsetzen sollten.

Die Macht der Finanzoligarchie.

In einem Artikel über die Monopolstellung der Finanzoligarchie in der Notwendigkeit einer Kontrolle ihrer Tätigkeit bringt das „Nieuw Vrije“ auf Grund der Angaben des Vagers „Kamarch“ einige interessante Mitteilungen über die Herrschaft der Finanzoligarchie in den holländischen Staat und über ihre Machtstellung im Kontexten der benachteiligten Klassen.

Die Finanzoligarchie herrscht nicht nur einen großen Teil der Industrie und der Banken im Lande, sondern auch im Ausland. Ihren Einfluß übt sie vornehmlich durch ihre Direktoren aus, unter denen im Kampf namentlich folgende besonders oft genannt werden: der Direktoren Dr. Reich, der Direktor Hoescheit, der verlorene Finanzminister Dr. Reichin und sein Schwager, der jetzige Finanzminister Becka. So ist der jetzige Finanzminister Becka als Präsident des Verwaltungsrates der Finanzoligarchie in Holland Mitglied des Verwaltungsrates in fünf großen Industrieunternehmen, die sich auf alle wichtigen Industriezweige wie Textilindustrie, Brauereien, Zuckerindustrie, Metallindustrie und Zementindustrie erstrecken. Dr. Reichin ist nicht weniger als neunzehn der größten Industrieunternehmen, ein Vertreter in fünfzig in vielen, belandert in acht solchen Unternehmen. Von den holländischen Banken, die die Finanzoligarchie beherrscht, steht an der Spitze die holländische Bank, von der die Finanzoligarchie mehr als die Hälfte der Aktien besitzt, und die selbst wieder einen riesigen Industriezweig beherrscht. In der Bank befindet sich die Finanzoligarchie durch ihre politischen Freie und Politik ist vor allem die Eisenbahnen Bank und die 24 Banken hat und mehr als fünfzig große Betriebe in der Provinz beherrscht. Ihre Interessen vertreten besonders die Mitglieder der Familie Matroos und der bekannte holländische Politiker Schrobber.

In den letzten Jahren hat die Finanzoligarchie in Holland eine ganze Anzahl von Banken und Industrieunter-

Bernsprecher 28545 Serie.

Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk

oder Gegenwert in betreffender
Landeswährung.

Wien, 1. Schulerstraße 11.
Bernsprecher 70170, 70171.

32. Jahrgang

82

Redaktion, Verwaltung,
Anzeigenannahme und
Druckerei, Wien, 8. Bezirk,
Strozzigasse Nr. 8.
Fernsprecher 23645 Serie.

Zugleich Montagsausgabe der „Wiener Stimmen“.

mit Br. Stimmen S 4, —
Deutschland (Vollstimmkonto
München 33,25) S 3,80
mit Br. Stimmen S 4,60
übriges Rußland S 5,40
mit Br. Stimmen S 6,20
oder Gegenwert in betreffende
Sanctwährung.

Stadlanzeigeannahme:
Wien, I. Schulerstraße 11.
 Fernsprecher: 70170, 70171.

32. Jahrgang

Belgrad, 5. Jänner. (Tschedolomafisches Prebureau.) Nach einer heute mittag aus Agram eingelaugten amtlichen Meldung ist Stefan Radic heute vormittag verhaftet worden. Er hatte sich im Hause seines Schwagers Kojulic in einem durch eine Doppelmauer abgegrenzten geheimen Raum aufgehalten, wo sich auch ein Archiv befindet.

In ihrer gefragten Sonntagsausgabe nimmt die „Arbeiter-Zeitung“, die publizistische Repräsentanz des Marxismus in Wien und Mitteleuropa, das offizielle Organ der Wiener Gemeinderatsmehrheit und der Oppositionspartei im Nationalrats, an leitender Stelle zu dem Jubiläumsjahr der katholischen Kirche. Diese parteiamtliche Stellungnahme der Demokratie beginnt mit dem Satz:

„Der Heilige Stuhl, die Klöster und die Stellers, die
Devotionalienhändler und die Juweliere, die Pilger-
herbergen und die Herbergs-mütter ver-
schwiegener Häuser in der recht unheiligen Stadt
Rom sind zu großem Empfang gerüstet.“

und schließt mit dem Satz:

„Inseln, die werden nach Rom kommen zu Hundert-
tausenden, zu Millionen! Sie werden sich ihren Abkö-
nigen und desir im goldenen Jubeljahr goldener
zurückfallen: dem Heiligen Stuhl, den Gottesdien-
den, den Priestern, den Bistumsrätern und den
Kathedralen, den Bischofsbergen und den Te-
der künftigen Liebe.“

Das Zusammenliegende entbricht ganz dieser Umfassung. Auf solchen Niveau bewegt sich die Sozialdemokratie, die Partei Vater-Heim-Mutter-Unterlieh, in ihren bußfertigen Neuerungen über eine große religiöse Veranathaltung der katholischen Welt. Das ist der Ten, in dem das offizielle Organ der sozialdemokratischen Parteileitung, die „Kommunistische Welt“, sich bewegt. Jede Gegenüberstellung, die sich, aber als Kulturdokument soll die Kunst der sozialdemokratischen Parteileitung, die „Kommunistische Welt“, zur Information des In- und Auslandes über die geistigen und ethischen Qualitäten der österreichischen Sozialdemokratie, registriert und aufbewahrt werden.

Die Mitteilungen der christlichsozialen Parteileitung von der Einsetzung eines Komitees zur Prüfung des rechtlichen Charakters der Beschlagnahme des Vermögens des Hauses Gabsberg und von der Vorbereitung einer Presegekreform zur Verhinderung der Mißbräute der Pressefreiheit durch die Biographen haben in verschiedenen Säalern merkwürdige Aufregungen hervorgerufen.

Die Mehrzahl der feinfeligen Aeußerungen, die den parteilichen Verhandlungen folgten, ist inhaltlich nicht deartig, daß sie Beachtung verdienen. Mit jenen, deren Rechtfertigenden durch die Tatsache, daß irgend etwas durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluß angeordnet und geregelt wurde, völlig beruhigt werden kann, wäre ein Dialog über Fragen des Rechts und der Gerechtigkeit so überhaupt unfruchtbar. Wer auf dem Standpunkt steht: Recht ist, was das Parlament, begie, die Parlamentsmehrheit beschließt, und was diesen Beschlüssen entgegensteht, ist unrecht, wer in der sogenannten Volksouveränität etwas Abstraktes erblickt, wer sie als infallibles Götzchen verehrt, dem ist zur Mißverhät seines Rechtsgewissens gratulieren, dem sind gewissenhafte Nachprüfungen von Beschlüssen und Handlungen, Gesetzen und Entscheidungen an der Hand des Rechtsfalls etwa, völlig unverständlich und unsachbar. „Wir haben ein Gesetz,“ schrien die Juden dem Kaiser, der mit ihr ungerechten Erben ärgerte, immer wieder zu, „und nach diesem muß er sterben.“ Das Gabsburgergeiz ist mit Zweidrittelmehrheit beschlossen und damit sollte, rufen ihre nicht mehr buchstabenangewandten und am Formellen hängenden Nachfahren. Die Christlichsozialen sind nicht so buchstabenangewand und sie haben auch in der Rechtsunsicherbarkeit von Parlamentsmehrheiten, die nicht selten von Parteileidenschaften, von Utilitäts- und Opportunitätsrücksichten beherrscht sind, kein so unbegrenztes Vertrauen, daß sie nicht Beschlüsse, die

dem Sitzengedanke widerstreiten, für möglich hielten. Darum halten sie Nachprüfungen von Beschlüssen, zumal wenn Zweifel an deren Richtigkeit laut geworden sind, für wünschenswert und nützlich. Die Möglichkeit, dem Prüfungsergebnisse Nachsage zu tragen, wird natürlich von der Macht abhängen, die ihnen die Bevölkerung jenseits in die Hände legt. Aber geringes Erfolgsaussicht betrifft nicht von der Pflicht, der Stimme des Gewissens zu folgen und nach bestem Können das erkannte Recht anzuprechen. Nach christlich-katholischer Ueberzeugung darf ein Staat, der sich selber die Autorität zuspricht, das Unrecht zu täuschen, Liebe zu betrachten, nicht den Vorwurf, nicht den Schein auf sich sitzen lassen, doch er selber ihm des eigenen Vorteils willen oder der Bequemlichkeit halber oder weil er sich keinen anderen Ausweg dachte, sich fremdes Gut aneignete, weil es so gerade greifbar und der rechtmäßige Eigenthum, wehrlos war. Darum

haben die Christlichsozialen ein Komitee von Fachmännern beauftragt, die Rechtllichkeit des „Gabsburgergesetzes“ zu prüfen. Wer sich darüber aufregt, verrät ein schlechtes Gewissen.

Nicht höher zu werten sind die Ausfälle gegen die Einführung einer Preßreform. Wer in der Untersuchung des pornographischen Schmutzes gewissenloser Profitmacher und Sozialisten eine Gefahr für die Preßfreiheit sieht, der vermag Freiheit von Freiheit nicht zu unterscheiden und überhört das Recht der anständigen Bürger auf Schutz gegen Verhöhnung und Zudringlichkeit, insbesondere das Recht der Jugend auf Schutz vor Verführung und Ueberfüllung ihrer Unreinlichkeit.

Ein erheblicher Teil der Aufregung ist wohl aber auf das Konto des Vergers über den Beweis der geistig-geringen politischen Aktivität zu setzen, den die Christlichsozialen mit ihren Verächtern gegeben haben.

Mobilmachungen in Italien.

Nom. 4. Jänner. In der gestern nach der Kammer-
sitzung abgehaltenen Beratung des Ministerpräsidenten mit
dem Minister des Innern, dem Arbeitsminister, dem
Erbzuchtsgesundheitsrat der Karabiner und dem Generalpolizei-
präsidenten wurde beschloffen, die tschechische Eisen-
bahnmiliz teilweise zu mobilisieren, um
die Bahnstrecken und Bahnhöfen zu bewachen zu lassen.
Alle politisch unruhigen Lokale sollen ge-
schlossen werden. Die Angehörigen der Volksmiliz
erhalten, die Nationalmiliz eventuell zu mobi-
lizieren.

Rom, 5. Zänner. (Eigener Radiodienst.) Man nimmt an, daß der Mobilisierung der Eisenbahnmiliz die Kampfbereitschaft der ganzen Miliz folgen wird und befürchtet Zusammenstöße. Die Lage wird als sehr ernst angesehen.

Salsandra hat angekündigt, daß er als Vertreter Italiens im Völkerbund zurücktreten werde, weil seine liberale Politik mit der Auffassung der Regierung nicht übereinstimme. Er werde bei einer Abstimmung auch nicht für die Regierung stimmen.

Polsk und Rebolber.

Rom, 5. Jänner. (Wolff.) Der heilige Tag ist hier ruhig verlaufen. Kleinere Demonstrationen gegen „Giornale d'Italia“ und den Hauptstich der Freimaurerlogen konnten ohne Schwierigkeit von der Polizei verhindert werden. In Porti wurde ein Feldstich durch einen Dolchstoß verwundet. In einem Dorfe bei Mantua kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Sozialisten

Zukunft in der Abfischung.

Im Parlament sollen für die Abgeordneten Radiorecipienten eingerichtet werden.



red!“ „Gemeinheit, sich die Ehren zu verschaffen, wenn ich
e „Was du redest, sehen wir ja — aber die Kapelle
Silvina spielt gerade wunderschön das Deutsches Meisterlied.“

und Karabinieri, wobei ein Sozialist verwundet wurde. Zwanzig Personen wurden verhaftet. In Capistrello, einem Dorfe in den Abruzzen, wurde ein Arzt, der saskischischer Provinzialabgeordneter ist, aus politischen Gründen durch einen Schuß schwer verwundet. Bei Mantua wurde ein kleines Waffenlager mit Explosivstoffen entdeckt.

„Sera“, „Corriere d'Italia“ und „Messaggero“ behaupten, daß die Erregung in Italien von einer gewissen internationalen Ringa hervorgerufen werde.

Der Appell an die Gewalt

Am 4. Dezember. (Telegraf.) In seiner Annahmrede erklärte sich Mussolini: Man habe, der Nationalismus sei eine Gabe von Vorsehen, eine Bewegung von Banditen und Räubern. Ich erkläre, daß ich allein die moralische, politische und historische Verantwortung für all das übernehme, was geschehen ist. Wenn der Nationalismus eine Vereinigung von Verbrechern ist, dann bin ich das Haupt dieser Verbrechervereinigung. Das Maß ist jetzt voll. Der Autentikumsaufruf hat einen republikanischen Hintergrund. Dieser Autentikumsaufruf hat Folgen gehabt, weil in Italien heute jeder, der ein Nationalist ist, noch kein Leben ohne Spiel setzt. Noch im November und Dezember sind elf Nationalisten ermordet worden. In einzelnen Städten haben sich drei gemeinnützige Organisationen, die sich gegen die Eisenbahnkassagen von dem Nationalismus und Störung ausgedrückt. Wir erreichen das ein Auffammern unflüchtigerer Tätigkeiten auf der ganzen Linie. Wenn auch Elemente in unerschütterlichem Genuß sich befinden, dann sei als einzige Lösung die Gewalt.

Konferenzen der Oppositionsparteien.

Rom, 4. Jänner. Sämmtliche Oppositionsparteien sind auf nächsten Donnerstag, 11. d. d. vormittags, zu einer Vollsitzung einberufen. In dieser Oppositionstreifen erwartet man den Sessionsbeschluß, durch welchen die Abgeordneten ihre Immunität verlieren würden. Man befürchtet auch auf Grund dieses Beschlusses, politische anständige Lokale schließen zu können. **M a s s a n o m e n**

Wom. 4. Zimmer. In politischen Kreisen verlautet, daß die beiden rechtsliberalen Minister des Kabinetts ihre Entlassung eingereicht hätten, und zwar der Unterrichtsminister Cagati bereits gestern abends und der Arbeitsminister Saracco heute morgen. Der Ministerpräsident hätte sich vorbehalten, über diese Rücktrittsgesuche zu entscheiden. In denselben Kreisen glaubt man, daß der Unterrichtsminister auscheiden und der Arbeitsminister bleiben werde.

dem Rom. K. Kämmer. Nach der geistigen Kammerführung, in welcher Salandra mit einigen Freunden gegen die Regierungssandara betreffend die Vertagung der Kammer gestimmt hatte, veranlassen sich nach dem „Nuovo Paese“ die rechtsliberalen Abgeordneten, um über die Lage zu beraten. Salandra mit neun anderen Kollegen hätte sich gegen die Regierung ausgesprochen, während sechs Abgeordnete eine andere Auffassung vertreten hätten. Es sei daher befohlen worden, den rechtsliberalen Abgeordneten in der Kammer vollkommen freie Hand zu lassen.

Der Brektnebel.

Rom, 4. Jänner. „Osservatore Romano“ gibt auf Grund der, wie er sagt, nicht fequestrierten Blätter einen Überblick über die Gewalttaten der letzten Tage gegen Zeitungen, politische Lokale und Privatwohnungen. Bo

lange das Defizit in Kraft bleibt, ist in Italien keine Gewerkschaft, keine Arbeiterorganisation irgendwelcher Art vor geschäftlicher Aktivierung sicher. Als Anreizmittel ist es vollkommen, als Gehalt für die Unternehmer entspricht es weniger seinem Zweck, denn die Großindustrie hat inzwischen längst gemerkt, daß es auch für die Kapitalisten dienlicher ist, über die Arbeitsbedingungen mit den Gewerkschaftsvertretern zu verhandeln, als der willkürlichen diktatorischen Demagogie der faschistischen Korporationen zu unterliegen. In höheren Regionen der Spekulation führte das Defizit über die Spielhöhlen, von denen diese Menschen wissen wollen, daß ihre im Jahre 1923 verweigerte Einführung fast ebenso einträglich war, wie die spätere Bewilligung. Die Spielhöhlenaktionen des Auslandes haben sich sehr beliebt gezeigt und die italienische Moral, welcher Sorge sich bei der ersten Beratung der Ministeriat angeschlossen, um sie bei der zweiten den Interessen der großen Hoteliers und der Kasinohalter unterzuordnen.

5 Und als der Faschismus glaubte, alles in Händen zu haben, die Gewalt als Waffe und Punition, als Möglichkeit unbefristeter Gesetzesverletzung und unbegrenzter Geldmittel, wollte er sich auch den Luxus erlauben, dem Gegner den Kopf zu zertrümmern. Je gefährlicher es für ihn wurde, sich in die Karten sehen zu lassen, um so empfindlicher wurden seine Nerven gegen jede Kritik.

6 Diese Situation, in der alles Mussolini untertänig schien, von der Hochfinanz bis zur Antis, mußte zu einer Katastrophe führen. Bis jetzt hat nach jeder Diktatur im Bewußtsein ihrer Allmacht den Völkern überhand. So kam es zur Ermordung des unergründlichsten Hinterbäckers der Regierung, zur Ermordung Giacomo Matteotti.

7 Seit diesem Tage, kennt die Regierung die Kühe an, wie sich Mussolini selbst so vornehm ausdrückt. Sie weicht sich um ihre Nachstellung, um ihre Pfanden, sie weicht sich gegen das Strafgesetz. Es ist ein verzweifelter Kampf, der vielleicht in dieser Jahreswende seinen Höhepunkt erreicht hat. Sie weicht sich durch Widerstand und sie weicht sich durch Fälschung, durch Gewaltanwendung und durch Verbrechen, der Legalität. Sie ist zu allem entschlossen, wenn ihr nur die Macht bleibt, die gleichzeitig Strafrecht ist. Erst kam die Preisgebung der Mörder und eines Teiles der Wandanten, dann kamen, als Pöbelchlag in entgegengekehrter Richtung, die Justizreise gegen die Presse; dann kam das Verprechen der Legalität im Senat und die Aufstellung der Waffen der Witz an private Faschisten; es kamen die friedensstiftenden Reden und das Wort von der Lagerfeuer; es kam die Ablehnung des Rücktritts Giannini von der Vizepräsidenten der Kammer und die Annahme des Rücktritts am Tage nachher; es kam, als letzter Versuch, in zwölfster Stunde, der Entwurf zur Wiedererrichtung des Einzelabstufes.

Als diese Anklammerungsversuche, die ihre Kraft aus zahlreichen Interessen und aus dem Triebe der Selbsterhaltung ziehen, können den Zeitpunkt des Absturzes hinausschieben, den Abstieg verhindern können sie nicht. Eine Zeitlang kann es geschehen, daß eine Regierung, gegen die die schwersten moralischen Anschuldigungen erhoben werden, zur Antwort gibt: Ich habe die Macht, ich habe die Mehrheit in beiden Parlamenten: ich werde auf die Anklagen.

Auf die Dauer geht es nicht. Heute sind nicht nur Mussolini intime Feinde, die Rossi, Lippich, Marinelli und Tamm — im Gefängnis unter der Anklage des Mordbetruges, sondern dieselbe Anklage wird auch gegen den Generaldirektor seiner Partei, De Vona, erhoben. Sein früherer Vorgesetzter, sein Vorgesetzter, der Ministerpräsident als Kommandant des Mordbetruges gegen Vizzi und gegen Rossi. Der Vizepräsident der Kammer Giannini hat wegen Antrages zum strafrechtlichen Vergehen wegen schwerer Körperverletzung zurücktreten müssen. Wer unter solcher Wucht von Anklagen die Regierung behaupten will, muß sich bewusst sein, daß gegen die öffentliche Meinung zu tun, gestützt auf die Waffe seiner Partei. Aber Solenneisen haben ihre eigene Logik: sie wollen nicht nur als Treuhänder dienen; sie wollen arbeiten. Hier liegt die Möglichkeit einer blutigen Wunde für das neue Jahr. Gelänge es, diese Lösung durch eine antifaschistische Intervention herauszubekommen, so würde dies das faschistische Regime, trotz seinem moralischen Tode, verlängern. Deshalb ist heute das A und O der Taktik der Opposition, die Mähen ruhig zu halten; dafür zu sorgen, daß alle Revolutionen an ihrer Selbstjudt und ihrem Verantwortungsgefühl aufzuhalten werden.

Unter dieser Forderung steht das neue Jahr herauf. Es mag sein, daß sich Mussolini, durch irgendein Motiv bewegt — die Aussicht auf eine weitere politische Aufsteigerung, die Erkenntnis der Gefahr eines gesamtitalienischen Antrages —, zum Rücktritt entschließt und von einem Ministerium Salandra die Zustimmung der Masse gegen einen „antifaschistischen“ Rücktritt eintrifft. Aber ein Ministerium Salandra bedeutet nach nicht die Erlösung Italiens vom Faschismus. Die Opposition, die die faschistische Kammer beherrscht hat, hat dadurch einen Scheitern im Hande hingenommen, an dem Salandra und die Seinen mitbeteiligt sind. Die Überwindung des Faschismus schreitet nicht nur über Mussolini fort, sondern auch über Salandra. Und sie läuft nicht in die politische Annahme aus, sondern in den Prozess Matteotti.

Gemeinden und Landwirtschaft.

Von Landrat Ernst Hoffmeier (Zaherbrunn).

Nach neben dem Ausbau der Volkserkräfte die Erhöhung des Ertrages unseres Ackerbodens und unserer Viehwirtschaft eine der wichtigsten Maßnahmen ist, um die Handels- und Zahlungsbilanz der Republik Österreich zu verbessern, diese Erkenntnis wird von den sozialdemokratischen Rednern seit Jahren in allen Tönen verbreitet. Diese Mitglieder der Gemeindevertretungen, auf die dieses Argument nicht genügend wirkt, werden dadurch interessiert, daß jede einzelne Bauernwirtschaft bei Anwendung der zutreffenden Methoden ohne Erhöhung der Arbeitsleistung einen wesentlich größeren Ertrag abwirft. Wir finden deshalb die Gemeindevertretungen des fachen Landes in letzter Einmütigkeit und auch Über einstimmigkeit zu solchen Maßnahmen bereit. Den wichtigsten, leistungsfähigen und unmittelbar interessierten Verwaltungs- und Wirtschaftspräsident der Gemeinden dem großen Ziele dienlich zu machen, ist die richtige Beratung und Führung zu bieten, gehört zu den wichtigsten Aufgaben einer profitlich angelegten Agrarverwaltung.

Ausbildung der Schuljugend.

Die Verbesserung der Methoden der Landwirtschaft muß mit der theoretischen und praktischen Ausbildung der Schulkinder beginnen. Daß die Lehrer zu diesem Unterricht befähigt werden, ist Sache der Landesregierung und des Landesgymnasiums. Sade der Gemeinde ist es vor allem, den Grund und Boden für das Schulgeld zur Verfügung zu stellen, das zur praktischen Erprobung aller Reformer in der Feld- und Gartenwirtschaft zu dienen hat. Keine Landgemeinde darf sich dieser Pflicht entziehen. Im Burgenland, dessen Verhältnisse ich am besten kenne, besteht volles Verständnis für diese Aufgabe und auch die praktische Möglichkeit, sie zu erfüllen. Die Lehrer hatten bisher die Möglichkeit an Grundstücken als Naturerfolge von den Gemeinden erhalten. Auf Verlangen der Bezirksämter sind seit 1919 die Schulstellen der Gemeinden frei zur Verfügung stehen. Sie werden teils als Betriebsfelder für den Schulunterricht dienen. Die Gemeinden, in denen Staatschulen bestehen, deren Lehrer niemals in Naturerfolge standen, kaufen oder kaufen bereitwillig solche Felder, voran die sozialdemokratischen Gemeinden. Die Aussicht über die ganze Schulbezirksgemeinde führen die landwirtschaftlichen Bezirksreferenten, Beamte mit Hochschulausbildung, und das Landesministerium. Den Gemeinden wird auch empfohlen, den Ackerbau Lehrstoff zu machen, die fachlichen Grundlagen der Landwirtschaft zu vermitteln, so daß die Schüler das Verständnis für die Bedeutung der Landwirtschaft zu entwickeln. Es gilt vor allem, das Kind im frühesten Alter dem Gesetze der Verbesserung, des Ganges an der alten Wirtschaft zu entreißen.

Verbesserung der Viehwirtschaft.

Viele Gemeinden, im Burgenland die meisten, haben einen eigenen landwirtschaftlichen Betrieb, die sogenannte Stierwirtschaft. Je nach der Größe der Gemeinde und der Zahl der zu besorgenden Stiere werden zwei bis fünf Stiere gehalten, die zum Teil, den Vorratskammern, der Lägerkiste und mehreren Stier-Eigentümern der politischen Gemeinde sind. Aus dieser kleinen Landwirtschaft eine rationell geführte Gemeindeanstalt zu machen, muß der Eigenart jeder Gemeinde sein. Die Wirtschaft der Stiere selbst sollte ich dabei vollkommen außer Betracht. Es ist Sache der Landesverwaltung, durch Einfuhr hochgelegener Stiere in die Gemeinden, eines hochwertigen Materials zu vermitteln. Hier ist bloß von der Erhaltungswirtschaft die Rede. Zunächst vom Stall und von der Wartung. Die Gemeinden erhalten auf Wunsch von den landwirtschaftlichen Bezirksreferenten die Beschaffung und Anleitung für den Umbau oder Neubau von Ställen, die die eckigen Löcher ersetzen sollen, in denen derzeit oft die Gemeindestiere verharren. Sie müssen das reinhaltende Tier in einem entzerrten, gut belüfteten und richtig warmgehaltenen Stall auf guter Strohauflage, desto genugsamlicher wird es und desto länger erhält es seine Zeugungsfähigkeit. Die Gemeinde spart, wenn sie hier Geld ausgibt. Dieser Stall wird aber zugleich der Nährstoff für die ganze Gemeinde, denn was für den Stier gilt, gilt in noch erhöhtem Maße für die Kühe der Bauern und Kleinbauern. Im Winterwirtschaft muß auch die Haltung der Stiere in der Stierkiste und im engen Zusammenhang damit die Lägerkiste werden. Die richtig gehaltene Stierkiste mit dem gemästeten und eingedickten Jauchebestand wird durch Verwendung des hochwertig gewordenen Stalldüngers und der richtig konzentrierten Jauche auf den Verdauungsfeldern der Ställe und den Wiesen- und Ackerflächen der Stierwirtschaft jedem Bauern der Gemeinde den Millionen Gewinn angetaniglich erbringen lassen, den er aus einer richtigen Lägerwirtschaft zu ziehen vermag. Eine solche Lägerwirtschaft erhöht natürlich durch den oft verpöbelten Futterertrag die Einnahmen der Gemeinde oder verbindet mindestens Mehrausgaben durch den sonst nötigen Ankauf von Stierfutter. Es versteht sich von selbst, daß die Gemeinde bei ihrem Futterbau (Wiesen- und Ackerbau) in systematischer Arbeit nicht nur durch richtige Düngung oder Entwässerung, sondern auch durch fäulnis Verhütung der Gras- und Kleefelder, den Ertrag auf das Höchstmögliche steigern muß. Wo nötig, muß auch Kunstdünger nachschaffen. Wenn jede Gemeindevertretung diese Aufgabe verständnisvoll durchführt, kann sie neben mir mit einem Schlag im ganzen Lande mit einer namhaften Erhöhung der Futtererträge zu rechnen, denn kein Bauer wird von der Verwendung der gleichen Methoden auf seinen Futterflächen abgehen, wenn die Gemeinde auf den übrigen den doppelten Futterertrag ernennt. Die Folge wird sein, daß derselbe Boden einen bedeutend erhöhten Ertrag an Großvieh ernähren wird können, daß Österreich seinen Viehbestand nicht nur vollkommen decken, sondern auch das Ausland mit Vieh zu beliefern können.

Die Milchwirtschaft.

Es kommt aber nicht nur auf die zahllose Hebung der Tierzucht an. Für die Milchwirtschaft ist die Milchergiebigkeit der Kühe maßgebend. Die Züchtung milchergiebiger Kühe erfolgt am billigsten

und am zweckmäßigsten durch die Einfuhr hochgelegter Kühe, die die Eigenschaften ihrer zumeist aus ausländischen Vorfahren auf ihre weiblichen Vorfahren übertragen. Die Kostenanschuldung kann nicht Sache der Gemeinde sein, das befragt nach höheren Gesichtspunkten die Landesverwaltung. Die Gemeinde muß aber der Landesverwaltung das nötige Material, die Grundlagen für die fernwärtige Verbesserung und Erhaltung der Kühe liefern. Aufgabe der Gemeinde ist es, ordentliche Ställe zu führen mit den Stammbüchern jedes Stalles und durch Generationen und mit der Milchergiebigkeit jeder einzelnen Kuh, während der verschiedenen Laktationsperioden. Die Angaben der Besitzer müssen durch amtliche Probemilchungen kontrolliert werden. Im fortgeschrittenen Ausland erfolgt Ställeführung und Probemilchung durch Genossenschaften. Wenn wir in Österreich darauf warten würden, bis in jedem Orte eine solche Genossenschaft gegründet ist, so könnten wir lange warten. Eine Führung durch Genossenschaften folgt den Bauern Geld. Die Gemeinde vollzieht die Aufgabe der Ställe- und Milchkontrolle kostenlos durch ihre gewählten Vertreter, ihre Beamten und Angestellten. Im Kreise Döberstein, der von Deutschland am Danemark im Jahre 1920 abgetrennt wurde, liegt der Futterertrag von 109 Kilogramm der Kuh im Jahre 1921 auf 145 Kilogramm im Jahre 1923 als Folge der Einführung der dänischen Milchkontrolle (der Laktation im November der „Genossenschaft“). Mit Stille auf die Größe des zu gewöhnlichen Erfolges darf kein Bürgermeister und kein Gemeinderat die mühsame Mühsamkeit an dieser Kontrollarbeit scheuen.

Die Gemeinde kann in Orten, in denen noch keine Milchgenossenschaft besteht, auch diese Aufgabe übernehmen, die sehr einfach ist. Die Errichtung einer Sammelstelle, die Reinigungsapparate für die Melkonnen, die Anstellung einer verlässlichen und reinlichen Ställefrau und die Verteilung einer fäulnisfreien Milch sind das ganze I und O einer solchen Einrichtung, die die Bauern von der Anschaffung durch unverständliche Zwischenhändler befreit, denn die Gemeinde selbst ihre Referatsarbeiten direkt mit der Melkerei der zu beliefernden Stadt ab.

Hebung der Geflügelwirtschaft.

Die Hebung der Tierzucht und ihres Ertrages erheischt sich jedoch nicht in der Sorge für den Ackerbau allein. Die Gemeinde kann auch die Geflügelwirtschaft und damit die Erhebung der Eierproduktion günstig beeinflussen. Zunächst wieder durch Geflügelwirtschaft. Das Geflügel der Gemeindeviertel kann gleichzeitig die Wartung oberflächiger Ställe übernehmen. Die Gemeinde gibt dann die Eier der Ställehalter im Auslande kostenlos an die Bauernwirtschaften. Die Gemeinde kann auch den Ankauf von Hühnern durch Hühner zum Selbstkostenpreis vermitteln und ausgeben. Sie muß sich bemühen, züchterische Schätzungen zu erwerben, Stämme auf züchterischer Seite zu erhalten diese Eigenschaft wieder auf ihre Nachkommen.

Ein Anbauprogramm.

Die Einführung der Gemeinde auf den eigentlichen Ackerbau ihrer Landwirte ist, abgesehen von der unmittelbaren Wirtschaft der Schulkindern, vorwiegend eine beratende, Bürgermeister und Gemeinderäte unterstützen darin den landwirtschaftlichen Bezirksreferenten, der auf Wunsch jeder Gemeindeverwaltung ein Anbauprogramm mit den für die Bodengestaltung zweckmäßigen Samen und den notwendigen Wechsel der Fruchtgattung entwirft. Beim Saatgut soll aber die Hilfe der Gemeinde noch weiter gehen. Die Landesregierung führt hochwertiges Saatgut ein und gibt es an Interessenten ab. Wo die Gemeindeviertel noch wenig entwickelt sind, übernimmt am zweckmäßigsten die Gemeinde die Vermittlung zwischen Landesregierung und Bauern, die gemeinsame Arbeit der vormaligen zugeordneten Frucht und die Verteilung an die Bauern. Der gleiche Vorgang kann bei der Anstellungsbeförderung eingehalten werden. Die Gemeinde eignet sich auch hervorragend zur Einführung motorischer Maschinen, von Motorsägen und Benzin Dreschmaschinen. Hier ist die Gemeindevirtschaft der Wirtschaft einer Genossenschaft entschieden überlegen. Der einzelne Bauer kann sich die Maschinen überhaupt nicht leisten, wenn sie werden nur ganz kurze Zeit im Jahre benutzt, die Anschaffungskosten und der Zinsverlust stehen in seinem Verhältnis zum Ertrag. Nur der Großgrundbesitzer verwendet darauf seine Güter rationell im Eigenbesitz. Die Gemeinde wirtschaftet billiger als eine Genossenschaft, weil sie ihre ganzen Kraftwagengeräte in einer Garage unter der Leitung eines einzigen Automobilers vereinigt. Es ist bekannt, daß jedes bedeutendere Dorf heute eine Motorerpresse enthält. Das ist schon im bitteren Winter Burgenland zu beobachten. Besonders für die Gemeinden halten sich nach einem autonomen Krafttransport- und Rettungsweg dazu. Eine praktische Gemeindevirtschaft vereinigt alle diese motorischen Geräte mit den landwirtschaftlichen Maschinen in einem einzigen Betrieb. Die Arbeitsleistung der landwirtschaftlichen Maschinen kann bei den einzelnen Bauern nur in einem zeitlichen Nacheinander erfolgen. Die Reihenfolge muß vom Gemeinderat nach lokalen Gesichtspunkten beschlossen und alljährlich abgeändert werden.

Die Schafwirtschaft Österreichs kann bei systematischem Aufbau nicht nur den Landesbedarf vollständig decken, sondern auch eine namhafte Ausfuhr von Wolle und Wollmohlen gewährleisten. Die Grundlage der Entwicklung ist die Baumzucht, in der die Stämme veredelt werden. Es gibt im Burgenland Bezirksbaumzucht, die Landesregierung und zahlreiche Gemeindeviertel. Die Zahl der Gemeindeviertel kann zu erhöhen und in ihnen die wertvollsten Sorten zu züchten, muß das Ziel sein. Sobald in einem Lande eine entsprechende Zahl von Gemeindevierteln vorhanden ist, dürfen Landes- und Gemeindeviertel an private oder genossenschaftliche Baumzucht nicht mehr erteilt werden.

Die Subventionen.

Zur Frage der Subventionen überhaupt. Die christlichsozialen Förderung der Landwirtschaft durch das

Redaktion, Administration, Druckerei:
L. Kollwratz, Richtiggasse 8-11.
Telefon-Nr.: 1000. Telefax-Nr.: 1000.
Abonnenten-Nr.: 1000. Telefax-Nr.: 1000.

Abonnenten-Nr. für Wien und das Inland:
Monatlich:
Für Abnehmer: 1. Schulgasse Nr. 15.
Tel. 75442, oder L. Kollwratz 8-11 II 70.000
Für Abnehmer in den Provinzen und anderen
Wien: 70.000
Für tägliche Postzustellung, für Wien K 70.000
Für tägliche stündliche Zustellung in die
Provinz (Dr. 304 der öst. Zeitungsliste) K 70.000
Für tägliche stündliche Zustellung in die
Provinz (Dr. 304 der öst. Zeitungsliste) K 70.000

Abonnenten-Nr. für das Ausland:
Mit Postzustellung täglich einmal zweimal
Tschechoslowakei (u. K.) 25 36
Ungarn 25 36
Jugoslawien 25 36
Polen 25 36
Frankreich 25 36
Italien 25 36
Rumänien 25 36
Alle übrigen Staaten 25 36

Neue Freie Presse.

Abendblatt.

Prels K. 1000.

Inseraten-Ankündigungen:
In unserer Bureau Wien, L. Kollwratz 8-11
(Tel. Nr. 1000), L. Wallstraße 20 (Tel. Nr. 75442),
L. Schulgasse 15 (Tel. Nr. 71300), L. Kollwratz 8-11
alle Inseraten-Bureau die in der Anstalt
Inseratenpreise nach anliegendem Tarif.

Postparkassenkonten:
Wien.....Nr. 25.000
Progr.....Nr. 25.000
Budapest.....Nr. 25.000
Warschau.....Nr. 25.000

Postcheckkarte Berlin Nr. 123.75.
Konto bei der Schweizerischen Kreditanstalt,
Zürich, der Banca Commerciale Italiana, Triest,
der Banca Marmarosa, Bank & Co., Bukarest.
Stromverbrauch durch die Redaktion der Freie
Presse: 11, Wallstraße 11.

Abonnenten können nur verhältnismäßig kleine ent-
sprechenden Nachzahlung bei eventuellem Preis-
erhöhung vornehmen.
Für die an Agenten, Auswärtiger oder Verkaufer
gehenden Beträge leisten wir keine Garantie.

Nr. 21664

Wien, Montag, den 5. Januar

1925.

Exelshotel
am Anhalter Bahnhof
Gründer Hotel
des Kontinents
5 Uhr Thee
Einsparungswirtschaft Berlin

Im redaktionellen Teil (Kleine Chronik, Lokalbericht,
Fakten und Nachrichten, Gemeindef) enthaltenen ent-
geltliche Mitteilungen sind durch + kenntlich gemacht.

England und die inter- alliierten Schulden.

Verlangen nach gleicher Behandlung
Frankreich.

Telegramm unserer Korrespondenten.

London, 4. Januar.

Morgen wird ein außerordentlicher Ministerrat statt-
finden, in welchem dem am Dienstag nach Paris
gehenden Schatzkanzler Churchill die Instruktionen
des Kabinetts mitgegeben werden sollen, nachdem die
amerikanische Regierung ihrem Vertreter
Beitrag gegeben hat, sich auf keine Erörterung
der Schuldfrage einzulassen. Es ist fraglich,
ob die interalliierten Schulden über dem Gegenstand
der Verhandlungen der Pariser Konferenz liegen werden.
Englands Stellung, über die in den letzten Wochen die
widerstreitenden Vermutungen im Umlauf waren, wird
offenbar immer noch in Uebereinstimmung mit der Er-
klärung Churchills vom 10. Dezember d. J. dargelegt,
dass jede Vereinbarung zwischen Amerika und Frankreich
Englands Abkommen mit Amerika unberührt lasse und
nur auf sein Verhältnis zu Frankreich infolge von Einfluss
seis, als England die gleiche Behandlung für sich verlange.
Auf die neuerdings aufgetauchte Idee einer Art
Dawes-Plan für Frankreich könne England
einwirken, wenn Amerika sich hinsichtlich der
Englands an Amerika daran beteiligt.

Die Wirtschaftsalage Amerikas.

Stabelfeagramm der Firma Morgan, Overmore & Co. an
die „Neue Freie Presse“.

Newport 4. Januar.

Die ersten Tage des neuen Jahres brachten an der
Börse ein großes Geschäft bei sehr festen Kursen.
Steel erreichten 123, Radio of America stieg bis auf 77, das
ist um 20 Punkte in drei Tagen. Das Publikum tritt als
Kaufhäuser auf guten Papieren in verstärktem Maße auf.
5 Millionen Dollar Prozentigen Bonds der Missouri Gas-
und Elektrizitätswerke wurden offeriert und zum Kurs
von 96 1/2 aufgelegt. Die Behig Valley Coal Co. beschloß
eine vorläufige Dividende von 1.25 Dollar per Aktie, zahlbar
am 31. Januar.

Der diesmonatige Goldexport, der
25 Millionen Dollar überstieg, hat zur Folge, daß der
Vorrat dieses Metalls, der 51 Monate in Zunahme begriffen
war, nun eine Abnahme zeigt. 2 1/2 Millionen Dollar
Gold wurden nach Deutschland gebracht.

Fortgesetzte Pfundsteigerung.

Das englische Pfund legt seine Steigerung fort und hat
in Newport bereits den Kurs von 475 überschritten. Es ist
damit nur mehr etwas mehr als 2 Prozent
unter der Goldparität. Auch die heutige Züricher
Anfangsnote für die Deutsche London lautete wieder
höher. In Warshaw notiert das Pfund bereits 24.70 (Parität
25.25). Außer der Deutsche London legt auch der Dinar
seine Aufwärtsbewegung in raschem Tempo fort. In Zürich
wurde heute der Kurs von etwa 150 gegenüber einem Kurs von
113 zu Beginn des Jahres 1924 entpfund. Die Wechselkurse
und auch die Deutsche Pfund waren leicht abgezwängt, die
Deutsche Banknote im Zusammenhang mit dem Pfund
weiter.

Zürich, 5. Januar. (Mittelkurse) Paris 27.50 (gegen
S. d. 27.84), London 24.30 (24.36), Newport 513.— (513.—),
Belgien 25.70 (25.70), Mailand 21.65 (21.73), Spanien 71.75
(71.75), Holland 208.— (207.80), Berlin (per Billion) 12210
(12210), Wien 0.007220 (0.007225), Stockholm 138.25
(138.—), Christiania 77.57 (77.50), Kopenhagen 90.75 (90.50),
Sofia 8.75 (8.75), Peking 15.50 (15.50), Warschau 93.— (93.50),
Budapest 0.007075 (0.007070), Belgrad 8.0214 (8.—), Athen

Radic in Agram verhaftet.

A Entscheidungskampf des Fascismus.

Zugeständnisse Mussolinis an die radikale
Gruppe seiner Partei.

Wien, 5. Januar.

Es geht für Mussolini jetzt um das Ganze. Die Tage
müssen entscheiden, ob er der starke Mann ist, der Führer,
der die Seinen in der Hand hat und sich nicht zum
Gefangenen der eigenen Rechten machen läßt. Seine Rede
vom Samstag zeigte nichts von Schwäche, es war in ihr
im Gegenteil etwas von dem Ton der großen Tribünen-
reden des alten Rom, etwas von dem Ton der Reden,
wie sie etwa ein Danton auf der Höhe seiner Macht
gehalten hat. Der große Beifall der Anhänger unterstrich
die Worte des Duce und der ganze Jubel des Fascismus
begleitete ihn, als er den Satz aussprach: Ich übernehme
die allgemeine Verantwortung für alles, was geschehen
ist. Wenn zwei Gegner miteinander ringen, sagte
Mussolini weiter, dann gibt es nur die Entscheidung durch
die Gewalt. Die zwei Gegner sind das faschistische und das
nichtfaschistische Italien. Hier ist also das Bekenntnis der
Gewalt ausgesprochen, aber gleich danach wird es wieder
eingeschränkt, denn der Ministerpräsident ruft: Wenn
ich den Fascismus aufheben wollte, dann würde ich
etwas erleben. Aber es ist nicht nötig, fügte er hinzu, ihn
loszulassen. Die Regierung ist stark genug und binnen
achtundvierzig Stunden wird die Lage geklärt sein.

Was soll das heißen? An der Hand der Nachrichten,
die der gestrige Sonntag brachte, ist es nicht schwer, zu er-
raten, daß Mussolini den Versuch macht, die Krise durch die
Machtmittel der Regierung zu überwinden und mit den Mach-
tmitteln der Partei vorübergehend noch zurückzuhalten. Man mag
es so nennen oder nicht, tatsächlich besteht in Italien ein
Ausnahmestadium, tatsächlich herrscht die Willkür außer-
ordentlicher Verfügungen, deren Durchführung in der Hand
willkürlicher Beamten liegt. Die Opposition ist mundtot ge-
macht. In der Kammer wollen die oppositionellen Parteien
eine Resolution einbringen zur Verurteilung der Vorgänge
in Florenz und der Unterdrückung der Pressefreiheit.
Der Ministerpräsident beantragte die Vertagung auf sechs
Monate und seine Kasseiten stimmten ihm begeistert zu. Die
zwei Minister der Rechtsberufen, die letzten, die noch im
Kabinet mit der Verurteilung der Gegenstände geblieben

waren, gaben ihre Demission, und der enge Kreis der Partei-
gänger ist nun also unter sich. Es besteht keine Möglichkeit
auch nur der leichten Kontrolle. Die Zeitungen aber sind ge-
nötigt durch die Verhörungen von der Straße aus, durch die
Friedlagnahmen und Verbote. Die „Stampa“ in Turin drückt
an der Stelle des politischen Artikels eine amerikanische Beile-
beurteilung ab. Die achtundvierzig Stunden, von denen
Mussolini sprach, sind noch nicht vergangen, aber der gestrige
Tag ist, wie offiziell gemeldet werden kommt, ruhig verlaufen
und im Augenblick ist kein Widerstand zu spüren.

Mussolini ist also Sieger. Aber er ist kein Sieger in
einer bedeutungsvollen Position. Nach zwei Jahren der
obersten Leitung wirkt er so gut wie jeder andere, daß die
Masse von heute nicht von Duce sein kann und daß die
Stellung, in der er sich jetzt befindet, nur ein Übergang
ein ist. Denn der Ministerpräsident sieht sich in Wahrheit
zwischen einer Exposition, die, wenn sie auch in diesem
Moment machtschlagend ist, eine Gruppe eigener Gefolgs-
nahmen, die seine Politik seit Monaten schon kritisiert und
entschieden ist, selbst den Führer zu opfern, wenn die Partei
es erfordert. Diese Männer erklären sich als die eigentlichen
Träger des Fascismus, als die unentwegten Bekämpfer zu
den alten Ideen der Gewalt. Seit dem Nord an Matteotti
hat der radikale Flügel mit Mithras nach Rom geküßt, und
bezeichnend ist, daß drinnen in der Provinz Worte fallen
kommen wie diese: Auch der Duce muß gehorchen, wenn
die Parteidisziplin es erfordert. Der „Impero“, das Organ
dieser Mithras, die erst gestern wieder ihre Zufriedenheit
mit Mussolini geäußert haben, hat sich in der letzten Zeit
oft über ihn lustig gemacht, er hat geschrieben, der Diktator
scheine sich zu schämen, einer zu sein, er scheine Reue zu
empfinden und er, der alte Agram, scheine sich zu demo-
kratieren.

Tatsächlich hat Mussolini zuletzt eine Politik des
Zurückgezogenen gemacht. Er hat das Bedürfnis gefühlt, sich mehr
nach links zu wenden, er ist oberflächlich von der scharfen
Formulierung der faschistischen Grundgedanken, er hat unter dem
Eindruck der Meinungen, die die Mithras und besonders die
Tat an Matteotti im Volke auslösten, die am schwachen
Kompromittierten unter seinen Feinden fallen lassen, er hat
vor nicht allzu langer Zeit seine berühmte Kammerrede
gehalten, in der er von der neuen Morgenröte, von der
neuen Zeit sprach und sich auf parlamentarischen und
demokratischen Boden begab, und er hat schließlich in der
Wochenendausgabe ganz Italien durch die Mitteilung
überrascht, daß er das faschistische Regime verabschieden wolle.
Diese letzte Entschluß, dieser entscheidende Schritt auf dem

Feuilleton.

Steirische Volkskultur.

Von Emil Grill (Graz).

Es ist kein Zufall, daß seit dem Zusammenbruch der
alten Monarchie die Volkskulturbewegung auf dem Boden des
jungen Österreich an Verbreitung und Tiefe gewinnt. Das
durch ein erdverworfenes Dasein bedrängte Deutschum bejammert
sich auf sich selbst, die enttäuschten Gefühle der Anhänglich-
keit und Treue, einst dem vielgestaltigen staatlichen Vaterland
zugewendet, flüchten sich, indem sie die engere Sprach-
und Kulturgemeinschaft neu entdecken, in die wohnende Wärme
einer verinnerlichten Heimatliebe.

Wie in Deutschland, so ist seit mehreren Jahren auch
in den österreichischen Bundesländern eine geistige Tätig-
keit auf dem Gebiete der volkstümlichen Kulturarbeit wahr-
zunehmen, die vielfach mit der Jugendbewegung Hand in
Hand geht. Die Landesregierungen unterstützen sie, der
Bundespräsident, selbst Freund und Kenner des Volks-
lebens, bringt ihr warmen Anteil entgegen, die Volks-
bildungsinstitute des Bundesministeriums für Unterricht in
Wien erteilt verständnisvoll die neuen Aufgaben. Ein be-
merkenswertes Ereignis weist ein Streiflicht auf den neu
erwachten Geist: Zum erstenmal hat in diesem Jahre das
Vorleseverzeichnis einer österreichischen Volkshochschule ein
Verzeichnis über Volkskunde angehängt. Weder an einer reichsdeutschen
noch an einer österreichischen Universität hat es bisher diesen
Vorgang nicht als einen anerkannten selbständigen, von Kultur-
wissenschaften und Wissenschaften getrennten Fachgebiet an-
gesehen.

Die Volkskunde, die so rühmlich an der Spitze marschiert,
ist die Unterstufe Graz, und auch das ist kein Zufall. Denn
gerade in Steiermark leben, lange bevor der Begriff Volks-
kunde geprägt oder doch genauer umschrieben war, zwei
Männer, die, einem Herzensstreb folgend, vielleicht ohne es
selbst zu ahnen, merkwürdige Vorarbeit für die neue Wissenschaft
geleistet haben. Der eine war Erzbischof Johann von Defter-
reich, der Bruder des Eizgers von Albern, der als unermüd-
licher Sammler steirischer Volksstückenbilder und ver-
ständnisvoller Förderer alles Bodenständigen viel kostbares
Material zur Erforschung von Land und Leuten der Adonwelt
überliefert, das ohne ihn unwiederbringlich verloren ge-
gangen wäre. Der andere, Peter Kogejger, der aus dem
Bauernum hervorgegangene Dichter, dem weiterer deutscher
Volksstamm ist je in seinem inneren und äußeren Wesen,
seinem Denken und Fühlen, seinen Sitten und Gebräuchen
mit solcher Wahrheit und Fülle geschildert worden wie der
steirische in Kogejgers lebensvollen Erzählungen, vor allem
dem aus Kindheitserinnerungen schöpfenden Band
„Volksleben in Steiermark“.

Den Gelehrten, der als erster in deutschen Landen ein
Kollek über Volkskunde an der Universität Graz lief, kann
man denn auch als die posthume wissenschaftliche Ergänzung
und Erfüllung des großen steirischen Volksdichters bezeichnen.
Nicht nur in seiner Eigenschaft als gewissenhafter Forscher und
gelehrter Mitarbeiter der führenden volkstümlichen Zeit-
schriften Deutschlands und nicht nur als Verfasser der
„Kulturgeschichte der Menschheit“ (Siedberg, 1924) oder
des für jeden Volks- und Landfreund lebenswerten Buches
„Deutsches Brautrecht in Defterreich“ (Graz, 1924). Auch
in seinem westlichen Völkern stellt die Volkskunde Klein

Preis 20 Groschen!

Monatsbezugspreis:
Für Wien und die österreichischen Bundesländer
(Postparaffentaxe 30,65%)
S 5.—

Redaktion, Verwaltung,
Expedition und Druckerei
Wien, 8. Bezirk, Strassgasse Nr. 8

Telefon A 23-45 Serie

Reichspost

Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk

Monatsbezugspreis:
Für Österreichische (Postparaffentaxe 30,65%)
Ungarn (Postparaffentaxe 30,65%)
P 4 10
Deutschland (Postparaffentaxe 30,65%)
Frankreich (Postparaffentaxe 30,65%)
Italien 1. 30.—
Schweiz 1. 30.—
S. 8 7.— — (Inkl. Fr. 1.50)

Verantwortung:
Wien, 8. Bezirk, Strassgasse 8
Telefon A 23-45 Serie

Stadtanzeigeneinnahme:
Wien, 1., Schulerstraße 11
Telefon A 23-45 Serie

Verleger:
R 20-170 R 20-171

Nr. 232

Wien, Montag, den 21. August 1933

40. Jahrgang

Die im redaktionellen Texte enthaltenen entgeltlichen Mitteilungen sind durch ein vorgelegtes + gekennzeichnet.

A

Ein hochpolitischer Tag an der Adria.

Wien, am 21. August.

1

Würde man über das Zusammentreffen unseres Bundeskanzlers mit dem italienischen Regierungschef nichts anderes erfahren, als die äußerlichen Einzelheiten, unter denen die neuerliche Begegnung stattgefunden hat, so würde man doch schon über den Geist der stattgefundenen Verhandlungen überzeugend unterrichtet sein. Die Art, wie Mussolini den Verkehr mit seinem österreichischen Gast gestaltete, trug eine so bedeutungsvolle Note, daß sie die Herzlichkeit und das Vertrauensvolle des Verhältnisses zwischen den beiden Staatsmännern weit über das hinaus unterstreicht. Es ist uns keine andere Gelegenheit gekommen, in welcher der Duce so ausgezeichnet intime Verkehrsformen für eine politische Zusammenkunft gewählt gehabt hätte. Der von Mussolini den Unterredungen bestimmte Rahmen lag mehr als ein launiges diplomatisches Kommando. So empfängt man nur den Freund, über dessen Kommen man sich freut, weil man seine Zuneigung kennt und zu dem man sich öffentlich in aller Ungeheuerlichkeit bekennen will.

2

Dieser zweiten Zusammenkunft des Bundeskanzlers mit dem großen Schöpfer des neuen Italien kam vom ersten Tage an, da sie in Aussicht genommen worden war, hohe Bedeutung zu. Seit dem Besuche des Kanzlers bei der italienischen Regierung haben sich die persönlichen Beziehungen zwischen Wien und Rom wesentlich vertieft. Sie fanden ihren Niederschlag in einer absoluten Uebereinstimmung der höchsten politischen Ziele und Interessen. Wenn etwas in den immer schmerzlicher werdenden Gegensätzen Deutschlands zu Österreich eine Hoffnung auf eine Verrückung hat, so war es die aufrichtige Vermittlung, zu der die italienische Regierung gewillt war. So deutlich die Enttäuschungen sein mögen, die diesem guten Willen zuteil wurden, so liegt doch nach dieser Seite immer noch der einzige Ausweg, um einer für Deutschland

auf die Dauer unmöglichen, der gesamtdeutschen Sache und der Befriedigung Europas höchst schädlichen Situation ein Ende zu setzen. Sehr bemerkenswert ist, daß die Unterredung im Grand Hotel von Nizza aus gegebenem Verlaufsbericht ausdrücklich auf das „Funktionieren des Viermächtepaktes“ anspielt, eine Beziehung auf vertragliche Verpflichtungen Deutschlands, deren Einlösung nicht etwa unter dem Titel, Inhalt eines Gewaltfriedens oder eines unter einem anderen Regierungschefem geklopfenen Vertrages zu sein, verweigert werden kann. Es wird sich doch bald zeigen müssen, ob in Deutschland eine verantwortliche, zu Vertrag und Zusage stehende Regierung oder ein Herr Theo Habicht die Führung hat.

Die Besprechungen in Nizza dürften jedoch über den normalen außenpolitischen Fragenkomplex erheblich hinausgegangen sein. Daß der Duce dem Bundeskanzler eine Gelegenheit zu einer ausführlichen Aussprache unter vier Augen gab, läßt annehmen, daß beide sich über die heftigsten Organismen der Politik ins Einverständnis setzen wollten. Ueber Einzelheiten Mutmaßungen anzustellen, ist hier nicht am Platze. Wo so schwierige und zarte Probleme der Lösung harren, muß sich naturgemäß manches der öffentlichen Erörterung entziehen.

Es bildet jedoch ein Moment wertvollster Aufklärung nach allen Seiten hin, daß die Zusammenkunft von Nizza den festen Wall monogisch noch erhöht hat, den das enge und vertrauensvolle Verhältnis der Führer der italienischen und österreichischen Politik für die Freiheit Österreichs und den europäischen Frieden bietet. Jetzt müßte es doch wohl auch Anstreben, die bisher das europäische Problem Österreich nicht berückten wollten, offenbar werden, daß ihre gegen Österreich gerichteten Unternehmungen ohnmächtig und hoffnungslos waren und bleiben werden.

Die Rückkehr des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß nach Wien wird voraussichtlich Montag abend erfolgen, doch steht der genaue Zeitpunkt noch nicht fest.

Der Rückflug des Bundeskanzlers verschoben.

Wien, 21. August.

Der Rückflug des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß war für heute 8 Uhr 30 angesetzt, mußte aber wegen schlechten Flugwetters im letzten Augenblick verschoben werden. Dr. Dollfuß dürfte in den Mittagsstunden den Rückflug antreten.

Gespannte Aufmerksamkeit in Paris.

Paris, 20. August.

Die neuerliche Begegnung des Bundeskanzlers Dollfuß mit Mussolini hat in der französischen Politik und Öffentlichkeit ein um so lebhafteres Echo hervorgerufen, als die österreichische Frage in Paris seit Wochen auf der Tagesordnung steht. Fast alle Pariser Sonntagsblätter widmen ihre Leitartikel, manchmal aber auch zwei bis drei Artikel, und daneben den größten Teil der Auslandskorrespondenz der Begegnung Dollfuß-Mussolini und der Entwicklung Österreichs. So daß zahlreiche Pariser Blätter heute fast den Eindruck einer österreichischen Sonderausgabe machen.

Während bisher die österreichische Frage von der französischen Presse ausschließlich vom politischen Standpunkt und im Licht der deutsch-österreichischen Beziehungen behandelt und erörtert wurde, macht sich seit zwei Tagen immer beständiger die Tendenz bemerkbar,

die wirtschaftliche Seite des Problems Österreichs in den Vordergrund zu rücken. Dabei wird gerade von den der französischen Regierung nahestehenden Organen übereinstimmend die Ansicht vertreten, daß eine sofortige und praktische Wirtschaftshilfe für Österreich viel mehr als irgendwelche politischen Interventionen das beste und sicherste Mittel sei, um Österreichs Unabhängigkeit in seinem Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus zu stärken und zu erhalten. Man denke aber dabei weniger an irgendwelche hochfliegenden Pläne und Konstruktiven wirtschaftspolitischen Natur etwa nach Art des Lardenschen Donauplanes, sondern vielmehr an

praktische wirtschaftliche Einzelmaßnahmen

zugunsten Österreichs, wie etwa Behebung des österreichischen Exportes nach Frankreich und England und Förderung des österreichischen Fremdenverkehrs. Andererseits gewinnt man aus der Haltung der offiziellen Pariser Presseorgane den Eindruck, daß die französische Regierung immer mehr bestrebt ist, bei ihrer militärischen und diplomatischen Politik auf die italienischen Interessen Rücksicht zu nehmen.

Von einzelnen herkömmt der rumänische Korrespondent der Agence Havas über die Unterredung von Nizza: Hauptgegenstand der österreichisch-italienischen Verhandlungen sind wohl einerseits die wirtschaftliche Lage Österreichs, andererseits die Entwicklung der deutsch-österreichischen Beziehungen. Was die deutsch-österreichischen Beziehungen anlangt, bezieht Mussolini die weitere Lösung in der

Herstellung des Gleichgewichtes im Donaubekken, das es Österreich ermöglicht, südlich von Deutschland Absatzmärkte und Freundschaften zu finden, die seine Unabhängigkeit gewährleisten. In diesem Zusammenhang denkt man in Rom vorerst an die

wirtschaftliche Annäherung zwischen Österreich und Ungarn,

an eine Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen dieser beiden Länder mit Italien. Ungarn scheint bereit, gewisse handelspolitische Positionen in Österreich zugunsten Italiens aufzugeben, um auf die Weise die österreichisch-italienischen Beziehungen zu vertiefen. Dafür soll der italienische Markt für die ungarische Getreideausfuhr noch weiter erschlossen werden. Andererseits, bemerkt der Havas-Agent in Rom, spielt

die Frage des Hafens von Triest

in der österreichisch-ungarisch-italienischen Zusammenarbeit eine bedeutende Rolle.

Der „Temps“ führt in seinem Leitartikel aus: Nach den letzten Ereignissen zu schließen, dürfte die Vermittlung Italiens im deutsch-österreichischen Konflikt nicht ganz leicht sein. Aber davon abgesehen könnte Italien sehr viel dazu beitragen, um Bundeskanzler Dr. Dollfuß in seinem mühen Kampf zugunsten der Unabhängigkeit Österreichs zu unterstützen. Es handle sich heute nicht mehr um hochfliegende Pläne, sondern darum, die wirtschaftliche Existenz Österreichs zu sichern. Frankreich und England unterstützen zur Stunde die Möglichkeit,

Volle Uebereinstimmung in allen Problemen.

Nizza, 20. August.

Ueber die Besprechungen zwischen dem italienischen Regierungschef und dem österreichischen Bundeskanzler wurde abgelaufen folgende amtliche Verlautbarung ausgegeben:

In einer weiteren Unterredung, die heute im Grandhotel in Nizza stattgefunden hat, haben Bundeskanzler Dr. Dollfuß und der italienische Regierungschef Ministerpräsident Mussolini die politische Lage in ihren allgemeinen Zügen und in ihrer besonderen Beziehung auf Österreich eingehenden Prüfung unterzogen. Der italienische Ministerpräsident hat den Standpunkt der italienischen Politik hinsichtlich des Handels und der Zukunft Österreichs, bezüglich des Komplexes des Donauplanes und

der weitergehenden Fragen, deren Lösung mit dem Funktionieren des Viermächtepaktes verbunden ist, neuerlich festgestellt.

Bundeskanzler Dr. Dollfuß hat die innere und die internationale Lage Österreichs dargelegt und vom Grundsatze der Unabhängigkeit Österreichs ausgehend erklärt, eine Politik des Friedens und der Zusammenarbeit mit allen Nachbarn, insbesondere Italien und Ungarn, und auch soweit wie möglich mit Deutschland, zu führen.

Beide Staatsmänner haben zum Schluß ihrer Unterredungen festgestellt, daß zwischen ihnen Uebereinstimmung hinsichtlich der einer Prüfung unterzogenen Probleme herrscht.

B

Zwanglose und vertrauliche Aussprachen.

Eigenbericht der „Reichspost“.

Nizza, 21. August.

1

Wie gemeldet, hat die erste Unterredung zwischen dem italienischen Ministerpräsidenten und dem österreichischen Bundeskanzler bereits am Samstag abend stattgefunden. Sie wurde im Gegenwart des Unterstaatssekretärs im Außenamt Eulich geführt und dauerte 1½ Stunden.

2

Dieser ersten Konferenz folgte am Sonntag eine Reihe von Besprechungen, die den Charakter besonderer Herzlichkeit und Intimität trugen. Die beiden Staatsmänner haben fast den ganzen Tag gemeinsam verbracht und fanden so Gelegenheit, das sehr weit gespannte Verhandlungsschema eingehend und in zwangloser Form zu erörtern.

3

Am Sonntag morgen wohnte der Bundeskanzler, dessen Anwesenheit in dem von Fremden überfüllten Badort größtes Aufsehen erregte, dem Gottesdienste bei. Unmittelbar danach wurde der Bundeskanzler von

Mussolini abgeholt und die beiden Regierungschefs unternahmen in Begleitung des Staatssekretärs Eulich sowie des Legationsrates Fornabelli eine Segelfahrt, während der die zweite ausführliche Unterredung stattfand, die bis Mittag währte.

Nach Tisch wurde Bundeskanzler Dr. Dollfuß abermals von Ministerpräsident Mussolini in dessen Auto abgeholt. Die beiden Staatsmänner unternahmen ohne jede Begleitung — Mussolini haushierte selbst — eine Fahrt zur Besichtigung eines alten Schlosses in der Nähe von Nizza. Diese Fahrt bot den beiden Regierungschefs Gelegenheit zu einer

Unterredung unter vier Augen.

Nach der Rückkehr von der Autofahrt in die Umgebung Nizzas fand noch eine kurze Unterredung statt, worauf ein gemeinsames Abendessen, die beiden Staatsmänner und ihre Begleiter vereinigte.

Fernsprecher A 23.5.45 Serie

Reichspost

Monatsbezugspreis:
für **Zeitungslieferanten** (Zeitungsmenschen)
in **Österreich** (Österreich) **Rs. 20,-**
Ungarn (Ungarn) **Rs. 20,-**
Deutschland (Deutschland) **Rs. 20,-**
Italien (Italien) **Rs. 20,-**
Frankreich (Frankreich) **Rs. 20,-**
S. 7 = **100,-** **Rs. 20,-**

Vertriebsvermittlung:
Wien, S. 7, Gröbnerstraße 11
Vertriebsvermittlung A 23-55 **Geräte**

Stadtanzeigenaufnahme:
Wien, I., Schulerstraße 11
Vertriebsvermittlung:
Rs. 20,-/7h Rs. 20,-/7h

Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk

Mr. 234

Wien, Mittwoch, den 23. August 1933

40. Jahrgang

Die im redaktionellen Texte enthaltenen eigentlichen Mitteilungen sind durch ein vorgelegtes + gekennzeichnet.

Rückkehr des Bundestanzlers nach Wien.

Linz, 22. August.
 Bundeskanzler Dr. Dollfuß hat heute nachmittag
 die Rückreise von Salzburg angetreten.
 In Attersee unterbrach der Bundeskanz-
 leri, um dem Bundespräsidenten Riffaß
 Reich abzusatten.

Amerika droht mit Aufrüstung.

Die Weltfabrikung beschäftigt den Präsidenten Roosevelt, wenn er mit den inneren Problemen weniger belastet ist. Er will, wie verlautet, Norman Davis mit Instruktionen nach Genf entsenden, um die Abrüstungskonferenz zu befehligen und sie mit einem Erfolg abschließen zu lassen. Roosevelt soll beträchtliche Summen für die Modernisierung der Armee zurückschalten, um abzuwarten, was Genf machen wird.

Das Defizit im tschechoslowakischen Staatshaushalt für 1932.

Nach den vorläufigen Ausweisen schließt der Notarische Staatshaushalt für das Jahr 1932 mit einem Defizit von 836 Millionen Kronen. Der außerordentliche Staatshaushalt weist einen Abgang von 945 Millionen Kronen auf. Insgesamt begreift sich somit das Defizit auf 1781 Millionen Kronen. Der Abgang ist um 300 Millionen Kronen niedriger als im Jahre 1931.

Die kommunistische Wählerarbeit in Ungarn.

Die politische Polizei tut sich fast wöchentlich mit kommunistische Geheimzellenorganisationen, die unschädlich gemachte der alten Organisationen unter neuer Führung ersetzt haben. Heute ist die politische Abteilung der Oberstadthauptmannschaft ein guter Gang gelungen. Die gesamte aus elf bestehenden Leitung der städtischen Organisationen konnte festgenommen werden.

Französische Anleihe für Bulgarien.

Die die Wälder meiden, stehen die Verhandlungen zwischen der bulgarischen Regierung und einer französischen Finanzgruppe wegen einer Auleihe in den Beträgen von 50 Millionen Franken vor dem Abschluss. Der Direktor der Pariser Bank Acceptation, Salct, ist bereits in Sofia eingetroffen, um die Verhandlungen zu beenden. Aus dem Grabe dieser Auleihe will die bulgarische Regierung die heurige Getreideernte aufkaufen, um dadurch einen günstigen Preispreis zu sichern. Der Minister hat bereits seine Genehmigung zu diesem Plan erteilt.

Sungerstreif Gandhis bis zum 2

Die allgemein angenommen wird, dürfte Gandhi am Mittwoch bei Beginn der zweiten Woche seines neuen Hungerstreiks irdischselig werden, da seine Gesundheit schon seit längerer Zeit nicht mehr zu ernten. Der Georgien-Indianer Malak gibt nach seinen bisherigen Erfahrungen wollte der Mahatma nach der Freilassung wieder Nahrung zu sich nehmen, aber angesichts der völligen Zeichenlosigkeit, die Gandhi bisher bezeugt, befindet sich es nicht für ausgeschlossen, dass er diesmal seine frühere Drohung, bis zum Tode fasten, wahrnehmen wird.

Lahore, 22. August. (Reuter.)
Der interimistische Präsident des allindischen Kongresses Singh Gavesha, der gestern verhaftet worden war, ist zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt worden.

Das Friedenswerk von Riccione.

100

[illegible]

Die Klärung besteht fast vor allem auf den Stern des intereuropäischen Problems, auf die staatsrechtliche Stellung Österreichs zu seinen Nachbarn. Eine nähere Untersuchung der Interessen und Kräfte rund abwogende Politik kann es allerdings gerade in dieser Frage nie einer Klärung geben. Wenn trotzdem solche Diskussionen stattfinden, so im Konflikt, der sich im Jahre 1931 an dem Projekt einer österreichisch-deutschen Wirtschaftskunion entspannte. Nach dem letzten Beweis, daß eine Lösung der österreichischen Frage gegen den Willen Europas mit friedlichen Mitteln nicht erzwungen werden kann. Auch Verzicht auf innerzeitig auf solchen Erkenntnissen die praktische Lösungsforderung gezogen. Manches Mitbündnis zwischen den deutschen Nachbarstaaten wäre vermieden worden, wenn die öffentliche Meinung im Reich der österreichischen Regierung die gleiche Realpolitik aufgeblüht hätte, die — nach der kurzen Unterbrechung durch das Experiment der Kolonialen — alle Reichsregierungen bis heute und Schicksal verfolgt haben.

Erst die Regierung Stiller ist in der Ansicht über die neuen Methoden übergegangen. Sie sah sich in erster Linie mehr aus inneren, im Programm der nationalsozialistischen Partei bedingten Gründen zu einer sehr beschränkten Ansichtspolitik gedrängt, aber sie glaubte auch, daß nun auf dem Schachbrett der internationalen Politik die wichtigsten Figuren anders gestellt seien als zur Zeit Treutemanns oder Brüning's oder Papens. Sie hoffte, daß die österreichischen Frage die Unterstützung Italiens gewinnen und dadurch die europäischen Einseitigkeiten zurecht zu föhnen. Das war ein Irrtum mehr unter den vielen kapitalen Irrtümern, die die nationalsozialistische Regierung in ihrer Politik gegenüber Österreich begangen hat. Es besteht nicht der geringste Anlaß, die nach dem letzten Fremdbestitz Ausflucht für Deutschland und Italien zu nehmen. Das Reich hat eine sehr gute Gelegenheit, sich von der Beschäftigung im Reich zurückzuziehen. Aber eine missverständliche Auffassung dieser Fremdbestitznute zu der Annahme derselben, daß Italien eine andere Politik machen wolle als eine italienische Politik und eine transalpine Friedenspolitik.

Im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen in der bekannten Demarchie in Berlin führten, wurde „Lustlos“ übrigens auch von anderer Seite mißverstanden. Man wollte die Zurückhaltung Jolinski nicht als Beweis freundschafflicher Rücksichtnahme, sondern als Anzeichen eines beginnenden Kurswechsels deuten. Die deutsche Presse — von der Regierung zentral geleitet — hat ihren Ziel zu Verbreitung dieses Mißverständnisses beigetragen, das sich dann in der internationalen Presse ziemlich stark spiegelte.

Nun ist es mit allen diesen Kombinationen zu Ende, der denkbar klarste Norm wurde von Mittere aus der politischen Welt mitgeteilt, daß in der Frage der Selbständigkeit Österreichs keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Italienern und den anderen interessierten Mächten seien. Eine nationalsozialistische Kreise im Reich, die eine Kampagne gegen Österreich beabsichtigten fortzusetzen, nachdem die Reichsregierung dem italienischen Regierungsrat beruhigende Versicherungen gegeben hatte, haben ein

Nur die ungemein werthvolle Freundschaft einer gewissen Beziehungprobe ausgeübt. Daß sie glimpflich abgelaufen ist, dürfte wohl in erster Linie dem Umstande zuzuschreiben sein, daß der italienische Regierungschef seinen Schritt nicht nach Stimmungen und Verleumdungen, sondern richtig und daß er den Währungsprozeß berichtigt, die sich in der deutschen Politik so augenfällig vollzieht. Aber der Verdacht auf Seiten, die das Prestige der Regierung stützen könnten, bedeutet keinen Verdacht in der Sache. Daß Berlin auf diese Zurückhaltung aus seinen seit mit Juridikalkulation antworten konnte, ist eine Tatsache, die gewisse Soldats, daß man sich auch in der Lage des Reiches vor dem Väterthum nicht kommen. Die gewisse Andeutungen aus nationalpolitischen Kreisen, daß für den Monat September eine neue Offensiv gegen Oesterreich geplant sei, könnten ebenfalls stimmen. Aber es ist natürlich, daß sich hinter den Ausfall ein Aingon zwischen Machtheits- und Verhandlungs- müssen abspielt, und der Ausgang dieses Ringens soll in Gehalt abgemerkt werden.

Mit der Zügigkeit der Selbständigkeit und politischen Unabhängigkeit Österreichs ist viel geden. Besonders allem ist ein Thema für unschreibbare innerdeutsche Streitigkeiten beseitigt oder wenigstens entzweit worden. Das wird nicht von heute auf morgen möglich werden, aber in absehbarer Frist. Wertvolle Kräfte in Österreich, die bisher utopischen Zielen nachgegangen sind, werden allmählich zu einer realpolitischen Auffassung zurückfinden und erkennen, wie formstark für die österreichische Staatsgedanke mit edelm, nationalem Empfinden vereinbar ist.

für die Lösung des mitteleuropäischen Problems aber bedeutet die Selbständigkeit Oesterreichs nur die politische Voraussetzung. Was weiter zu geschehen hat, liegt auf wirtschaftlichen Gebieten und ist nicht wenig. In den letzten Monaten wurden in der Öffentlichkeit mancherlei weitverbreitende Bläse für eine wirtschaftliche Neuordnung des ganzen Donauraumes erdört. Man kann die Neugierbarkeit dieser Bläse wie immer einschätzen, gewiß ist jedoch, daß der Weg zum Gedanken zu spät ziemlich weit ist. Die wirtschaftliche Lage Oesterreichs und ganz Mitteleuropas drängt aber zu raschen Lösungen.

Darum ergibt sich von selbst ein Vorgehen in drei Etappen. Es kommt vor allem darauf an, der überreichlichen Wirtschaft einigermassen aus der Krise herauszuheben, nicht mit „Hilfsmaßnahmen“ im engen Sinne, die nur die Bedeutung einer Kamperinjection hätten, sondern durch eine planmäßige Erweiterung des Marktes für die tierärztliche Produktion. Auf diesem Gebiete ist bereits wertvolle Vorarbeiten geleistet worden, an denen auch Ungarn in hervorragender Weise beteiligt ist. Den ersten Konsolidierungsschritt können sich die weiteren Schritte zur wirtschaftlichen Reorganisation Mitteleuropas um so leichter anschließen, je mehr der Wiederaufbau aus den politischen Epöbare herausgesehen wird.

In dieser Hinsicht gab es bis in die jüngste Zeit eine Spaltung der Kräfte zwischen einem Cegakult der Italiener und den französischen Interessen besog, die aber auch die Märgen eingetraten. Alle Angelegenheiten beruhten darauf, daß der italienische Regierungsdienst großtölpel in voller Uebereinstimmung mit den vornehmlichen streiten Frankreichs vorgeht und diese mit der öffentlichen Meinung ihres Landes übereinstimmende Gesinnung überhand nehmen ließ nur von isolierten Zeit, wobei aber die bekannten Aufstellungen gegen den Verfall und das System Mussolinis eine größere Rolle auf vielen Theilen, als realistische Ermahnungen

Frei von allem Ueberflusse darf man in den Gedächtnissen der Nation eine Verlässigung desirir finden, daß sich schmerzliche Probleme, die an die Empfindlichkeiten der Völker und an Freiheitsfragen rühren, in offenen Ausdrucksformen dem Mann zu Mann besser behandelbar seien, als in großen Konferenzen von der Medertribüne an. Jedenfalls ist aus der großen europäischen Presse der heutigen Tages eine ganz feltene Ueberberein Stimmung auszuwählen, in der nur noch die deutsche Stimme fehlt. Es hat keine Mischfolge, wenn ein führendes italienisches Blatt zu der Feststellung kommt: „In Äthiopien haben Italien und Oesterreich für den Frieden Europa gearbeitet.“

Preis in Wien: 32 Groschen.

Redaktion, Administration, Druckerei:

I. Schuberting, Fichtgasse Nr. 9-11.

Telephon: Redaktion U-18-5-05.

Administration U-17-0-35.

Insert-Abt. U-17-4-41.

Londoner Büro: Fleet Street 177-178.

Telephon: Central 9030.

Geschäftsstelle f. d. Tschechoslowakische

Republik:

Prag, VII. Letenská nám. 7, Tel. 74-9-62.

Administration für die Slowakei:

N. Weiss, Bratislava, Pachtelova 2.

Inserten-Annahme laut aufliegendem

Tarif in unseren Büros:

I. Fichtgasse 9-11, Tel. U-17-4-41;

Kleiner Anzeiger und Chiffrebriefe-Abt.

im Stadtbüro, I. Schuberting, 1-3.

Tel. R-21-5-80, und bei allen Inseraten-

Büros des In- und Auslandes.

Bezugsbedingungen im Innern des Blattes.

Neue Freie Presse

Morgenblatt.

**EMPRESS
of BRITAIN**
(42,500 Tons)
Das Luxus-Schiff der Welt. Nach Canada
und U.S.A. über die kurze St.-Lawrence-
Route. 5 Tage nach Quebec.
NÄCHSTE ABFAHRTEN:
26 AUGUST
9 SEPTEMBER
ab CHERBOURG und
Southampton
**CANADIAN
PACIFIC**
1. Öberkapitän

Nr. 24764

Wien, Dienstag, den 22. August

1933.

Ein reaktionärer Teil (Kleine Kurant, Katastrophen, Kriegerberichte, Kriegerberichte, Kriegerberichte) enthalten ausgiebige Mitteilungen hat durch die Ausgabe

Eröffnung der Welt- weizenkonferenz.

Telegramm unseres Korrespondenten

London, 22. August. Gestern vormittag um 10 Uhr eröffnete die Weltweizenkonferenz in Anwesenheit von 100 Vertretern aus einunddreißig Staaten eröffnete. Zu ihrem Vorsitzenden wurde der kanadische Ministerpräsident M. A. Bennett einstimmig gewählt.

Auf der Tagesordnung der Konferenz stehen in erster Linie die Fragen der Preiserhöhung und Preisstabilisierung, weiter die Verringerung der Anbauflächen usw. Die Grundlage der Verhandlungen werden die vor drei Wochen nach Schluß der Weltweizenkonferenz eingebrachten Vorschläge bilden.

Es wurde zunächst ein technisches Subkomitee aus Vertretern von zehn Ländern, darunter Vereinigte Staaten, Australien, Kanada, Frankreich und Italien, eingesetzt, um die technischen Details des Abkommensentwurfes zu prüfen. Rußland soll ausgedeutet haben, daß es genügt wäre, an dem Plan teilzunehmen, wenn eine Basis für ein Abkommen gefunden wäre. Die Vermittlungsgesellschaft hat jedoch die Mittel und Wege geprüft, die es den Importländern ermöglichen würden, an solchen eine Zusammenarbeit zu sichern, von der das Inkrafttreten eines Abkommens unter den Exportländern abhängt.

Entwurf eines Abkommensentwurfes.

Nach der Nachmittagsitzung der Getreidekonferenz ist der Entwurf eines Abkommensentwurfes veröffentlicht worden, der als Grundlage der Erörterungen dient. Es wird darin der Wunsch der Einfuhrländer ausgedrückt, die Einfuhr von Weizen aus den Exportländern zu erleichtern, um das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsum herzustellen. Der Entwurf heißt es unter anderem: Die Einfuhrländer übernehmen es, keine Maßnahmen zur Verringerung der heimischen Produktion zu ergreifen und alle Maßnahmen anzunehmen, die den Konsum vermindern können. Da eine Herabsetzung der Zolltarife eine merkliche Verringerung des Getreidepreises folgen wird, sind die Einfuhrländer bereit, die Zolltarife zu herabsetzen, sobald der internationale Getreidepreis während eines bestimmten Zeitraumes einen feststehenden mittleren Preis erreicht und aufrecht erhält. Die Einfuhrländer nehmen den Grundbesitz an, daß Abänderungen des allgemeinen Regimes der quantitativen Einfuhrbeschränkungen der Getreideinfuhr auf Grund solcher Herabsetzungen der Zolltarife wünschenswert sind.

Die zwei Unterkomitees werden der Konferenz, die am 23. d. zusammentritt, einen Bericht erstatten.

Japanischer Protest in Frankreich.

Tokio, 22. August. Der japanische Gesandte in Paris hat der französischen Regierung im Auftrag des japanischen Kabinetts eine Note überreicht, in der die Einwände gegen die Besetzung einiger Inseln im Südchinesischen Meer durch Frankreich erhoben werden.

Chronik-Beilage.

Seite 10.

Zwan Turgenjew: Der Ruß.

Annie Francis Barrat: Eiserner Ring um die Welt.

P. v. P.: Ugramer Hochsommer.

Ruth Maffen: Geheimnis um ein Bild.
Roman. (33. Fortsetzung.) Seite 9.

A Die Ergebnisse von Riccione.

Wien, 22. August.

Der Sinn der Zusammenkunft von Riccione konnte nicht anders sein als die Ermöglichung einer offenen Aussprache. Beide Teile hatten an ihr das gleiche Interesse. Mussolini wollte, indem er sie anregte, aus dem betrübnissen Mund des österreichischen Bundeskanzlers einen direkten Bericht über die Art haben, wie die Wiener Regierung sich zu der Entwicklung der letzten Monate stellt, zu dem völlig geänderten Bild im politischen Mitteleuropa von heute, zu den Kräfteverhältnissen, die sich durch die Auswirkungen der Umwälzung in Deutschland ergeben haben. Für Doktor Dollfuß andererseits mußte es von Wichtigkeit sein, von dem Führer des großen Nachbarn zu erfahren, welche Haltung dieser weiterhin einzunehmen gedenkt, welche Folgerungen er aus der Wendung der Verhältnisse zieht. Mussolini ist der Initiator des Viermächtepatates gewesen, von dem man geglaubt hat, daß es ein europäisches Quodvultvisat schaffen, einen Senat der großen Völker. Um so mehr mußten die Staaten, die nicht zu diesen Großen gehören, stets die Beruhigung haben, daß ihre Lebensinteressen ungeachtet bleiben. Aus diesem Gesichtspunkt ist für Österreich das Gespräch seines leitenden Ministers mit dem Chef der italienischen Regierung ebenso wichtig gewesen wie jenes für Ungarn die Zusammenkunft zwischen Mussolini und Gömbös. Noch wichtiger sogar in gewisser Hinsicht, weil die besondere Situation der augenblicklichen Beziehungen zwischen uns und dem Deutschen Reich ein Problem von höchster Aktualität berührt, an dem nach der Lage der Dinge kaum ein anderer als Dittler mehr interessiert ist als eben Italien.

Es ist nicht bekanntgegeben worden, wie im einzelnen die Gespräche zwischen Mussolini und dem Bundeskanzler über diese so sehr im Mittelpunkt stehende Frage verlaufen sind. Aber wir kennen die Einstellung beider Partner der sonntägigen Unterhaltung. Wir wissen, welchen Weg die italienische Regierung in den letzten Wochen eingeschlagen hat, um die bestehenden Spannungen zu beseitigen. Wir sehen, daß Rom das gleiche Bedürfnis nach freundschaftlichen Beziehungen zu Wien und zu Berlin hat und daß es daher den Wunsch empfindet, mit besonderer Umsicht vorzugehen. Aus einem bemerkenswerten Artikel eines führenden faschistischen Parteiblattes ist das eben wieder eindeutig herausgegangen. Auf der anderen Seite hat man in Wien stets Wert darauf gelegt, die politische Linie Österreichs klar erkennen zu lassen. Ausgehend vom Grund-

der Unabhängigkeit des Landes, erklärte Dr. Dollfuß, wenn wir dem Wortlaut des in Riccione ausgegebenen Communiqués folgen, eine Politik des Friedens und der Zusammenarbeit mit allen Nachbarn zu führen. In einer Einschaltung heißt es: insbesondere mit Italien und Ungarn und auch so weit wie möglich mit Deutschland. Am gleichen Tage sprach Reichkanzler Brücker in einer großen Kundgebung in Weiden den Satz aus: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Deutschland und Österreich in Frieden und Freundschaft leben müssen. So groß also die Engherzigkeit ist, an der Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs nicht rütteln zu lassen, um die Worte zu zitieren, die Bundesminister Hey auch am gleichen Sonntag gebrauchte, so stark ist der Wunsch, dem unnatürlichen Zustand ein Ende gemacht zu sehen. Es ist kaum anzunehmen, daß sich Mussolini und Dr. Dollfuß in dieser Frage nicht rasch verstanden und verständigt haben.

In der Wirtschaftspolitik ist der Zusammenhang zwischen der Entzweite in Riccione und der vorhergegangenen in Rom ein besonders enger. Das ist nicht nur deshalb der Fall, weil bekanntlich zwischen Italien, Österreich und Ungarn ökonomische Vereinbarungen bestehen, die sich im Laufe des letzten Jahres außerordentlich bewährt haben und deren Möglichkeiten noch weiter auszunutzen gewiß im Interesse aller drei Teile liegt. Darüber hinaus wurde schon gelegentlich der Reize der ungarischen Minister auch von versuchsweisen Verhandlungen gesprochen, die unter Hinzuziehung Jugoslawiens eventuell eine Steigerung der Verwendung des Eisens von Ruine durch den ungarischen Export herbeiführen könnten. Mögliche Erwägungen liegen, was Österreich betrifft, bezüglich der alten Monte nach Tiflis vor, deren intensivierte Veranlassung natürlich in vieler Hinsicht für Italien von hohem Wert wäre. Dabei müßten sich Aussichten auf Gegenüberstellungen ergeben können, durch die unsere Ausfuhr, insbesondere in Holz und Papier, eine noch weitere Steigerung erfahren würde. Schon im vergangenen Jahr war das Bild hier nicht unangenehm. Unsere Handelsbeziehung mit Italien ist bekanntlich aktiver und vom gesamten österreichischen Export gingen damals fast zehn Prozent in das benachbarte Königreich, während die Einfuhr von dort nur fünf Prozent unseres Gesamtimports ausmachte. Bei gleichbleibender Exportleistung ist die Exportleistung in der ersten Hälfte dieses Jahres noch gestiegen, so daß etwa im April über zwölf Prozent der öster-

Feuilleton.

Brief an eine Dichterin.

Von Hermann Hesse.

„Liebe Emma Jennings!

Also da irren Sie wieder in den Gärten von Salerno und Neapel herum und halten jetzt unterm Blau des Himmels. Es laufen ja dort viele Deutsche herum, aber ich glaube doch, daß Sie mit den Kindern der Gärten des Lebens, mit den Kindern und Weinbauern viel besser sprechen und zusammenkommen können, als mit allen diesen Künstlern und Intellektuellen, auch wenn sie deutlich zu verstehen scheinen.

Ja, und da finden Sie also Ihre lieben Briefe in solche alte, verstaubte Briefkästen zwischen den Fellen und erfahren nachher, daß dieser Kästen seit Jahr und Tag nicht mehr benutzt und geleert wird und daß es längst keinen Schlüssel mehr dazu gibt! Da wird man Ihre Briefe, Emma, einmal lesen, nach Jahrzehnten, wenn wir sie ausgraben wie Pompei, sie werden wie Schmetterlinge aus der Puppe fliegen, ein herausgehender Professor und ein Seeliger wird durch diese Briefe, für die Sie kaum das Porto aufbrachten, berührt und wohlhabend werden, und man wird sich rasch darüber einigen, das seit der Bettina Brentano solche Briefe nicht mehr geschrieben worden sind.

Heute aber haben wir wenig davon. Ihr Professor ist noch ungeboren, die Briefe liegen im verstaubten Kasten und werden Sie noch ich haben etwas davon. Und da auch meine Briefe Sie nicht zu erreichen scheinen und Ihre Gegenüber überhaupt kein Teil, schreibe ich Ihnen diesen Brief durch eine Zeitung. Schließlich tun Sie mir und ich so geistig nichts anderes, als auf verspielte Unwegen und in vertrackten Geheimnissen in der Welt um etwas Liebe und Verständnis werden, weil wir trotz aller Versäufelung und Mißverstand irgendwo im Herzen eben doch den Glauben behalten, das die Musik, die wir machen, einen Sinn hat und vom Himmel kommt.

Wir geht es ja, was die Dichterei betrifft, scheinbar viel besser als Ihnen. Sie haben so schöne und köstliche Gedichte verfaßt und so wunderbare Prosa geschrieben — Ihr „Gefängnis“ namentlich ist unvergesslich — und niemand weiß davon, die Buchhändler legen ihre Fenster voll mit all dem Moderne, das heute geschrieben wird und morgen abend schon auf dem Reichthum liegt. Aber wenn es mir auch besser geht und meine Bücher leichter Verleger finden und mehr gekauft werden — mit dem Verstandenenwerden geht es auch mir nicht besser, als es Ihnen und unserem lieben Hugo Ball gegangen ist. Wir machen unsere Musik, und aus Mißverständnis und Irrsinn wirft uns manchmal einer einen Grobian in den Fuß, weil er glaubt, unsere Musik sei leicht etwas Geistes, Moralisches oder sonst Bemerkenbares. Wenn er wüßte, daß es bloß Musik ist, würde auch er weitergehen und seinen Grobian befehlen.



Unsere Herbst-Lager

in Seidenstoffen, Wollstoffen, Samten und Wirkwaren sowie die Damenkonfektion in Mänteln und Kleidern sind bereits vorzüglich ausgestellt.

Vorhänge, Linoleum, in- und ausländische Teppiche in ungemein grosser Auswahl.

Instituts-Wäsche für Mädchen und Knaben.



10. Abstract

„Wie ist Italien in der Zwischenkriegszeit von der österreichischen Bevölkerung gesehen worden? Welches Bild hat der Leser/ die Leserin vermittelt bekommen?“ Das waren die Fragen, die am Beginn dieser Arbeit gestanden sind. Sie haben zu einer intensiven Auseinandersetzung mit drei Teilbereichen geführt: einerseits der Geschichte Italiens und jener Österreichs, einer genauen Recherche über die Situation der Presse in der Zeit zwischen 1918 und 1938, sowie einer Analyse der österreichischen Tageszeitungen und ihrer Berichterstattung über das faschistische Italien.

Die Geschichte Österreichs in der Zwischenkriegszeit ist zuerst betrachtet worden: Sie ist geprägt von einer zunächst skeptischen Haltung aller Parteien gegenüber diesem neuen und nun kleinen Staat Österreich. Dieser Standpunkt sollte sich aber im Laufe der Zeit wandeln und zu einer entschiedenen Befürwortung der Eigenständigkeit Österreichs werden. Ein anderer wesentlicher Aspekt – welcher indirekt auch die journalistische Berichterstattung beeinflusst – ist die tiefe politische Spaltung in jener Zeit. Man misstraut sich: Christlichsoziale und Sozialdemokraten können ab 1920 nicht mehr zusammenarbeiten und befehlen sich, anstatt - vor allem ab 1933 – an einem Strang zu ziehen, um dem Nationalsozialismus die Stirn zu bieten. Stattdessen setzten die Österreicher auf die Hilfe Mussolinis.

Italien nimmt einen anderen Weg: Nach einer kurzen und chaotischen Nachkriegsphase übernimmt der faschistische Führer Benito Mussolini die Regierung und die Macht. Er setzt ab nun alle Kraft ein, um aus Italien eine Diktatur zu machen. Ab dem 3. Jänner 1925 sind alle oppositionellen Zeitungen und die Gewerkschaften Freiwild für die Faschisten. Nach außen hin weiter eine Monarchie, zählt im Inneren Italiens nur noch Mussolini und seine Gefolgsleute.

Mit der Analyse der Zeitungen ist nun das Bild Italiens in Österreich dargestellt worden. Aber gibt es denn ein Bild Italiens? Die Antwort lautet nein. Ebenso wie die Parteien weit auseinanderliegende Punkte bilden, unterscheiden sich auch die Berichterstattung in den drei untersuchten Zeitungen massiv. Liest man die Reichspost, die Arbeiterzeitung oder die Neue Freie Presse könnte man den Eindruck gewinnen, sie berichteten nicht über dasselbe Land. Es gibt also zumindest kein - einheitliches – Italienbild in den österreichischen Medien der Zwischenkriegszeit.

11. Riassunto in italiano

La presente tesi è dedicata al tema “L’Italia nella stampa del periodo tra le due guerre mondiali. “ Essa prende in esame l’immagine dello stato fascista italiano in articoli di tre quotidiani austriaci. L’accento è posto sul fascismo italiano e la persona di Benito Mussolini in rapporto a personaggi politici austriaci. Per illustrare l’aspetto dell’Italia degli anni venti e trenta sono stati scelti tre eventi storici:

- La visita del cancelliere austriaco Ignaz Seipel in Italia nella primavera del 1923, pochi mesi dopo l’avvento al potere di Benito Mussolini. Era un periodo in cui l’Austria perseguiva ancora una politica di equilibrio con tutti gli Stati confinanti. L’Italia era comunque vista come un vicino di primaria importanza, specialmente a causa dei crediti internazionali dei quali l’Austria aveva bisogno e per i quali l’Italia aveva promesso di garantire.
- Il discorso di Mussolini davanti alla camera dei deputati a Roma, il 3 gennaio 1925, che viene visto come l’inizio della dittatura fascista. Mussolini svelò in questa occasione la sua vera natura e anche all’estero sarà d’ora in poi possibile riconoscere il carattere dittatoriale del regime fascista.
- La visita del cancelliere austriaco Engelbert Dollfuß da Benito Mussolini a Riccione nell’agosto 1933. In quel periodo l’Austria era già sotto pressione da parte del regime nazista in Germania, che esigeva la sottomissione e l’annessione dell’Austria alla Germania. Dollfuß, che era salito al potere nel 1932, aveva abbandonato la politica d’equilibrio pensando di poter in questo modo salvare l’indipendenza austriaca.

Dal punto di vista metodologico ci si pone cinque domande per avere un visione generale dell’immagine dell’Italia sotto l’aspetto politico in quel periodo. I quesiti di ricerca sono stati:

- Quali sono stati i momenti storici sia di contatto che di conflitto tra l’Austria e l’Italia fra il 1922 e il 1934?
- Quale immagine generale si offriva al lettore austriaco degli anni 1922 e 1934?
- Come venivano presentati i politici austriaci nel loro rapporto con Mussolini (o altri rappresentanti del regime fascista)?
- L’Italia veniva vista come eventuale modello per l’Austria?

- È possibile osservare negli articoli dei quotidiani austriaci la grande influenza che aveva Mussolini su Dollfuß?

La prima parte della tesi è dedicata agli avvenimenti storici fra il 1922 e il 1934 sia in Austria che in Italia. Per questo scopo è stato utilizzato un vasto numero di letteratura secondaria.

La seconda parte è basata su letteratura primaria, in questo caso quotidiani storici, che si trovano nella Biblioteca Nazionale di Vienna. Lo scopo è di presentare la vista dei giornalisti e dei lettori austriaci a questo riguardo. I quotidiani esaminati sono:

- la *Reichspost*, il quotidiano del Partito Cristiano Sociale (*christlichsoziale Partei*)
- la *Arbeiterzeitung*, il quotidiano del Partito Socialista
- la *Neue Freie Presse*, un quotidiano indipendente, di tendenza borghese liberale

Per avere un panorama politico complessivo i giornali scelti sono di varie posizioni politiche: dalla destra cattolica ad una posizione moderata e liberale fino alla sinistra di stampo marxista. Mentre la *Reichspost* e la *Arbeiterzeitung* sono strettamente legati ai rispettivi partiti, la *Neue Freie Presse* rappresenta il ceto medio e alto borghese, la vecchia classe liberale.

Dopo il primo capitolo d'introduzione, il secondo capitolo serve per il chiarimento degli eventi storici in Austria intorno agli anni in questione. Il punto di partenza è la fine della Prima Guerra Mondiale, quando l'Austria viene ridotta da una grande potenza europea ad uno stato di piccole dimensioni, di cui nessuno credeva circa le possibilità di sopravvivenza autonoma. Questa questione domina il discorso politico dei seguenti vent'anni. La maggior parte della popolazione austriaca è convinta che l'unica soluzione sarebbe l'unione con la Germania.

Dopo un breve periodo di ottima collaborazione tra i due grandi partiti politici, i socialisti ed i cristiano sociali, si aprono man mano abissi tra i due contraenti. Mentre nella prima metà degli anni venti l'interesse politico si concentra a raggiungere una certa stabilità economica, dopo il 1927 gli obiettivi politici cominciano ad essere sempre più divergenti. Gruppi paramilitari da ambedue le parti contribuiscono essenzialmente a questo sviluppo: la *Heimwehr*, il gruppo paramilitare dei cristiano sociali, acquista sempre più potere ed influenza ed è caratterizzato da un radicalismo ed odio nei confronti dei socialisti. Nel gennaio 1927

avviene uno scontro fatale tra seguaci della *Heimwehr* ed un gruppo di aderenti dello *Schutzbund*, il gruppo paramilitare dei socialisti. Un bambino di otto anni ed un anziano vengono uccisi. Nel luglio dello stesso anno i colpevoli vengono assolti dal tribunale penale di Vienna. Il giorno dopo scoppiano manifestazioni contro questa sentenza erronea e il palazzo di giustizia va a fuoco. La polizia riceve l'ordine di sparare ed alla fine della giornata si contano 89 vittime tra i manifestanti. Questo evento rappresenta una svolta nella storia dell'Austria tra le due guerre mondiali, in quanto la fiducia tra i due grandi gruppi politici non si ristabilirà più.

Gli anni seguenti sono segnati da una radicalizzazione politica e dall'ascesa dei nazional-socialisti nel Paese. Mentre la *Heimwehr* cade sempre di più sotto l'influenza dei fascisti italiani e di conseguenza assume maggiormente l'ideologia fascista, il Partito Nazista attrae sempre più austriaci. Attacchi terroristici da parte dei nazisti creano un clima di paura e d'insicurezza. La politica del Paese comincia ad essere dominata dalle forze di destra. I socialisti, malgrado il sostegno di una gran parte dell'elettorato, non escono mai dal ruolo dell'opposizione dal 1920 in poi. A causa delle attività naziste e dell'ascesa di Hitler al potere la questione dell'indipendenza austriaca diventa esistenziale.

Nel 1932 Engelbert Dollfuß diventa cancelliere austriaco e si trova alle strette. È indeciso se cercare il consenso dei socialisti in comune lotta contro la pressione ed il terrore nazista o rivolgersi a Benito Mussolini come protettore dell'indipendenza austriaca.

Il terzo capitolo è dedicato alla storia italiana fra il 1922 e il 1934. L'Italia, al contrario dell'Austria, esce dalla Prima Guerra Mondiale come potenza vincitrice. Il Paese soffre le stesse conseguenze economiche della guerra. Malgrado che quasi tutte le aspettative territoriali dell'Italia fossero state esaudite, i nazionalisti fecero crescere nella popolazione italiana l'idea di rivendicazioni territoriali assolutamente esagerate. Nasce in questo periodo la dizione della "vittoria mutilata", come espressione di questa presunta delusione. Mussolini usa tra l'altro questa emozione per le sue ambizioni politiche.

L'ex socialista Benito Mussolini fonda nel 1919 i "fasci di combattimento", che terrorizzano la popolazione con spedizioni punitive, incendi ed atti di violenza. Dopo due anni viene trasformato in un partito, il Partito Nazionale Fascista (PNF). Per mettere sotto pressione il governo, Mussolini minaccia il re con la cosiddetta "marcia su Roma". Al posto di fermare le camicie nere con le forze armate, Mussolini ed il suo partito vengono invitati a partecipare al governo. Molti politici credono di poter ridurre l'influenza dei fascisti con la loro

integrazione. Mentre l'Italia continua a sembrare una monarchia dall'esterno, Mussolini comincia a trasformarla in una dittatura dall'interno.

Dopo le elezioni del 1924 il deputato alla Camera Giacomo Matteotti, un socialista, denuncia i metodi violenti e brutali adottati dai fascisti durante la campagna elettorale. In un durissimo discorso in Parlamento Matteotti pone la classe politica di fronte a ciò che nessuno aveva fino a quel momento apertamente trattato: pochi giorni dopo verrà sequestrato e sarà ritrovato senza vita due mesi dopo. In seguito a questo delitto, il consenso nei confronti del PNF comincia a vacillare: la classe politica e l'elettorato è chiaro chi fossero il mandante e i responsabili dell'omicidio. Mussolini percepisce l'isolamento in cui viene posto, addirittura da parte dei suoi seguaci e degli alleati politici.

La svolta avviene il 3 gennaio 1925: in un lungo discorso davanti alla Camera dei Deputati Mussolini si fa carico delle responsabilità politiche, morali e sociali derivanti dal delitto Matteotti, proponendo alla Camera di accusarlo apertamente. La situazione si conclude con un nulla di fatto, in quanto nessuno protesta o denuncia il leader del Partito Fascista, consegnandogli di fatto l'immunità. Al contrario, i fascisti hanno di che festeggiare sia in Parlamento che nelle strade.

A partire da questo momento la dittatura fascista comincia ad essere "ufficializzata", in quanto Mussolini riesce a mettere in pratica una feroce censura dei mezzi di informazione (in particolar modo dei giornali dell'opposizione), facendo piombare il Paese in un clima di disinformazione generale sui temi di politica nazionale. I partiti di opposizione e i sindacati vengono sciolti e proibiti.

Per avere il consenso e supporto degli strati borghesi e cattolici del Paese, Mussolini punta ad un concordato con la Chiesa cattolica: l'11 febbraio 1929 vengono sottoscritti i Patti Lateranensi. Questi accordi rappresentano la fine della diatriba tra Papato e Stato Italiano, nata nel 1871 dopo la conquista di Roma e mai risolta fino a quel momento.

Il 1929 rappresenta tra l'altro, dal punto di vista storico, il punto più alto del consenso nei confronti del regime fascista.

Nei due anni seguenti l'Italia comincia a percepire le conseguenze della crisi economica mondiale: la produzione industriale si dimezza, la disoccupazione cresce e il regime fascista cerca di rimediare sviando l'attenzione del popolo italiano su temi di politica estera, quali la questione mitteleuropea (come ad esempio l'influenza sulla politica austriaca) e l'imperialismo in Africa (che si svilupperà nella conquista dell'Abissinia nel '36).

Nel quarto capitolo viene trattato il rapporto tra l'Italia e l'Austria tra il 1922 e il 1934: la problematica più calda dei primi anni fu quella riguardante il Trentino-Alto Adige/Südtirol, che venne annesso all'Italia alla fine della Prima Guerra Mondiale.

Già prima della presa di potere da parte di Mussolini dell'ottobre 1922 i fascisti iniziano a mettere sotto pressione le giunte comunali dei Comuni della zona. Negli anni seguenti vi sono ripetute crisi nella regione: il processo di italianizzazione perpetrato dai fascisti va a scontrarsi con la resistenza culturale della popolazione germanofona, che ne componeva la quasi totalità.

Se da un lato vi sono screzi tra le parti, dall'altro la classe politica austriaca ha bisogno di mantenere buoni rapporti con l'Italia a causa della Società delle Nazioni, da cui l'Austria riceve prestiti con l'Italia in veste di garante. Il cancelliere cristiano sociale Ignaz Seipel ignora allora il conflitto nel Südtirol e fa visita al nuovo leader italiano. L'Austria negli anni Venti prosegue una politica di equilibrio, cercando di mantenere buoni rapporti con tutti i Paesi confinanti. In questa politica di equidistanza rientra anche la visita in Italia nell'anno 1922.

La fine degli anni venti presenta una svolta nel rapporto tra i due Paesi: da un lato Italia riesce a trovare un accordo con il Papa ed il Concordato viene preso in Austria come esempio per un trattato simile, dall'altro lato gli austriaci iniziano a viaggiare e scoprono l'Italia come meta turistica. Anche se questo turismo si svolge in dimensioni ristrette avrà un rilevante effetto sulla percezione dell'Italia. Queste impressioni, per quanto superficiali fossero, cambiano le idee degli austriaci sul fascismo, perché vedono la estesa rete ferroviaria o la mancanza di scioperi.

Il governo italiano vede allo stesso tempo l'Austria come partner ideale per le sue ambizioni nell'Europa centrale. Mussolini in questo periodo cerca di rafforzare il suo influsso sull'Austria e sulla politica interna del Paese. Il dittatore è condotto dalla sua mentalità anticomunista ed antisocialista. Questa lotta contro i partiti di sinistra dovrà essere “esportata” in Austria: è questo il motto di Mussolini.

Per poter intervenire nella politica austriaca il regime fascista inizia a finanziare le “Heimwehren”, gruppi paramilitari già preesistenti in Austria, il cui obiettivo è uno Stato autoritario.

A partire dal 1929 l'Italia crea un “blocco” politico con l'Ungheria e l'Austria, che culmina nei “protocolli di Roma” nel 1934, un trattato che avrà come fine un'intesa economica ancora più stretta tra i tre paesi, ma anche una collaborazione militare.

Nel frattempo le pressioni del nazionalsocialismo diventano sempre più forti, accompagnate da attacchi terroristici sempre più violenti, che rivendicano l'Anschluss, cioè l'unificazione dell'Austria con la Germania. Allo stesso tempo le Heimwehren, formazione squadristiche legate in parte al Partito Cristiano sociale diventano sempre più influenti, in parte grazie ad aiuti finanziari elargiti da Benito Mussolini.

Per contrastare i nazisti e la loro pressione di unificare l' Austria con la Germania il nuovo cancelliere Engelbert Dollfuß (dal 1932) si trova a un bivio: collaborare con i socialisti per lottare insieme contro le influenze della Germania nazista o chiedere aiuto ad un "amico forte". Dollfuß si decide per la seconda alternativa e viene a patti con il dittatore italiano. Il supporto di Mussolini invece non è gratuito: chiede a Dollfuß l'annientamento dei socialisti e la fondazione di uno stato autoritario di stampo fascista. Specialmente dopo la presa di potere totale da parte di Hitler nel marzo 1933 la posizione di Dollfuß diventa sempre più difficile e quest'ultimo si allinea sempre più con Benito Mussolini per difendere l'indipendenza austriaca. In effetti durante l'anno '33 il cancelliere austriaco rende visita a Mussolini prima a Pasqua e poi ad agosto, per mettersi d'accordo e per assicurarsi l'aiuto di Mussolini in caso di necessità.

Il giorno della necessità arriva infatti il 25 luglio 1934: i nazionalsocialisti austriaci tentano un colpo di Stato contro il governo austriaco, con lo spalleggiamento segreto del governo tedesco. Il putsch fallisce anche grazie all'appoggio di Mussolini, che mette in moto quattro Divisioni al Brennero per fissare i parametri, cioè che l'indipendenza austriaca sarà difesa dall'Italia fascista.

Il quinto capitolo parla dei mass media del tempo tra la due guerre, cioè principalmente dei quotidiani. In questo periodo c'è una grande crescita della carta stampata: nonostante il mercato rimpicciolito dalla caduta della monarchia, vi è da segnalare l'abolizione della censura nel 1922. Nascono numerose nuove testate giornalistiche, tra le quali vi sono anche alcuni "giornali di strada".

Va menzionato che i quotidiani del tempo – se paragonati a quelli odierni – avevano un'enorme influenza e un'incredibile presa sulla popolazione. Non c'è ancora televisione, e la radio (RAVAG) viene introdotta in Austria solamente nel 1924, lasciando i temi politici da parte.

Durante gli anni '20 il clima politico diviene sempre più radicalizzato, e le posizioni tra destra e sinistra si distanziano sempre più, e ciò si ripercuote anche sul panorama giornalistico: sui

giornali divengono sempre più visibili i punti di conflitto tra i partiti. Alla fine del decennio vi sono gruppi borghesi che richiedono la reintroduzione della censura, per mantenere sotto controllo alcuni giornali dell'opposizione. Dal 1933 – con l'introduzione dello “Ständestaat” - vengono vietati i giornali d'opposizione.

Il giornale dei lavoratori (Arbeiterzeitung) viene fondato nel 1889, venendo pubblicato giornalmente nel periodo tra le guerre. Fin dagli inizi è il giornale del Partito Socialdemocratico Austriaco. Una delle figure centrali di questo giornale nel periodo trattato è sicuramente Friedrich Austerlitz, che non è soltanto deputato in Parlamento, ma anche caporedattore del giornale. Il giornale esisterà fino al febbraio 1934, durante la guerra civile.

Il Reichspost è un quotidiano che funge durante questo periodo da canale di sfogo del Partito Cristiano Sociale. In linea con la linea del partito, il Reichspost prende una posizione di distanza nei confronti dell'Anschluss alla Germania. I comunisti e i socialdemocratici venivano tuttavia espressamente evitati dalla redazione del giornale, esistito fino al 1938.

La Neue Freie Presse viene fondata nel 1864 ed è la vela trainante della azione liberal-borghese. È un giornale di qualità, con un vasto seguito e indipendente dai partiti. Nel 1933 la redazione mette i lettori in allerta davanti alla distruzione della democrazia, ripudiando l'idea di sciogliere il Parlamento. Si tratta di un giornale filo-germanico, che però rifiutava l'antisemitismo e l'anticlericalismo tipici dei nazionalsocialisti. Tale quotidiano viene stampato fino al gennaio 1939.

Nel sesto capitolo vengono presentati ed approfonditi i tre eventi presi in esame, seguiti dall'analisi circa la loro recezione nei giornali. Per quanto riguarda il primo evento, viene trattato il viaggio in Italia del cancelliere Ignaz Seipel nel 1923. Benito Mussolini ha preso il potere da poco e Seipel cerca di attuare, attraverso la sua visita, una politica estera dell'equilibrio.

Tutti e tre i giornali trattano in maniera approfondita la visita del cancelliere a Roma, per quanto ciò avvenga da punti di vista totalmente diversi. Il Reichspost, in quanto giornale vicino al Partito Cristiano Sociale, elogia apertamente il viaggio di Seipel. Viene data molta importanza al ricevimento cordiale e amichevole ricevuto da Seipel. Al contrario, una visione molto critica nei confronti dell'Italia, del fascismo e di Mussolini viene operata dall'Arbeiterzeitung. La Neue Freie Presse fa notare come Seipel fosse allo stesso livello di Mussolini: un aspetto che per i lettori dell'epoca ha probabilmente una grande importanza, in quanto l'Austria è ufficialmente tra gli Stati sconfitti della Grande Guerra.

Il secondo evento è il discorso di Benito Mussolini del 3 gennaio 1925, avvenuto davanti alla Camera dei Deputati dopo il caso Matteotti. Questo discorso segna l'inizio della dittatura in Italia. Gli articoli del Reichspost circa gli eventi del 3 gennaio trasmettono l'impressione che il giornale voglia riferire la verità nella maniera più fedele possibile, al tempo stesso evitando critiche e rappresentando la censura della stampa italiana come normale. L'Arbeiterzeitung esprime aspramente il proprio disappunto verso il sistema fascista e non si risparmia dall'utilizzare espressioni forti nei confronti di Mussolini, definito un "capo dei banditi". Il Partito Nazionale Fascista rappresenta per quest'ultimo giornale un chiaro esempio di mancanza di democrazia nel Paese: in particolare viene puntato il dito contro la censura e contro le spedizioni punitive nelle redazioni dei giornali.

Il terzo evento storico preso in considerazione è la visita del cancelliere Engelbert Dollfuß a Mussolini nell'agosto 1933. Dollfuß cerca il supporto del leader fascista per opporsi alla pressione proveniente dalla Germania e al terrorismo dei nazionalsocialisti austriaci. Mussolini rassicura Dollfuß durante il loro incontro, avvenuto a Riccione, e gli accorda il proprio sostegno contro la Germania nazionalsocialista: in cambio, però, richiede l'annientamento dei socialisti, la creazione di una dittatura totalitaria e ulteriori iniziative sul piano della politica interna. Tutte queste richieste vengono completamente ignorate negli articoli di giornale austriaci, che non spendono una singola parola a riguardo.

Il Reichspost riporta in maniera euforica la visita di Dollfuß, sottolineando l'aspetto amichevole dell'incontro tra i due leader politici. Allo stesso tempo viene sottolineato l'importante ruolo che Mussolini potrebbe ricoprire nella difficile situazione venuta a crearsi con la Germania. L'Arbeiterzeitung viene censurato già nell'agosto 1933: il 21 agosto viene stampato in prima pagina un annuncio riguardante l'incontro tra Dollfuß e Mussolini. In un commento viene fatta menzione circa la volontà di Dollfuß di "collaborare strettamente con Italia e Ungheria, e di collaborare con la Germania, finché fosse possibile". Secondo l'Arbeiterzeitung l'autonomia dell'Austria si sarebbe potuta ottenere soltanto attraverso una neutralità ben marcata – cosa che cozzava particolarmente con l'allineamento del Paese all'Italia. Anche la Neue Freie Presse pone l'accento su questa dichiarazione del cancelliere Dollfuß.

Il settimo e ultimo capitolo è dedicato all'analisi della recezione critica nei confronti dell'Italia nei media austriaci. La domanda principale che ci si pone all'inizio della qui presente ricerca, ovvero quale immagine dell'Italia venisse offerta ai lettori austriaci, non può ottenere una risposta esaustiva: viene preso atto di come nella stampa austriaca del tempo non ci sia

un'immagine generale dell'Italia. Non è possibile e consigliabile generalizzare su un solo aspetto.

Per concludere, si può dire che dagli articoli dei tre giornali presi in considerazione si può chiaramente estrapolare ed interpretare il modo completamente opposto di vedere la politica, e che anche i lettori e la loro recezione degli eventi storici del tempo dovessero essere profondamente diversi tra loro.